autonomes

Blättchen



#19

Nov_Jan 2014_2015

BIJÎ BERXWEDANA ROJAVA

Liebe Freund_innen und Genoss_innen,

Es gibt wenig Gutes zu berichten. Und doch Einiges an Widerstand.

Schwerpunkte dieser Ausgabe sind Rojava und der Kampf der Refugees in Europa. Die Menschen in Kobanê kämpfen noch immer gegen den IS und für ihr Leben und ihr Modell einer basisdemokratischen und antipatriarchalen Gesellschaft. Tausende ihrer Freund_innen gehen in Solidarität mit ihnen auf die Straßen. Auf den Straßen sind auch viele Menschen, die vor dem IS fliehen mussten, um ihr Überleben und ihre Freiheit zu schützen. Viele andere wurden ermordet. Die Überlebenden, stehen nun Hunger und der Kälte des nahenden Winters gegenüber. Auf der ganzen Welt kämpfen Refugees ums Überleben und für ihre Rechte. Auch in Deutschland, wo rassistische Hooligans durch die Städte ziehen.

„Arsch hoch funktioniert manchmal!“, bringt es einer der hier abgedruckten Texte treffsicher auf den Punkt und zeigt, was gemeinsame Entschlossenheit bewirken kann. Also geben wir uns einen Ruck und lösen uns aus der herbstlichen Lethargie.

Wenn ihr nach dem Lesen der folgenden Seiten entschlossen seid etwas Geld für Rojava zu spenden, findet ihr die nötigen Informationen dazu auf der Rückseite. Und wenn euch das Blättchen weiterhin berichten soll, was in der Welt passiert, spendet gerne auch für uns.

Falls ihr beim Lesen das Schriftstück „Hevenu schalom alejchem“ vermissen solltet: wir haben uns dagegen entschieden es zu drucken, da es bereits in der Publikation „Neues Deutschland“ erschienen ist. Auch die Berlin-struggle-Diskussion ist aus Platzgründen leider draußen geblieben. Uns wurde ein Beitrag dazu zugeschickt, der sich auf einen anderen bezieht. Beide wurden bereits bei linksunten.indymedia.org veröffentlicht. Da wir aber schon recht viel zu den Kämpfen der Refugees und der Bezugnahme durch die deutsche Linke in dieser Ausgabe haben und die Berlin-struggle-Beiträge recht berlinspezifisch sind, haben wir sie rausgenommen. Auch sonst hatten wir beim Layouten arg mit Platzmangel zu kämpfen und haben deshalb eigene, von uns selbst verfasste, Texte rausgenommen, damit sonst alles zugeschickte reinpasst. Aber wir wollen natürlich nicht meckern. Schön, dass wir so viele Texte bekommen haben.

Danke auch für die Spenden – es reicht wenigstens für diese Ausgabe. Aber bitte, bitte mehr bis zum nächsten Mal. Zusagen für regelmäßige Spenden haben wir nämlich immer noch kaum.

Obwohl es letztendlich nicht geklappt hat, wollen wir an dieser Stelle Freund_innen hier und in Rojava danken, die sich wochenlang bemüht haben Kontakte herzustellen und Interviews mit unterschiedlichen Menschen in Rojava zu führen. Trotz allen Widrigkeiten wurden mittlerweile Interviews geführt, übersetzt und getippt. Aber leider war es nicht mehr möglich länger darauf zu warten, dass unsere Freund_innen die Texte zu uns kriegen. Schade, aber wir haben trotzdem einen vielseitigen Schwerpunkt zu Rojava zusammenbekommen. Sie werden die Interviews anderweitig verbreiten und wir werden uns was neues dazu für die nächste Ausgabe überlegen. Vielen Dank!

Nun steckt eure Näschen aber erst mal zwischen die druckfrischen Seiten! Dennn es ist wieder eine sehr interessante Ausgabe geworden.

Bijî Berxwedana Rojava! -
Lang lebe der Widerstand von Rojava!

Bis bald eure Redaktion

Impressum:

Nr. 19 - November/Dezember/Januar 2014/2015

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:
autonomes-blaettchen@riseup.net
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:
2188 A430 857F 1DCE E089
B218 D4C7 A0F3 17BA D725

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:
autonomesblaettchen.noblogs.org
Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:
alle drei Monate:
1. Februar; 1. Mai; 1. August; 1. November

ViSdP:
Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Inhalt:

Auf zur Spendenkampagne:
autonomes Blättchen will an dein Sparwein!
20X100 €

Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Interview:

„das Projekt der Demokratischen Autonomie und die Verdrängung des Staates stärken“

AB: Stell dich doch bitte kurz vor.

Ich komme aus der autonomen linken Bewegung und wurde Anfang der 90er Jahre politisiert. Sowohl die Pogrome von Rostock, als auch der Mord an Halim Dener und die Verfolgung der kurdischen Bewegung in den 90er Jahren haben mich politisch geprägt. Insbesondere zu dieser Zeit stellte die PKK eine der größten kämpferischen, linken und revolutionären Organisationen in der BRD dar und internationalistische Solidarität war für uns damals selbstverständlich.

AB: Wo und wie engagierst du dich? Welche Bezüge zur kurdischen Bewegung hast du?

Ich beschäftige mich mit der kurdischen Bewegung seit Anfang der 90er Jahre und gerade die Paradigmen des Demokratischen Konföderalismus, von radikaler Demokratie und Geschlechterbefreiung, die in den letzten 14 Jahren in der kurdischen Bewegung eine immer stärkere Dynamik bekommen haben, stellen in meinen Augen ganz wichtige Beispiele für Aufbau einer Alternative jenseits der kapitalistischen Moderne dar. Insofern konnte und kann ich immer wieder sehr viel von der kurdischen Bewegung lernen. Ich engagiere mich u.a. in der Kampagne Tatort Kurdistan. Diese Kampagne hat sich gegründet, um die deutsche Unterstützung für die Türkei im Kampf gegen die kurdische Bevölkerung und ihre Freiheitsbewegung zu thematisieren. Es ging dabei zunächst vor Allem um Waffenlieferungen an die Türkei, das PKK Verbot und Kriegsverbrechen der Türkei. Wir gingen aber dann auch einen Schritt weiter und sagten uns, wir wollen das fortschrittliche Projekt der kurdischen Freiheitsbewegung untersuchen und darstellen. Denn PKK Verbot, Waffenlieferungen, Repression stellen nicht nur außenpolitische Unterstützung des NATO Partners Türkei dar, sondern richten sich genau gegen eine linke revolutionäre Bewegung. Sie zielen darauf ab, den Aufbau einer radikalen, demokratischen Alternative an der Peripherie der EU zu verhindern. Also machten wir 2012 eine Broschüre in der wir das Modell der Demokratischen Autonomie in Nordkurdistan (Türkei) darstellten.



AB: Du warst mehrfach in Rojava und auch in anderen Teilen Kurdistans. Was hast du da gemacht?

Meine Aufenthalte in Nordkurdistan dienten u.a. der Teilnahme an Delegationen um das Modell der Demokratischen Autonomie besser kennenzulernen, aber um auch Kriegsverbrechen des türkischen Staates zu untersuchen. Daraus ergab sich als nächster logischer Schritt, nach der Revolution in Rojava, das Funktionieren und die Probleme des Systems der Demokratischen Autonomie in einer Region unter Selbstverwaltung und eben ohne die Repression eines Staates wie der Türkei zu erleben. Natürlich ohne Repression ist etwas kurz gegriffen oder eigentlich falsch. Die Region wurde, wie bekannt von Kräften wie dem IS, Cebhet al Nusra und anderen Gruppen mit Unterstützung der Türkei, Saudi Arabiens und Qatars und mindestens unter Billigung der NATO angegriffen.

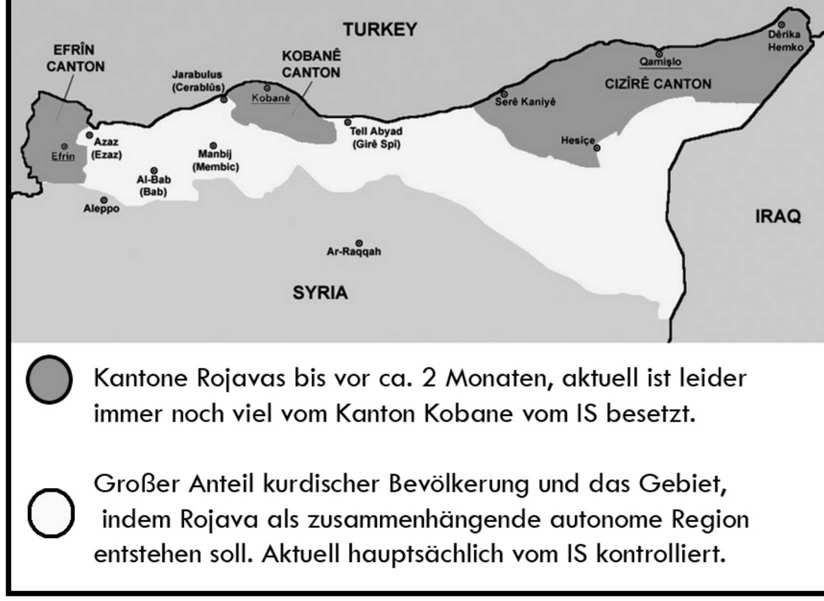
AB: Wo in Rojava warst du und was war dein erster Eindruck?

Ich habe mich bei meinen beiden Aufenthalten in Rojava im Kanton Cizire aufgehalten. Das ist der östlichste und im Moment größte Kanton von Rojava. Im Westen und Süden des Kantons Cizire befindet sich der IS, im Norden die türkische Grenze und im Westen die irakische Grenze.

Dieses Jahr war ich mit einer Delegation im Mai den ganzen Monat dort. Das erste Mal fuhren wir im Oktober 2013 in die Region. Damals kamen wir aus Südkurdistan (Nordirak) über den Grenzübergang Semalka. Südkurdistan ist de facto ein Nationalstaat und eben auch ein Beispiel dafür, dass das nationale Befreiung nicht einhergeht mit sozialer Befreiung oder nationale Unabhängigkeit nichts mit politischer oder ökonomischer Unabhängigkeit gemein hat. Die PKK hat das schon seit langem erkannt und richtet sich in ihren Analysen radikal gegen das Modell des Nationalstaats, den sie als Mittel zur Profitgewinnung bestimmter Klassen oder gesellschaftlicher Gruppen auf Kosten der Mehrheit analysiert. Südkurdistan hebt verbal seine nationale Unabhängigkeit hoch und feiert diese als Errungenschaft, letzten Endes ist die Region jedoch ökonomisch vom türkischen Kapital abhängig und politisch ebenfalls von den USA und der Türkei. Durch das System in Südkurdistan profitieren nur die Klienten der Regierungspartei KDP während der Rest der Bevölkerung außen vor bleibt. Während wir uns in Südkurdistan aufgehalten haben prägte der soziale Widerspruch alle Bereiche und insbesondere wurde das martialische und repressive Auftreten der Sicherheitskräfte immer wieder deutlich. Von diesen Sicherheitskräften, Männern, verabschie-

deten wir uns an der Grenze bei Semalka, setzten nach Rojava über und wurden dort von Einheiten der Sicherheitskräfte von Rojava, den Asayis empfangen. Hier waren zwei junge Frauen und ein junger Mann an der Grenze tätig und an ihrem Auftreten und ihrem respektvollen Umgang mit der Bevölkerung wurde deutlich, dass wir vor Allem auch eine Systemgrenze überschritten hatten. Solche Beobachtung konnten wir immer wieder machen.

AB: Kannst du kurz umreißen welche Ideen hinter dem Schlagworten demokratische Autonomie bzw. demokratischer Konföderalismus stehen? Wie werden diese Ideen in den drei Kantonen Rojavas umgesetzt? Welche Rolle spielen sie in den andern Teilen Kurdistans?



Der Demokratische Konföderalismus ist eine Form der Selbstverwaltung, die dem Modell von Staatlichkeit gegenübersteht. Es geht eher um einen Ansatz permanenter sozialer Revolution, die sich in jeder Facette der gesellschaftlichen Struktur widerspiegelt. Die Überwindung des Nationalstaats ist als langfristige Perspektive vorgesehen. Der Staat wird dadurch überwunden, dass auf praktischer Ebene alle Strukturen in Selbstorganisation und Selbstverwaltung übernommen werden. Weder staatliche noch territoriale Grenzen sollen dabei eine Rolle spielen.

Durch die Selbstverwaltung der Gesellschaft wird der Staat und der Nationalstaat vom Demokratischen Konföderalismus überflüssig gemacht. Das bedeutet, dass die Kommune, der Rat, die Gemeinschaft die politischen Zentren in diesem Gesellschaftsmodell dargestellen. Als Form hat sich die Region Rojava zunächst das schweizer Kantonale Modell mit seiner weitgehenden Autonomie der Regionen gewählt. Im Idealfall entsteht der Kanton aus der Kooperation der autonomen politischen Räte, angefangen bei den Nachbarschaften in den Städten und Dörfern. Die Föderation der Räte wird als Konföderalismus bezeichnet.

Die Kommune ist die Struktur der Selbstverwaltung, welche die Nachbarschaften direkt einbindet. Um den Organisierungsgrad der Gesellschaft dabei zu erhöhen, werden Bildungsveranstaltungen für die Mitglieder der Kommunen durchgeführt, bei denen unter anderem demokratische Selbstbestimmung und Rechte, Frauenbefreiung, Geschichte von Syrien, Geschichte von Kurdistan, Kurdischkurs, und viele andere gesellschaftliche Anliegen Thema sind. Bei unseren Reisen konnten wir feststellen, dass dies von Region zu Region unterschiedlich gut gelungen ist.

Dem entgegengesetzt beruht der Nationalstaat auf gesellschaftlicher Homogenisierung durch Identitätsbildung und deren automatisch gewaltförmiger Durchsetzung. Der Nationalstaat hat eine Blutspur durch die Weltgeschichte gezogen. Als Beispiele aus der Region, seien hier nur die Arabisierungspolitik Syriens und die Türkisierungspolitik der Türkei genannt. Dagegen setzt der demokratische Konföderalismus auf gesellschaftliche Vielfalt. In Syrien leben sunnitische Araber*innen, schiitische Araber*innen, sunnitische Kurden*innen, assyrische Christ*innen, Chaldäer*innen, ezidische Kurd*innen, Armenier*innen, Aramäer*innen, Tschetschen*innen, Turkmen*innen und viele weitere kulturelle, religiöse oder ethnische Gruppen. Eine Repräsentanz aller dieser gesellschaftlichen Gruppen soll ebenfalls über das Rätesystem und eine entsprechende Quotierung im System erreicht werden. Es bestehen auch in vielen Bereichen arabische Räte und insbesondere die Assyrer*innen sind sehr eng mit der Rätebewegung (TEV-DEM) verbunden. Zentrale Positionen werden nach System von drei oder vier Covorsitzenden besetzt, die den gesellschaftlichen Gruppen der Region entsprechen sollen.

AB: Welche Rolle spielen dabei Frauen?

Während wir uns in Rojava aufhielten fiel uns von Anfang an die starke Präsenz von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ins Auge. Die Revolution in Rojava wird in erster Linie auch als eine antipatriarchale Revolution verstanden, denn die kurdische Bewegung sieht den Staat als zentrales Unterdrückungsmittel und analysiert historisch Staatlichkeit als Ausdruck der Patriarchats. So sind alle Rätestrukturen geschlechterquotiert, das heißt keine Struktur ist Entscheidungsfähig ohne Einhaltung einer Geschlechterquote von 40%. Weiterhin existieren zu allen gemischten Strukturen parallel autonome Frauenstrukturen, welche die Umsetzung der Ziele der Geschlechterbefreiung garantieren sollen. Konkret heißt das zum Beispiel, das bei Fällen von patriarchaler Gewalt juristische Frauenkomissionen zu den Fällen arbeiten und solche Fälle nicht von Männern behandelt werden dürfen. In vielen Stadtteilen gibt es außerdem inzwischen sogenannte Frauenhäuser. Es sind keine Frauenfluchthäuser wie in der BRD, sondern Häuser, in denen Frauen zusammenkommen, sich gemeinsam bilden, ihre Probleme besprechen, oft werden Computer-, Sprach- oder Nähkurse angeboten. Die wichtigste Arbeit der Frauenhäuser ist jedoch

die Hilfe bei gesellschaftlichem Sexismus. Weiterhin gibt es das Asayis Jin, die Frauensicherheitskräfte, die neben den normalen Aufgaben als Sicherheitskräfte insbesondere auch soweit möglich bei patriarchaler Gewalt intervenieren. Es wird von Frauen eine kommunale Frauenökonomie in Form von Frauenkooperativen aufgebaut um die Frauen auch ökonomisch unabhängig zu machen. Bildung ist eines zentralen Momente dieser Bewegung und sie findet organisiert von der Frauenbewegung Yekitiya-Star auf allen Ebenen statt. Diese Bewegung strahlt mittlerweile weit über die kurdische Bevölkerung aus, da sich in allen Bereichen, vor allem auch in den militärischen, assyrische, arabische und kurdische Frauen beteiligen und dort entsprechendes Empowerment erfahren. Das gleiche gilt auch für männliche Einheiten, die sich ebenfalls in ihrer Bildung mit der Frauenfreiheitsideologie auseinandersetzen. Insofern können wir deutlich einen Transformationsprozess in der gesamten Gesellschaft Rojavas sehen, der einmalig für den heutigen Mittleren Osten ist.

AB: Von außen betrachtet sieht der basisdemokratische und antizentralistische Anspruch der Bewegung, die sich auf den demokratischen Konföderalismus bezieht und die Rolle und Verehrung, die Abdullah Öcalan zukommen, wie ein Widerspruch aus. Wie bewertest du diesen Widerspruch oder nehmen wir das falsch wahr und wie wird dies in der Bewegung diskutiert?

Ich selbst habe diese Frage häufig gestellt. Wenn ich mit Frauenaktivistinnen, die das Porträt von Öcalan tragen, rede und sie frage warum sie gerade das Porträt eines Mannes tragen, dann bekam ich immer wieder die Antwort ohne Abdullah Öcalan und die PKK gebe es die kurdischen Frauenfreiheitsbewegung nicht. Innerhalb der PKK, die ja zunächst, wie auch Strukturen anderer linker Bewegungen in der Türkei in den 60er und 70er Jahren männerdominierte Bewegungen waren, setzte Abdullah Öcalan einen starken Akzent auf eine antipatriarchale Haltung und eine eigenständige revolutionäre Frauenorganisierung. Dies ist der Kern der heutigen Frauenfreiheitsbewegung, die wir durchaus als eine der größten feministischen Bewegungen weltweit betrachten können. Die Darstellung von Führungspersönlichkeiten oder Theoretiker*innen ist nichts neues in der Geschichte linker Bewegungen weltweit, denken wir doch einfach den Begriff Marxismus. In der kurdischen Freiheitsbewegung steht Abdullah Öcalan, mit seinen von der Pariser Commune, Rosa Luxemburg, Murray Bookchin und vielen anderen entwickelten radikaldemokratischen Konzepten, für das Empowerment des einzelnen Menschen, hin zu einem Wesen, das auf allen Ebenen sich selbst politisch repräsentiert. Insofern ist die Herausstellung von Abdullah Öcalan für die Menschen ein Symbol für das Modell, das auch als Apoismus bezeichnet wird, also eben das geschlechterbefreite Modell der Demokratischen Autonomie. Es ist natürlich klar, dass dies für viele in Deutschland sozialisierte Menschen widersprüchlich erscheint – dies hat jedoch auch viel mit Projektion eigener Vorurteile zu tun.

AB: Der Kanton Kobane wird seit zwei Monaten massiv vom IS angegriffen, mittlerweile scheint sich die Lage etwas gebessert zu haben und die YPG/YPJ erklären, dass sie gemeinsam mit Einheiten der FSA und der Peschmerga in die Offensive gegangen ist und die Dörfer rund um die Stadt wieder befreien. Wie ist die Situation in den anderen beiden Kantonen?

Der Hauptangriff des IS fand bisher auf Kobani statt, er kann sich jedoch jederzeit vor Allem auch gegen den Kanton Cizire richten. Im Kanton Cizire befinden sich im Moment zehntausende ezidische Flüchtlinge, die von den Räten versorgt werden. Diese Flüchtlinge konnten aus den Sengal Bergen, durch einen von der HPG (PKK Guerilla) und der YPG/YPJ erkämpften Korridor, nach Rojava fliehen. Die Ezidinnen und Eziden waren zuvor von den Peschmerga der KDP (Regierungspartei der autonomen Region Kurdistan im Irak) dem IS kampflos überlassen worden. Dies führte zu massiven Massakern. Nur die Intervention von HPG und YPG/YPJ (Volks-/Frauenverteidigungseinheiten in Rojava) rettete vielen Flüchtlinge, nach eigener Aussage, das Leben. Es ist bezeichnend, dass nun gerade diese Peschmerga der KDP von der Bundesregierung mit Waffen ausgestattet werden. Der Korridor besteht zur Zeit nicht mehr und es sind im Moment zehntausend Ezid*innen auf dem Sengal vom IS eingeschlossen. Sie verteidigen sich mit Hilfe der neugegründeten YBS (Sengal Verteidigungseinheiten) und HPG Einheiten. Die militärische Situation dort, also im Nordirak ist sehr ernst. An der Grenze entlang gibt es immer wieder Vorstöße des IS und Operationen der YPG/YPJ. Im Moment sieht es aber andererseits so aus, als könnte die YPG/YPJ vor allem in der Region um Serekaniye (Rojava, Kanton Cizire, Nordsyrien in der Nähe der Türkei) viele Dörfer befreien. In der Region um Heseke (Rojava, Kanton Cizire) gibt es immer wieder schwere Gefechte sowohl mit dem Assadregime, als auch mit IS. Die Lage ist von hier aus aber nicht einfach zu beurteilen.

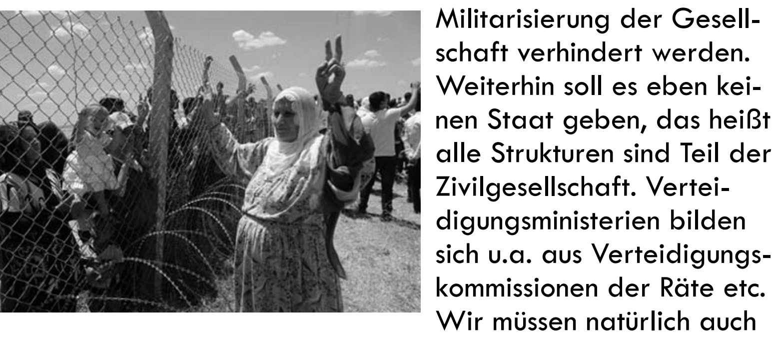
Die Situation in Afrin gestaltet sich ebenfalls ernst. Insbesondere die von der Türkei immer noch massiv unterstützte Al Nusra Front (Al Qaida) scheint im Moment mit der Konkurrenzgruppe im Dschihadistischen Sektor gleichziehen zu wollen und begann am 11.11. eine Offensive gegen Afrin. Wie sich die Lage in Afrin entwickelt wird sich zeigen. Die Kantone sind von einander durch von Dschihadisten kontrolliertes Gebiet getrennt und können nur indirekt kommunizieren. Deswegen ist die Errichung eines humanitären Korridors eine zentrale Forderung.

AB: Die Ausrufung Rojavas ist nur möglich gewesen, weil einerseits das Assadregime als Zentralmacht durch den Bürgerkrieg geschwächt war und andererseits weil die kurdische Bewegung versucht hat sich nicht zur Partei in diesem Bürgerkrieg zu machen. Dieser „dritte Weg", eine Strategie der Entmilitarisierung, hat dazu geführt, dass es in Rojava lange verhältnismäßig friedlich blieb. Doch scheint dies nur gegenüber dem Assadregime zu funktio-

nieren. Rojava wurde schon lange von unterschiedlichen islamistischen Gruppen angegriffen. Dies hat sich seit der IS in den Kanton Kobane eingefallen ist massiv zugespitzt. Welche Strategien entwickelt die Bewegung in Rojava um, trotz der aufgezwungenen Militarisierung der Gesellschaft, die eigenen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren und nur noch nach militärischen Maßgaben zu handeln?

Die kurdische Bewegung hat mehr als 30 Jahre Kriegserfahrung und auch Erfahrungen mit dem Problemen, die eine Militarisierung von Konflikten mit sich bringt. Daher hat die kurdische Bewegung auch in Nord- (Türkei) und Ostkurdistan (Iran) das Paradigma der legitimen Selbstverteidigung entwickelt. Dabei liegt das Primat auf der gewaltfreien Lösung. Die kurdische Bewegung und insbesondere die Jugendkomitees und die PYD organisierten schon vor der syrischen Revolution Widerstand gegen das Assad Regime. Dabei ging es um einen demokratischen Wandel, eine Militarisierung des Konflikts sollte verhindert werden. Mit Ausbrechen des Krieges, der Islamisierung und Fremdbestimmung des syrischen Aufstands, entschied sich die kurdische Bewegung in Rojava deshalb für einen dritten Weg. Weder mit dem Regime, noch mit der Opposition. Selbstverteidigung ja, Krieg nein. Und diese Politik behält diese Bewegung bis heute bei. Deshalb werden in den von Regimeunterstützern bewohnten Vierteln von Qamişlo (Rojava, Kanton Cizire) noch Einheiten des Regimes geduldet. Das Gleiche gilt für den Flughafen. Ziel ist immer noch eine politische, demokratische Lösung für ganz Syrien. Allerdings kommt es in den Regionen um Hesekê und auch in Qamişlo immer wieder zu schweren Gefechten mit dem Regime. Angriffen des Regimes werden von der YPG und YPJ dem Niveau der Angriffe entsprechend beantwortet werden. In Hesekê versuchte Ende Mai das Regime beispielsweise eigene Stellungen nahe der Stellungen der YPG/YPJ und Asayis zu errichten. Die Regimesoldaten eröffneten das Feuer. Daraufhin kam es zu einem etwa drei Tage dauernden Krieg in Hesekê, der damit endete, dass etliche Stellungen unter anderem das Wasserwerk von Hesekê nun nicht mehr unter Regimekontrolle stehen, sondern selbstverwaltet sind. Dieser Konflikt blieb aber auf Hesekê begrenzt, denn eine politische Lösung steht trotz Gefechten immer ganz oben auf der Agenda.

Aus diesem Grund sehen sich YPG und YPJ nicht als klassische Armee und auch die Kräfte der inneren Sicherheit, die Asayis nicht als Polizei eines Staates, sondern als Einheiten zur Verteidigung der Gesellschaft. Das bedeutet konkret, es geht den Asayis und YPG/YPJ nicht um die Verteidigung irgendeines Status Quo, irgendeiner Machtstruktur, die sich in Form eines Staates ausdrückt, sondern darum ein freies und selbstbestimmtes Agieren der Gesellschaft, in ihrer ganzen Vielfältigkeit, zu ermöglichen. Soweit in quasimilitärischen Strukturen möglich sind auch Asayis demokratisch organisiert. So erklärte uns Hevale Ahmed einer der Vorsitzenden des Asayis von Qamişlo, dass monatlich Versammlungen stattfinden auf denen er ‚vor den Mitarbeiter*innen des Asayis, Rechenschaft abzulegen hat und neue Vorsitzende vorgeschlagen und gewählt werden können. Auf diese Weise soll eine Militarisierung der Gesellschaft verhindert werden. Weiterhin soll es eben keinen Staat geben, das heißt alle Strukturen sind Teil der Zivilgesellschaft. Verteidigungsministerien bilden sich u.a. aus Verteidigungskommissionen der Räte etc. Wir müssen natürlich auch sehen, dass im Moment insbesondere in Kobani aber auch in ganz Rojava ein Kampf ums Überleben stattfindet, von daher kann von einer Demilitarisierung der Gesellschaft im Moment nicht die Rede sein.



AB: In Nordkurdistan (Türkei) sind Teile der Bewegung schon länger unzufrieden, weil der von der PKK angestrebte Friedensprozess von der AKP-Regierung unterlaufen wird bzw. sich nur in Worten aber kaum in Taten ausdrückt. Die mehr oder weniger offene Unterstützung des IS durch die AKP und die Blockade Kobanes hat für viele das Fass zum überlaufen gebracht, es gab mehrtägige Ausschreitungen mit über 30 Toten und auch wieder Aktivitäten der Guerilla. Dann hat die türkische Regierung einerseits PKK Stellungen bombardiert und andererseits zugelassen, dass Peschmerga von Südkurdistan (Irak) durch die Türkei nach Kobane ziehen. Wie bewertest du dieses doppelte Spiel der AKP? Welche Perspektive hat der Friedensprozess in Nordkurdistan (Türkei) noch?

Nun, zunächst müssen wir die permanente Unaufrichtigkeit der AKP Regierung im Friedensprozess konstatieren. Während Guerillakräfte abgezogen wurden, errichtet das türkische Militär Staudämme um Gebiete militärisch unter Kontrolle zu bekommen und Rückzugswege der Guerilla abzuschneiden. Auch wurden hunderte, wenn nicht gar über tausend neue Militärbasen, auf türkisch häufig Kalekol, also Militärburgen mit ferngesteuerten Kanonen und sonstiger modernster Kriegstechnik, errichtet. Während in Nord-Kurdistan (Türkei) mehr als ein Jahr lang kein Guerilla und kein Soldat gefallen ist, hat die massive Unterstützung der Türkei für den IS und Cebhet al Nusra hat, den Krieg gegen die kurdische Freiheitsbewegung nach Rojava getragen. Dies sind alles Bedingungen, die einem Frieden extrem zuwider laufen. Uns muss allerdings auch klar sein, dass von der AKP Regierung sicher nicht viel anderes zu erwarten war. Jedes Zugeständnis, das im Laufe des Prozesses gemacht wurde, ist ein erkämpftes Recht. Der Kampf findet auf politischer Ebene statt und auf der Ebene der Selbstverteidigung. Das heißt auch wenn es einen Waffenstillstand gibt macht die Guerilla vom Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch – das heißt Staudammprojekte werden auch durch

bewaffnete Aktionen bekämpft, das gleiche gilt für den Ausbau von Militärbasen, Festnahmeoperationen oder Massaker durch den türkischen Staat. Dies wird ebenfalls direkt von der Guerilla beantwortet, ohne dass der Prozess grundsätzlich in Frage gestellt werden muss. Währenddessen werden in ganz Nordkurdistan Kommunen, Viertelräte etc. nach dem Modell der Demokratischen Autonomie aufgebaut, das heißt wir können in den letzten Jahren eine immer stärkere Ausweitung der kurdischen Bewegung und vor Allem auch durch die Gründung der linken Bündnispartei HDP und die Teilnahme an den Gezi Protesten eine stärkere Verbindung mit sozialen Bewegungen und der Arbeiter*innenbewegung in der Türkei beobachten. Das sind alles Entwicklungen, welche das Projekt der Demokratischen Autonomie und die Verdrängung des Staates stärken.

Moralisch beantwortet, könnte man sagen, der Waffenstillstand hat nach den Angriffen des türkischen Staates keinen Sinn mehr. Aber es gilt auch folgendes zu Bedenken, durch ihre Interventionen auf dem Sengal und ihrem entschlossenen Kampf gegen den IS wurde die diplomatische Position der kurdischen Freiheitsbewegung gestärkt. Dies war für das Erdogan Regime derartig bedrohlich, dass es der sog. Anti-IS Koalition beitrat. Die Türkei trat dem bei unter der Erklärung, dass man alle „Terrororganisationen" gemeinsam bekämpfen müssen, nicht nur den IS, sondern auch die PKK. So versuchte er die Koalition gegen die kurdische Freiheitsbewegung in Stellung zu bringen. Gleichzeitig nehmen die Provokationen von Seiten der Türkei zu, ihr habt ja schon die mehr dreißig Toten bei Protesten gegen die Unterstützung der Türkei für den IS erwähnt. Übrigens werden diese Proteste völlig falsch in den deutschen Medien kolportiert, niemand außer Erdogan möchte gerne das türkische Soldaten in Kobani einmarschieren, denn das würde das Ende von Rojava bedeuten, es geht um einen humanitären Korridor zwischen den Kantonen. Des weiteren wurden drei Guerillas vom türkischen Militär extralegal hingerichtet, die Unterstützung für den IS geht bis heute ungebrochen weiter und Kämpfer*innen von YPG und YPJ werden in der Türkei, wenn sie verletzt über die Grenze kommen und die Wartezeit überleben, als „Terroristen" inhaftiert. Diese und viele andere Provokationen zielen meiner Meinung nach darauf ab, die kurdische Bewegung in einer militärische Eskalation in der Türkei zu zwingen und damit Erdogans Position zu stärken. Die kurdische Bewegung hat allerdings immer ganz deutlich gezeigt, dass sie sich auf solche Spiele nicht einlässt. Aktuell sind aber sowohl die Fortsetzung als auch die Beendigung des Waffenstillstandes durchaus im Bereich des möglichen. Es wird sich in den nächsten Wochen zeigen welche politischen und strategischen Überlegungen die Bewegung anstrengt.

Zu Peschmerga in Kobani ist zu sagen, dass Erdogan vermutlich kalkuliert hat, dass diese Peschmerga türkische Interessen in Kobani durchsetzen könnten. Allerdings wurden bisher nur etwa 150 Peschmerga mit schweren Waffen geschickt, was eine Unterstützung für die Verteidigung von Kobani darstellt. Dies scheint Erdogan nicht recht gewesen zu sein, denn der Konvoi wurde wo es ging aufgehalten, schikaniert, Fingerabdrücke genommen etc. Dass er letztlich doch durchkam ist dem internationalen Druck und nicht zuletzt der internationalen Protestwelle zu verdanken. Denn ich möchte daran erinnern, dass US-Außenminister Kerry noch vor wenigen Wochen gesagt hat, Kobani sei von keiner strategischen Bedeutung und deswegen zu vernachlässigen. Erst der internationale Protest und Widerstand haben zumindest zu einem bescheidenen Umdenken in diesem Sinne geführt. Erdogan hätte schließlich lieber 1700 FSA Kämpfer nach Kobani geschickt, denn damit hoffte er seine Interessen eher umsetzen zu können. Dabei kämpfen dort im Moment sowieso Resteinheiten der FSA im Bündnis Burkan al Firat zusammen mit der YPG/YPJ und den Peschmerga.

AB: Bis vor kurzem gab es auch von der südkurdischen (Autonomie Region im Irak) KDP-Regierung ein Embargo gegen Rojava. Nun schickt sie Waffen und Peschmerga nach Kobane, das südkurdische Parlament in Hewler (Erbil) hat die Regierung aufgefordert Rojava anzuerkennen und auch z.B. in Kirkuk gibt es Kooperationen zwischen PKK nahen Kräften und Peschmergas. Wie ist diese Entwicklung zu beurteilen? Ist dies ein kurz oder mittelfristiger Schachzug der KDP, der unter dem militärischen und öffentlichen Druck zustande kommt oder ein tatsächlicher Wandel in deren Politik?

Diese Frage wird die Zeit beantworten. Sicher ist, dass sich das System der KDP und die Demokratische Autonomie diametral gegenüber stehen. Dennoch wird in Rojava auf einen demokratischen Prozess wert gelegt, in den alle Kräfte einbezogen werden. Wenn man mit der KDP zusammenarbeitet, dann muss man sich eben dessen bewusst sein, dass sie alles dafür getan haben um das Projekt Rojava zu zerstören. Das geht von der Ausbildung von Terroristen und dem IS die Ezid*innen im Sengal überlassen, über das Embargo bis hin zu einer massiven medialen Antipropaganda. Insofern stellt die Selbstverwaltung in Rojava auch immer wieder klar, es gibt eine militärische Verteidigungskraft, YPG und YPJ, in die alle eintreten können. Es soll nicht zugelassen werden, dass jede Partei eigene Milizen aufbaut, denn das würde zu einer Destabilisierung führen. Ich selbst habe etwas Zeit mit Einheiten der YPG und YPJ verbracht und dort ebenfalls Menschen unterschiedlichster politischer, ethnischer oder religiöser Identitäten kennengelernt.

AB: Deutschland hat der KDP-Fraktion Waffen geliefert, auch über weitere militärische Unterstützung wird debattiert? Wie bewertest du die Politik der Bundesregierung in diesem Konflikt?

Die Politik der Bundesregierung ist eine scheinheilige. Wenn wir in die Geschichte des Konflikts zurückgehen und nach dem IS fragen, so erscheint es als sei er im Juni diesen Jahres plötzlich vom Himmel gefallen. Wir beobachten das Morden von IS und Al Nusra schon seit Beginn der Revolution in Rojava. In der Region wurde es von der Bundesregierung systematisch ignoriert. Ein Beamter der bayrischen LKA sagte gegenüber Monitor aus, dass seit 2009 Djihadisten aus Deutschland von deutschen Behörden bei der Reise in den Djihad unterstützt wurden. Einerseits wollte man sogenannte „Gefährder" loswerden, andererseits wurde so der „unterstützenswerten syrischen Opposition" unter die Arme gegriffen. Damit hat sich die Bundesregierung mitschuldig an Massakern gemacht. Wir untersuchten beispielsweise das Massaker von Til Harran und Til Hasil im Juni 2013. Dabei wurden 73 Menschen aufs brutalste von Djihadisten ermordet. Die Überlebenden berichteten uns, dass „blonde, deutsche Kämpfer" das Massaker mit kommandierten. Daraufhin wurde Anfrage an die Bundesregierung diesbezüglich gestellt. Die Antwort war, dass über Massaker von Islamisten in der Region nichts bekannt sei, allerdings sei man besorgt über die „Diktatur der PYD in Nordsyrien". In dieser Antwort werden die politischen Prioritäten der Bundesregierung ganz deutlich. Man ignorierte den regen Grenzverkehr von Djihadisten. z.B zogen 2013 über 3.000 Djihadisten in der Nähe von Serekaniye mit Panzern über die türkische Grenze um die Dörfer um Elok anzugreifen – und jetzt muss bedacht werden, das in der Region ebenfalls deutsche Patriot Raketen stationiert sind. Man kann nicht behaupten, dass solche militärischen Bewegungen der Bundesregierung unbekannt sind und wir haben gesehen was diese Banden in der Region angerichtet haben. Sie haben mit Blut an die Wände geschrieben: „Wir sind gekommen um zu schlachten."

Die Bundesregierung veränderte ihre Haltung erst als der IS in Mossul einmarschierte und damit den engen Wirtschaftspartner Südkurdistan bedrohte. In diesem Kontext ist auch die symbolische Unterstützung der Peschmerga mit Altbeständen von Bundeswehrwaffen zu betrachten. Des weiteren rüstet man natürlich die Kräfte auf, welche die eigenen Interessen am besten in der Region vertreten und gezeigt haben, dass sie auch bereit sind gegen ein fortschrittliches kurdisches Projekt wie Rojava mit allen Mitteln vorzugehen.

AB: Was können wir hier in Deutschland tun um Rojava und fortschrittliche Kräfte in anderen Teilen Kurdistans zu unterstützen?

Ich denke wir sollten aufhören die kurdische Frage oder Rojava als Objekt unserer Solidarität zu sehen und beginnen den Kampf der Menschen dort als unseren eigenen zu definieren und zu schauen was wir im Austausch mit der kurdischen Bewegung einander mitzuteilen und voneinander zu lernen haben. Trotzdem ist es im Moment wichtig alle Unterstützung für das Projekt Rojava zu mobilisieren. Wir müssen immer wieder lautstark den Finger in die Wunden legen und deutlich machen, dass der Krieg in Kurdistan, wie viele andere auch von hier aus durch Waffenexporte, durch Repression, durch Waffenbrüderschaft mit der Türkei usw. beginnt. In diesem Sinne ist es wichtig sich gemeinsam mit der kurdischen und anderen fortschrittlichen Bewegungen in Widerstandskomitees zu organisieren. Aber grundsätzlich ist es wichtig hier eine Bewegung aufzubauen und zu stärken, die ebenfalls hier gegen die kapitalistische Moderne und für radikale Demokratisierung eintritt.

AB: Welche Erfahrungen habt ihr bei euer Informations- und Solidaritätsarbeit in Deutschland gemacht? Entstehen neue Verbindungen zwischen deutschen und kurdischen Aktivist_innen und Gruppen? Wird das Konzept des Demokratischen Konföderalismus, als Modell Gesellschaft zu verändern, auch für Deutschland und Europa für relevant gehalten?

Das Modell des Demokratischen Konföderalismus ist selbstverständlich ein Modell, das nicht nur für den Mittleren Osten von Bedeutung ist. Wir müssen ja historisch sehen, dass dieses Modell nicht vom Himmel gefallen ist, sondern eine Weiterentwicklung der klassischen Rätemodelle von Hannah Arendt bis Rosa Luxemburg und Bookchin darstellt. Insbesondere wenn wir den patriarchalen Rollback der letzten Jahre betrachten, ist die radikale Patriarchatskritik der kurdischen Freiheitsbewegung von großer Bedeutung. Aber auch Aufbau von Räten, Kommunen und an diese Kommunen angeschlossene, selbstverwaltete Ökonomie stellen wichtige Ansätze dar um als linke Bewegung hier in Europa eine reale Alternative darzustellen. Die Ansätze des Demokratischen Konföderalismus finden sich ja ähnlich auch bei Hardt und Negri, um mit ihren Worten zu sprechen geht es beim Aufbau radikaler Demokratie um Repräsentation der Singularität der Multitude, also jeder Identität.

AB: Du veröffentlichst mit anderen bald ein Buch über Rojava. Worum geht es da? Mach doch mal etwas Werbung.

Wie gesagt, wir haben im Mai einen Monat in Rojava verbracht und über 120 Interviews geführt. Wir haben versucht uns ein Bild von Praxis der Demokratischen Autonomie und des Funktionierens dieser Strukturen zu machen. Das Buch stellt einen Überblick über diese Strukturen dar, es wird aber auch die Geschichte der Region thematisieren und vor allem werden viele Zeitzeug*innen der Revolution, Mitglieder von Räten, Aktivist*innen und viele andere zu Wort kommen. Unser Buch wird voraussichtlich im Dezember im Mezopotamien Verlag erscheinen. Es ist dann über die Kampagne Tatort Kurdistan zu beziehen.

AB: Vielen Dank für das Interview

tatortkurdistan.blogsport.de

Provozierter „Konfessionskrieg“ als Machtinstrument

Schlachtfeld Irak und Syrien: Die Menschen im Mittleren Osten sind auf der Suche nach einem Leben jenseits von Religiosität, Nationalismus, Dogmatismus, Fanatismus, Macht und kapitalistischer Ausbeutung

Syrien und in den letzten Monaten auch der Irak sowie der gesamte „konfliktreiche“ Mittlere Osten befinden sich in einer krisenhaften Übergangsphase. Momentan erleben wir dort eine weite Teile der Region betreffende „provozierte“ Eskalation. Gruppen von Sunniten und Schiiten intensivieren jeweils ihre Machtpolitik und forcieren auf unterschiedliche Weise gewaltförmige Auseinandersetzungen. In diesem Rahmen werden auch Menschen anderer Religionsgruppen, Ethnien oder politischer Meinung terrorisiert, verfolgt, vergewaltigt oder massakriert. Millionen von Menschen wurden zur Flucht getrieben. Die êzîdischen Kurden in Şengal (Sindschar) sind die letzten Opfer auf diesem systematisch provozierten Schlachtfeld. Davor waren bereits die Turkmenen in Tal Afar, davor die Christen und Schabak-Kurden in Mûsil (Mosul), davor Kurden, Araber und Suryoye aus verschiedenen Städten in Syrien von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die fanatischen Dschihadisten der Gruppe Islamischer Staat in Irak und Syrien (ISIS), neuerdings nur noch Islamischer Staat (IS), einen der aggressivsten und menschenverachtendsten künstlich erzeugten Akteur in der Region, betroffen.

Genau betrachtet geht es in den Auseinandersetzungen nicht, wie gern in den Medien behauptet wird, um den Streit zwischen Religionsgruppen oder konfessionelle Unterschiede, sondern um die Ausweitung von Macht in allen Lebensbereichen der Menschen. In erster Linie handelt es sich um einen Verteilungskrieg, der von internationalen Mächten und Akteuren in der Region zur Durchsetzung wirtschaftlicher, politischer und strategischer Interessen und zur Sicherung des Zugriffs auf Ressourcen geführt wird. Es geht um die Neuordnung des Mittleren Ostens – und diese Neuordnung hat auch Auswirkungen auf die gesamte Weltordnung. Die Verletzung von Freiheitsrechten, die Aushebelung demokratischer Standards, die Verletzung der Menschenwürde und von Frauenrechten, die Ausbeutung von Ressourcen und die Instrumentalisierung der Forderungen von Menschen in demokratischen Aufständen sind bei dieser Neuordnung einkalkuliert und untrennbar miteinander verbunden.

Und es geht gegen die Errungenschaften der Revolution in Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien), ein Beispiel eines demokratischen Lösungsmodells für die gesellschaftlichen Probleme, das in der Region bisher einmalig ist. Das System des *„Demokratischen Konföderalismus“* gibt der Gesellschaft die Möglichkeit, auf basisdemokratischer Ebene mit selbstverwalteten Strukturen ihre Belange selbst in die Hand zu nehmen. Somit entwickelt sich die Region zu einem eigenständigen Subjekt in Unabhängigkeit von anderen Großmächten.

… Schiiten versus Sunniten?

In den regionalen und internationalen Medien werden die Konflikte, bzw. der Gesamtkonflikt, allerdings vollkommen anders dargestellt und gedeutet. Es wird behauptet, dass der Iran, das sich in einem intensiven, von außen befeuerten Stellvertreterkrieg befindliche Syrien, der bis vor kurzem noch von Nuri al-Maliki dominierte Irak, die Mehdi-Brigaden im Irak, die radikalislamische Hamas, die Hisbollah im Libanon und die in einer passiven Rolle mitwirkenden Staaten Jemen und Bahrain einen schiitischen Block bilden würden. Dagegen stünde der rivalisierende sunnitische Block unter der *„Führung“* Saudi-Arabiens, Katars und der Türkei mit den von ihnen geförderten dschihadistischen Banden und Terrorgruppen – allen voran der Islamische Staat IS, die Al-Nusra-Front als Vertreterin von Al-Qaida und weitere. Auch den Muslimbrüdern nahestehende Organisationen in Jordanien und Ägypten sowie die Mehrheit der syrischen Auslandsopposition und die kurdische PDK (Partiya Demokrat a Kurdistanê, Demokratische Partei Kurdistan) von Masud Barzanî werden diesem Spektrum zugeordnet.

Mit einem Anteil von ca. 85 % bilden die Sunniten, neben ca. 10 % Schiiten, die größte Konfessionsgruppe im Islam. Der *„Unterschied“* ist auf einen ca. 1400 Jahre alten Konflikt zurückzuführen. Zentraler Streitpunkt zwischen Sunniten und Schiiten ist, vereinfacht gesagt, wer die Moslems nach dem Tod des Propheten Mohammed führen sollte. Hier liegt eine der Wurzeln einer bis heute andauernden und auch historisch gern von Kolonialmächten instrumentalisierten Auseinandersetzung um Einfluss und Macht. Auch wenn es in der Geschichte zu blutigen Konfrontationen kam, waren die größten Wunden des äußerst komplexen Konflikts im Grunde genommen in den letzten Jahrzehnten in gewissem Maße geheilt.

… US-Intervention

Seit der Intervention der USA und ihrer Verbündeten im Irak im Frühjahr 2003 hat sich im Mittleren Osten und in weiten Bereichen des *„islamischen Raums“* die sunnitisch-schiitische Kontroverse allerdings erneut ausgebreitet und vertieft. Die Intervention mündete in einem schrecklichen Bürgerkrieg. Unter der Herrschaft Nuri Al-Malikis haben sich die Verhältnisse im Gegensatz zu vorher umgekehrt. Unter Saddam Hussein hatte die jahrzehntelang politisch dominierende Minderheit der Sunniten die Bevölkerungsmehrheit der marginalisierten Schiiten unterdrückt und von politischer Teilhabe ausgeschlossen. Nun dominieren die Schiiten die Sunniten und verwehren ihnen die Teilhabe.

Seit 2003 beherrschen aufgrund dieser Auseinandersetzung Terror- und Selbstmordanschläge, Morde an Sunniten und Schiiten den politischen Alltag im Irak.

2011 zogen sich die US-amerikanischen Soldaten aus dem Irak zurück, Tausende von ihnen hatten zuvor ihr Leben verloren. Einer US-Studie zufolge starben während des Irak-Krieges und der anschließenden Besatzung mindestens 500.000 Iraker. Und das ist eine *„niedrige Schätzung"*, schrieb die Süddeutsche Zeitung im Oktober letzten Jahres. Seit 2003 hat sich auf diesem irakischen Schlachtfeld zudem u. a. die Gruppe Islamischer Staat (IS), zunächst unter dem Namen Tawhid und Dschihad, gebildet und entwickelt. International wurde sie ab 2013 unter dem Namen ISIS im syrischen *„Stellvertreterkrieg"* bekannt. Berüchtigt ist diese Terrorbande durch die von ihr verübten Kriegsverbrechen und Massaker. *„Diese Ereignisse sind eine Folge der amerikanischen Intervention von 2003"*, sagt dazu der Nahostexperte Dr. Michael Lüders im Gespräch mit der Deutschen Welle.

… andere Faktoren sind identitätsbestimmend

In den letzten Jahren scheint sich der sunnitisch-schiitische Konflikt auch durch die demokratischen Aufstände, die oft *„Arabischer Frühling"* genannt werden, vertieft zu haben. Es kam zunehmend zu einer Polarisierung und militärischen Auseinandersetzung zwischen Akteuren der *„beiden Gruppierungen"*. Ausgehend von den gegen totalitäre Herrschaftsformen gerichteten demokratischen Aufständen in Nordafrika und im Mittleren Osten sind interreligiöse Konflikte revitalisiert worden. Wir dürfen dabei nicht außer Acht lassen, dass diese Konflikte von regionaler und internationaler Seite ausreichend mit geschürt wurden. *„Dabei ist es ebenso unzutreffend, von rein religiösen Motivationen auszugehen, wie von der Vorstellung zweier in sich geschlossener homogener sunnitischer und schiitischer Identitäten. Historische und aktuelle Konflikte waren immer eingebunden in politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse, und jenseits von Gruppenzuordnungen zu Sunniten und Schiiten waren und sind oftmals ganz andere Faktoren identitätsbestimmend"*, schrieb Dr. Sigrid Faath in ihrer Forschungsarbeit *„Rivalitäten und Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in Nahost"* für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Dieser Analyse zufolge sind also politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse identitätsbestimmend – und ein damit verbundenes Streben nach mehr Herrschaft und Macht. Politisch entwickelten sich despotische Staatsstrukturen, deren Eliten die Gewinne aus der Ausbeutung oder dem Ausverkauf von Ressourcen im Eigeninteresse ausschöpften. Gesellschaftlich beruhte deren Herrschaft vornehmlich auf Unterdrückung, Ausgrenzung und Verachtung der jeweils nicht an der Macht beteiligten religiösen oder ethnischen Minderheiten.

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen und Kriege im Mittleren Osten, wie zuletzt die Konflikte in Syrien und im Irak, können demzufolge nicht einfach als Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten erklärt werden. Das ist nur die offensichtliche Oberfläche weit tiefer greifender und historisch gewachsener Probleme. Die tiefer liegende Ursache vieler Probleme und Konflikte ist die Bildung der jeweiligen Staaten als Folge einer Grenzziehung auf dem Reißbrett nach dem Ersten Weltkrieg, die hauptsächlich auf Betreiben der imperialistischen Siegermächte England und Frankreich umgesetzt worden war. Die aktuelle Ordnung im Mittleren Osten beruht nicht auf selbstbestimmten Entscheidungen der Gesellschaften, sondern vielmehr auf einer von reaktionären und feudalen Akteuren aufrechterhaltenen und von regionalen und internationalen Mächten unterstützten *„künstlichen"* Struktur.

… Bildung von Nationalstaaten

„Zu Beginn der Industriellen Revolution vor mehr als zweihundert Jahren ging die Entwicklung des Nationalstaates Hand in Hand mit der unkontrollierten Kapitalakkumulation auf der einen Seite und der ungehinderten Ausbeutung der schnell wachsenden Bevölkerung auf der anderen Seite. Die neue Bourgeoisie, die aus dieser Revolution erwuchs, wollte sich an den politischen Entscheidungen und am Staatsaufbau beteiligen. Der Kapitalismus, ihr neues Wirtschaftssystem, wurde so zu einem natürlichen Bestandteil des neuen Nationalstaates. Der Nationalstaat brauchte die Bourgeoisie und die Macht des Kapitals, um die auf Stammesstruktur und Erbrecht beruhende alte Feudalordnung und ihre Ideologie durch eine neue nationale Ideologie zu ersetzen, die alle Stämme und Sippen unter dem Dach der Nation vereinte. Auf diese Weise wurden Kapitalismus und Nationalstaat so eng miteinander verbunden, dass die Existenz des einen ohne den anderen unvorstellbar wurde. Infolgedessen wurde Ausbeutung vom Staat nicht nur erlaubt, sondern sogar erleichtert und gefördert." Diese von Abdullah Öcalan beschriebene *„Erleichterung"* und *„Förderung"* des Kolonialismus haben auch dazu geführt, dass die kurdische Region auf den Iran, die Türkei, den Irak und Syrien aufgeteilt wurde. Heute sind die Kurden, die jahrzehntelang unter dieser kolonialistischen Aufteilung gelitten haben, ein wichtiger politischer Akteur, der auf Grundlage eigener politischer Lösungskonzepte für Stabilität, ein respektvolles Zusammenleben der unterschiedlichen Religionsgruppen und Ethnien und Verständigung wirkt.

… kurdischer Widerstand

Unter anderem die PDK und die YNK (Yekîtiya Nîştimanî ya Kurdistanê, Patriotische Union Kurdistan) leisteten jahrzehntelang im irakischen Teil Kurdistans

Widerstand gegen Unrecht. Die von Abdullah Öcalan geführte PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) und die in ihrem Umfeld entstandene neue kurdische Freiheitsbewegung kämpfen seit mehr als vierzig Jahren gegen Unrecht und für die legitimen Rechte der Kurden in der Türkei. Erst durch diesen Widerstand wurde die kurdische Frage zu einer *„internationalen Angelegenheit"*, die die Entwicklungen im gesamten Mittleren Osten beeinflusst und momentan im Fokus der neuesten Ereignisse in der Region steht. Heute führen die PKK und die kurdische Freiheitsbewegung Verhandlungen über eine friedliche Lösung, die innerhalb der bestehenden Grenzen eine Demokratisierung der Türkei und eine demokratisch-autonome Region Kurdistan ermöglichen soll. Auf diese Art könnten den Kurden Rechte und Freiheiten gewährt werden. Auch die Kurden in Syrien, die jahrzehntelang vom Baath-Regime unterdrückt und ausgegrenzt wurden, agieren im Rahmen des Aufstands in Syrien mit einem neuen Politikverständnis und schlagen friedliche und stabilisierende Lösungswege vor, die von der Weltöffentlichkeit wahrgenommen werden. Sie fordern keine Abtrennung vom syrischen Staat, sondern, als *„Dritten Weg"*, das Recht auf demokratische Selbstorganisierung und freie Entfaltung für sämtliche in Syrien lebenden ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen u. a. in einer demokratisch-autonomen Region Rojava. Im Iran fordert die Mehrheit der Kurden eine Dezentralisierung der Macht und demokratische Reformen, in deren Rahmen sie sich in einer selbstverwalteten autonomen kurdischen Region organisieren können. Die genannten Lösungsvorschläge basieren auf dem Politikverständnis und den Ideen Abdullah Öcalans.



… die Suche nach Lösung

Durch die *„Loslösung von der Forderung nach einem kurdischen Nationalstaat"* öffnen sich auch alternative Wege für die Lösung der ethnischen und religiösen Probleme im Mittleren Osten. Diese Vorstellung mag idealistisch und utopisch wirken – ihre Umsetzung ist jedoch nicht unmöglich. *„Wir erkannten genauso eine Verbindung zwischen der kurdischen Frage und der globalen Herrschaft des modernen kapitalistischen Systems. Ohne diesen Zusammenhang zu hinterfragen und Alternativen zu entwickeln, wäre eine Lösung nicht möglich geworden. Andernfalls hätten wir uns nur in neue Abhängigkeiten begeben."* So beschreibt Öcalan seinen gedanklichen Hintergrund der Distanzierung von der Forderung nach einem kurdischen Nationalstaat.

Heute führen der Widerstand der kurdischen Freiheitsbewegung und deren Suche nach einer Lösung sowie die im Rahmen der Aufstände im Mittleren Osten formulierten Anliegen zu einem absehbaren dynamischen Prozess. Schon am 26. März 2003 gelangte über seine Anwälte folgende Botschaft Abdullah Öcalans an die Öffentlichkeit: *„Die rückständigen Diktaturen des Mittleren Ostens werden sich auflösen. [...] Das imperialistische kapitalistische System und der Mittlere Osten stehen in einem tiefen Widerspruch zueinander. Entweder werden neue Regierungen in der USA eine andere Politik betreiben oder der demokratische Frühling der Völker wird sich entwickeln. [...] Wir durchleben eine Übergangsphase."*

Die krisenbehaftete Übergangsphase, von der Öcalan vor mehr als elf Jahren sprach, hält weiter an. Und diejenigen Akteure, die keine Lösung anbieten können, erzeugen mit ihrer fatalen Politik terroristische Banden wie ISIS/IS oder weitere Extremisten.

… *„Good Governance"* statt freier Gesellschaft

Die USA streben mit dem *„Greater Middle East Project"* wahlweise eine Aufteilung und Neuordnung des Mittleren Ostens und Nordafrikas anhand von Trennlinien zwischen Religionen, Ethnien und Clans oder Regierungswechsel im eigentlichen Sinne an. Ähnliche außenpolitische Konzepte verfolgen auch die bestimmenden Kräfte der EU. Dazu sollen entweder Regimewechsel in bestehenden Nationalstaaten gemäß dem Motto *„Good Governance"* durchgeführt werden – was nichts anderes bedeutet, als dass eine willfährige Elite eingesetzt wird – oder die Staaten sollen, wenn das nicht möglich ist, von innen heraus zerstört und neu gegliedert werden. Beides ist fatal und mörderisch. Denn innerhalb der Grenzen der bisherigen Nationalstaaten in der Region wurden die Freiheiten und Rechte der verschiedenen Bevölkerungsgruppen stets systematisch und oft auf grausame Weise begrenzt und verletzt. Und diese beiden Konzepte würden daran nichts ändern.

Folgte man der These *„jede Bevölkerungsgruppe braucht einen Staat"*, müsste jeder der Bevölkerungsgruppen, deren Existenz uns oft erst durch die Rebellionen in der Region bewusst wurde, ein Nationalstaat zugestanden werden. Das beträfe dann u. a. die Assyrer in Syrien, die Tuareg in Nordafrika, die Christen in Ägypten oder in Syrien, die Turkmenen im Irak und in Syrien, um nur einige wenige zu nennen. Mehr als fraglich ist jedoch, ob ein Nationalstaat oder ein Religionsstaat – ein Kalifat, wie ihn der IS anstrebt – die einzige Möglichkeit für die gemeinsame Gestaltung einer Gesellschaft ist? Es muss doch andere Wege geben, die das Leiden der Menschen, das Leiden der verschiedenen benachteiligten ethnischen und religiösen Gruppen beenden könnten. Neue Wege jenseits von religiösem Fanatismus, Nationalismus, Dogma-

tismus, Militarismus, Kapitalismus und Machtfixierung müssen gewagt werden, um ein respektvolles Zusammenleben der unterschiedlichen Akteure und Gruppen in multiethnischen und multireligiösen Gesellschaften zu ermöglichen. Egal welches Land in der Region wir uns ansehen: Die künstlich geschaffenen Grenzen der Nationalstaaten erzeugen keine Lösung der ethnischen, religiösen, sprachlichen, kulturellen und weiteren Spannungen und Probleme.

Im Mittleren Osten und in Nordafrika sind die Staaten überwiegend so strukturiert, dass auch von außen gestützte Gruppen/Familien/Clans unter Zuhilfenahme des gesamten Staatsapparates über andere Gruppen/Familien/Clans herrschten und die Ressourcen sowie die Menschen ausbeuteten. Es gibt kein einziges Beispiel für eine solche gesellschaftliche Formation, in der nicht undemokratische Mittel sowie massive Gewalt gegen ethnische und religiöse Minderheiten angewandt wurden bzw. werden.

… Aufstand gegen Herrschaft

Es greift zu kurz, die gesellschaftlichen Aufbrüche in Nordafrika und im Mittleren Osten als „*Arabischer Frühling*“ zu bezeichnen. Diese Rebellionen werden von dutzenden verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen getragen, von denen wir zuvor oftmals wenig gehört und gewusst haben. Deswegen wäre es passender, von einem „demokratischen Aufstand der Völker“ zu sprechen. Die Völker haben durch die Aufstände u. a. Husni Mubaraks dreißigjährigeHerrschaft in Ägypten und die mehr als zwei Jahrzehnte andauernde Herrschaft von Staatspräsident Zine el-Abidine Ben Ali in Tunesien beendet. Sie haben darüber hinaus auch die mehr als vierzigjährige Herrschaft der Familie Assad in Syrien, den langjährigen Herrscher Ali Abdallah Saleh im Jemen sowie derzeit den vierzig Jahre herrschenden Ministerpräsidenten Prinz Khalifa Ben Salman al-Khalifa (und dessen Clan) in Bahrein infrage gestellt – und zudem die korrupten und auf Klientelismus basierenden Staatsstrukturen aufgedeckt, die jahrzehntelang auf dem Rücken der eigenen Bevölkerung eigene Interessen und solche außenstehender Akteure bedient haben. Die regionalen und internationalen Mächte können sich heute nicht als unschuldig darstellen – als hätten sie nicht gewusst, was diese autoritären Regime der jeweiligen Bevölkerung angetan haben. Anstatt die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und die jeweilig Herrschenden zur Einhaltung von Menschenrechten und demokratischen Standards zu bewegen, hat man ihnen jahrzehntelang u. a. durch politische, militärische und wirtschaftliche Beziehungen den Rücken gestärkt. Der Machterhalt der jeweils herrschenden autoritären Akteure in diesen Staaten diente nicht der Bevölkerung, sondern kapitalistischem Profitstreben und der Ausbeutung von Ressourcen. Die Herrscher wurden deshalb legitimiert, deren Familien und Umfeld zu Milliardären gemacht und die Bevölkerung in die Armut getrieben.

… „*verspäteter Widerstand*“

Das, was Öcalan vor elf Jahren als „*demokratischen Frühling der Völker*“ beschrieb, benennt der amerikanisch-iranische Islam-Experte Hamid Dabashi Anfang 2011 als „*verspäteten Widerstand*“ gegen die vom europäischen Kolonialismus aufgebauten Nationalstaaten in der Region.

Dabashi sagt in einem Interview mit Miriam Shabafrouz über die Staaten, in denen sich Widerstand entwickelte: „*Es sind alles post-koloniale Gesellschaften, von Marokko bis Syrien, denen eine Art von innerstaatlicher Tyrannei, die nach Ende des europäischen Kolonialismus entstand, gemeinsam ist. Es sind falsche und künstliche postkoloniale Staaten.*“ Und führt weiter aus: „*In diesen Teilen der Welt revoltieren die Menschen erstens: gegen den Kolonialismus, der diese Bedingungen hervorgebracht hat, zweitens: gegen die innerstaatlichen Tyranneien, die die koloniale Vergangenheit geerbt haben, und drittens: gegen das derzeitige imperialistische Projekt, das den gesamten Globus lenken will. Die Tatsache, dass diese Revolten stattfinden, ist eine Konsequenz des dysfunktionalen globalen Kapitalismus, der systematisch Armut produziert.*“

Weitere Staaten, wie z. B. Irak, Iran, Saudi-Arabien, Katar, Türkei, Jordanien, Kuwait, Oman oder in Nordafrika Algerien und Marokko, werden ebenfalls nicht von demokratisch gesinnten Regierungen geführt, sondern vielmehr von autoritären und korrupten Präsidenten, Königen, Generälen und Politikern unterdrückt. Die Notsignale der Bevölkerung sollten gehört werden. Deren große Mehrheit stellt die Staatsapparate und deren „*korrupte Hüter*“ infrage – die „Völkergemeinschaft“ tut dies nicht. Ganz im Gegenteil wird versucht, die genannten Staaten in ihren bisherigen Strukturen zu erhalten oder mit neuen anderen – aber vom Prinzip her ähnlich undemokratischen Strukturen und/oder Machthabern – zu restaurieren. Das kommt im Grunde genommen dem Versuch gleich, einen Wolf in ein Schaf zu verwandeln.

… innerlich „*verfallen*“, äußerlich „*schonen*“

Es ist jedoch absehbar, dass diese Art Staaten mehr und mehr innerlich „*verfallen*“ werden, solange innerhalb der Gesellschaft keine demokratische Öffnung des Raumes stattfindet, der momentan von den genannten Gewaltmonopolen beherrscht wird. Ohne eine demokratische Öffnung könnte eine weitreichende neue Form totalitärer Herrschaft im radikalen und religiösen Gewand hegemonial werden – vor allem angesichts der katastrophalen politischen und wirtschaftlichen Lage in der Region. Die radikalen, dschihadistischen Gruppen gewinnen mehr und mehr Zulauf, weil sie die Zustände und die berechtigte Unzufriedenheit der Menschen für ihr politisches Kalkül ausnutzen und eine scheinbare Alternative bieten. Der vermeintlich unausweichliche Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten wird in diesem Zusammenhang mehr und mehr als Vorwand benutzt, um zu verhindern, dass sich

demokratische Räume im Mittleren Osten öffnen. Um das zu verhindern, wird der „*konfessionelle*" Konflikt auch von außen bewusst geschürt und eskaliert. Der ehemalige US-Sonderbotschafter -Antiterrorkoordinator und Direktor des „*John Sloan Dickey Center for International Understanding*" sagte dazu im Wall Street Journal am 24.06.2014: „*Nachdem die sunnitischen Dschihadisten von ISIS im Nordirak eine Stadt nach der anderen eingenommen haben und schwarz gekleidete schiitische Milizionäre antraten, um sie zurückzuschlagen, ist es verlockend, Jahrhunderte altem religiösem Hass die Schuld für das Chaos zu geben. Aber der heutige Konflikt ist weniger das unerklärliche Produkt urweltlicher Missstände als das vorhersehbare Ergebnis neuzeitlicher Machtpolitik.*"

… Interventionen schüren Chaos

Auf die Rolle der USA und europäischer Mächte im Rahmen dieser Machtpolitik geht Cemil Bayık, der Kovorsitzende des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) kritisch ein und sagt: „*So wie das Nationalstaatsverständnis der kapitalistischen Moderne wird auch diese neue Kollaborationspolitik keine Antwort für die Probleme der Region haben. Denn es trägt in seinem Wesen keinen demokratischen Charakter. Es wird kein System aufgebaut, das auf dem demokratischen Leben und der Freiheit aller ethnischen und religiösen Gemeinschaften basiert, mit Kollaboration soll die Gesellschaft am Zügel gehalten werden. Insofern sich nicht von der Politik abgewendet wird, die Widersprüche immer wieder auszunutzen und so die Kontrolle zu behalten, ist kein Mittlerer Osten gewollt, der auf einer demokratischen Gesellschaft beruht, in dem Widersprüche aufgehoben sind und alle ethnischen und religiösen Gruppen und andere soziale Gemeinschaften sich frei organisieren und partizipieren. Denn eine demokratische Gesellschaft ist eine willensstarke und gestärkte Gesellschaft, die sich folglich den Forderungen und Zumutungen der Kräfte von außerhalb nicht beugt. Demokratie und Demokratisierung schaffen im Grunde eine Situation, in der der Einfluss der herrschenden und ausländischen Kräfte reduziert oder sogar gänzlich abgebaut ist. In dieser Hinsicht werden eine Politik und eine Praxis, die eine Demokratisierung und Befreiung des gesamten Mittleren Ostens mit sich bringen, die internationalen Mächte natürlich beunruhigen. Die werden nicht begeistert sein von einer freien, auf demokratischer Organisierung beruhenden Gesellschaft. Insofern wird, weil die US- und europäische Intervention im Mittleren Osten und die damit verbundene Neuordnung der Region die Gesellschaft nicht befrieden und keine Antwort für deren Bedürfnisse haben werden, die Position der Gesellschaft zu Organisierung und Widerstand weiter Gültigkeit haben. Weder werden die Probleme im Mittleren Osten verschwinden, noch wird der Widerstand gegen die Quelle dieser Probleme, nämlich die internationalen Mächte und deren Kollaborateure, enden.*"

… Instrumentalisierung von Religion

Religionsunterschiede oder die Konfession werden im Mittleren Osten aus den genannten Gründen für Machtkämpfe instrumentalisiert. So wie die „*Hüter des Nationalstaates*", in dessen Namen die Menschen unterdrückt und massakriert wurden, sind es jetzt die Imame, Prediger, Mullahs, Sheikhs (Scheichs), Emire und Kalifen, die Fatwas erteilen und damit Andersdenkende im Namen Allahs abschlachten lassen und das weniger aus religiösen als aus machtpolitischen Gründen tun. Islam, Christentum, Judentum oder Buddhismus sind als Religion nicht gefährlich – sie werden lediglich dann bedrohlich, wenn sie für machtpolitische Zwecke missbraucht werden. In diesem Kontext sollten wir auch das Erstarken der geistig im Mittelalter verwurzelten Gruppe IS/ISIS in Syrien und Irak verstehen.

… Wer steht hinter ISIS/IS?

Es ist allerdings auch notwendig zu sehen: Ohne eine Unterstützung von außerhalb Syriens und des Irak hätte eine Gruppe wie ISIS/IS nicht so schnell wachsen und Fuß fassen können. „*Wer steht hinter ISIS/IS*" ist die wichtige Frage, die wir uns stellen müssen, um zu verstehen, wer von deren grausamem Vorgehen profitiert. Folgt man den Spuren, führen sie von Saudi-Arabien und Katar über die Türkei und den Kaukasus bis nach Europa. Haben wir je eine ernsthafte Kritik von der Regierung Erdogan oder den Regierungen Saudi-Arabiens oder Katars am IS gehört? Soweit ich weiß, nicht. Wie konnte sich der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu erlauben, IS zu verharmlosen, als er am 7. August gegenüber einem türkischen Fernsehsender erklärte, bei der Organisation handele es sich um eine wütende Gemeinschaft? Er fuhr fort: „*Eine Struktur wie der IS mag auf den ersten Blick wie eine radikale und terroristische Organisation erscheinen, aber in ihr sind Massen organisiert. Im IS gibt es sunnitische Araber und auch nicht wenige Turkmenen.*"

Unterscheiden sich die Islamvorstellungen Erdogans und Davutoglus von denen des IS, müssten sie ihn doch kritisieren. In dieser Hinsicht hinterfragt der türkische Journalist und Autor Cengiz Çandar „*Wo steht die Türkei in Sachen ‚Islamischer Staat'?*" und schreibt: „*Das Gespann Erdogan/Davutoglu hat regelrecht ‚Geburtshilfe' für den ‚Islamischen Staat' an der gesamten Südgrenze unseres Landes geleistet. Dies sollte verhindern, dass ‚kein zweites autonomes Kurdistan entsteht und um etwaige Forderungen der Kurden in der Türkei abzuwenden'.*" Er verweist in seinem Artikel auf Äußerungen Patrick Cockburns, der in seiner Argumentation im Artikel „*ISIS Consolidates*" noch weiter gehe: „*Die Rolle der Türkei war anders, aber nicht weniger wichtig als die Hilfe Saudi-Arabiens an ISIS und andere dschihadistische Gruppen. Ihre wichtigste Handlung war das Offenhalten der 510 Meilen langen Grenze zu Syrien. Die irakischen Sicherheitsbehörden vermuten eine*

große Unterstützung der 2011 neu aufgebauten ISIS durch den militärischen Geheimdienst der Türkei."

Doch kommen wir nochmals zum Thema Islam und Konfessionen. Die Probleme des Mittleren Ostens entstehen nicht durch den Islam oder dessen Konfessionen, wie gerne behauptet wird. Für ein tieferes Verständnis ist es wichtig zu sehen, dass die Definition von Gruppen als dem etwaigen politischen Islam oder gemäßigten Islam zugehörig immer vom Standpunkt derjenigen Akteure abhängt, die das gerade definieren. Egal ob in diesem oder anderem politischen Zusammenhang wird oft durch eine Negativzuschreibung einer Gruppe als „*feindlich*" oder deren etwaige Negierung versucht, den eigenen Nationalismus, die eigene autoritäre Politik, bewusste Umweltzerstörung, Ausbeutung von Ressourcen (Öl, Wasser, Gas), patriarchale Unterdrückung und die Unterschiede zwischen Arm und Reich zu kaschieren.

… Kapitalismus

Es geht mir nicht darum, den Islam in Schutz zu nehmen. Es geht mir vielmehr darum, die Probleme richtig zu analysieren. In jeder Region der Welt, in Afrika, in Asien, in Südamerika und in Europa werden genau betrachtet ähnliche Probleme wie derzeit im Mittleren Osten offensichtlich. Die Ursache dafür können und wollen wir nicht in Religionskonflikten finden, da es diese in den betroffenen Regionen offensichtlich überwiegend nicht gibt. Es wird viel eher deutlich, dass es machtzentrierter und ungehemmter Kapitalismus ist, durch den die Rechte und die Würde sowie die Existenz der Menschen infrage gestellt und angegriffen werden – durch den die Natur zerstört wird und Ressourcen ausgebeutet werden. Dieser ungehemmte Kapitalismus bewirkt eine ungleiche Verteilung, durch die eine kleine Gruppe in Luxus und Wohlstand lebt und die große Mehrheit der Menschen in absoluter Armut.

Der sich intransparent und mit großer Geschwindigkeit – ohne Übergangsphasen – in das Leben der Menschen im Mittleren Osten schleichende Kapitalismus ist in vielerlei Hinsicht nicht weniger brutal und wild als der dschihadistische Islamismus. Gegenseitig unterstützen sie sich auf dem „*Weg in Richtung Chaos*". Die Bombardierung von Moscheen, Kirchen und anderen Gebetsstätten im Irak wird von den Dschihadisten ausgeführt, die dafür verwendeten Waffen und Bomben stammen aus der Produktion kapitalistischer Staaten. Niemand kann rechtfertigen, dass u. a. in den USA, England, China, Russland, Deutschland und anderen EU-Staaten produzieren Waffen weiterhin exportiert werden. Auch bezüglich der Tragödie in Şengal, nach dem Angriff und dem grausamen Genozid-Versuch des IS an Êzîden, ist die Diskussion über „*notwendige*" Waffenlieferungen schnell in den Vordergrund gerückt worden – anstatt den nötigen Schutz und die humanitäre Hilfe in den Mittelpunkt des Denkens und Handelns zu stellen. Die Außenminister der Europäischen Union haben sich am 15.08.2014 auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt, in der sie die Lieferung von Waffen an Kurden im Irak durch einzelne EU-Mitgliedstaaten begrüßten. In Sachen Rechte und Freiheiten für Kurden waren die EU-Staaten noch nie so schnell und „*großzügig*" wie bei diesem Beschluss „*EU für Waffenlieferungen an Kurden*".

Obwohl den Despoten in der Region durch Waffenlieferungen sowie bedingungslos gepflegte politische und wirtschaftliche Beziehungen jahrelang der Rücken gestärkt und dadurch die Grundlage für diese Tragödie geschaffen worden ist, lässt sich bisher kein Bewusstseinsprozess erkennen. Es waren doch nicht die Menschen aus dem Mittleren Osten, die die Akteure in Syrien und im Irak jahrzehntelang mit Waffen versorgt und somit militarisierte Gesellschaften ermöglicht haben.

… Es gibt keinen gerechten Kapitalismus

Die Menschen sind eigentlich nicht gezwungen, zerstörerischen Ideologien wie dem modernen Kapitalismus oder dem dschihadistischen Islamismus zu folgen. Unter den gegebenen Bedingungen haben die herrschenden Kräfte, die Bourgeoisie und die Vertreter der kapitalistischen Moderne allerdings nahezu weltweit eine gesellschaftliche Struktur und Organisierung in ihrem Sinne etabliert, die dem Rest der Gesellschaft vorschreibt, dass sie nach ihren Vorstellungen, also denen der Herrschenden, zu leben haben oder ausgegrenzt und marginalisiert werden. Die herrschenden Akteure drängen sozusagen den Gesellschaften ihr System auf, in dem für den eigenen Profit andere benachteiligt werden. Es gibt keinen gerechten Kapitalismus, nicht in Europa, nicht in Afrika, nicht im Mittleren Osten und nirgends.

Der Verlauf und die Ergebnisse der demokratischen Aufstände sind noch offen. Möglich ist auch, dass radikale islamistische Strömungen gestärkt daraus hervorgehen. Aber diese Ideologien können sich in den Gesellschaften nicht langfristig tief verankern, weil sie nicht demokratisch sind und keine alternative Perspektive zur vorherigen Unterdrückung bieten. Vielmehr wiederholen sie unter islamistischem Deckmantel die alte autoritäre, totalitäre und barbarische Praxis der durch die Aufstände gestürzten oder hinterfragten Regime.

… Gibt es eine Lösung für die genannten Probleme?

Als Erstes sollten alle internationalen und regionalen reaktionären Akteure im Mittleren Osten, die an den

Konflikten beteiligt sind, ihr politisches und wirtschaftliches Kalkül ändern und sich nicht mehr hauptsächlich auf die gewinnorientierte Plünderung der natürlichen Ressourcen, Wasser, Öl und Gas, konzentrieren. Um die Lage zu deeskalieren und den barbarischen und zerstörerischen IS zurückzudrängen, sollten Räume für zivilgesellschaftliche Organisierung, NGOs und demokratische Organisationen in der Region geschaffen werden. Dadurch würde die Möglichkeit eröffnet, dass die Menschen mitdiskutieren und ihr eigenes Schicksal bestimmen können. Parallel dazu sollten die Menschen, die sich an den Aufständen beteiligt haben, auch die Möglichkeit bekommen, den gesellschaftlichen Transformationsprozess mitzugestalten. Politische und religiöse Parteien, die durch demokratische Wahlen, nach den Aufständen in den arabischen Staaten an die Macht gekommen sind, müssen sich an demokratische Regeln und die Menschenrechte halten. Dadurch könnte ein Weg zur gesellschaftlichen Neuorganisierung eröffnet werden. Unter anderem Frauen, Jugendliche, Studenten und Arbeiter sollten ihre Organisierung selbst übernehmen können und dadurch ebenfalls neue demokratische Strukturen schaffen. Menschen, die nicht mehr hinnehmen wollen, erniedrigt und von demokratischer Teilhabe ausgeschlossen zu werden, können so ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Das ist ein harter und langer Weg, der nur Schritt für Schritt gegangen werden kann. Dazu bedarf es Ausdauer, Geduld und Bewusstsein – da nicht jeder Schritt sofort als Erfolg wahrnehmbar sein wird und gesellschaftliche Transformationsprozesse jahrzehntelang dauern können.



… wofür waren die Aufstände?

Man muss sich auch fragen, aus welchen Motiven die Menschen die Aufstände durchgeführt haben. Wurden sie für eine demokratische neue Ordnung in der Region durchgeführt, so müssen viele Konfliktparteien Abstand von ihrer bisherigen Politik nehmen. Möchte man im Mittleren Osten ernsthaft eine demokratische Transformation beschleunigen, so gibt es Voraussetzungen, die verschiedene Akteure zu erfüllen haben. Die kapitalistischen und internationalen Mächte müssten ihren eurozentrisch-orientalistischen, oberflächlichen Blick auf die Region ablegen – und daraus Rückschlüsse ziehen, auf deren Grundlage sie ihre Außenpolitik und ihre Beziehungen dementsprechend umzugestalten hätten. Westliche Ideen und Ideologien lassen sich im Mittleren Osten nicht so ohne Weiteres umsetzen. Die gesellschaftlichen Grundvoraussetzungen und die historischen Gegebenheiten sind vollkommen andere als z. B. in den USA oder Europa.

… Orientalismus verschleiert die Wahrheit

Es sollte ein vernünftiger Dialog auf Augenhöhe geführt werden. Denn der eurozentrische Orientalismus verschleiert bewusst die Wahrheit über die Gesellschaften in der Region und bedient in erster Linie politisches Kalkül und Profitinteressen. Die westlichen Staaten müssen zudem aufhören, die Region lediglich als potenziellen Raum zur Ausbeutung von Ressourcen und zur Sicherung neuer oder alter Absatzmärkte zu sehen. Der libanesische Analyst Hazem Saghieh schreibt zu den Folgen einer solch rückständigen Politik in einem Interview: „*Die konservativen arabischen Monarchien haben noch eine andere, traditionelle Legitimationsbasis. Und einige dieser Monarchien, besonders die in der Golfregion, besitzen aufgrund ihrer Ölressourcen die Fähigkeit, gesellschaftliche Loyalitäten zu erkaufen. Somit haben diese Herrschaften mit den totalitären Regimes im modernen und ideologischen Sinne wenig zu tun. Vielmehr stellen sie eine orientalische und primitive Form des Despotismus dar.*“

Diese orientalische und primitive Form des Despotismus ist heute in der Politik Saudi-Arabiens, Katars und im Rahmen der AKP-Herrschaft in der Türkei zu beobachten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu fragen, auf wessen Kosten der wirtschaftliche Boom in der Region, wie zum Beispiel in Dubai oder in Doha in Katar, geschaffen wird. Saghieh hinterfragt diese Art der Förderung: „*Ich denke nicht, dass die gigantischen Türme in Dubai – im Gegensatz zum Parlament – den Weg in eine demokratische Moderne ebnen können. Ich glaube, dass man vielmehr die Grundlagen für eine zivile Gesellschaft schaffen sollte, jenseits der Autorität der Religion und der Logik des Familienclans. Die materielle und architektonische Modernisierung an sich könnte diese alten, vormodernen Strukturen sogar weiter fördern.*“

Schauen wir uns boomende Länder an, erkennen wir die Wahrheit in Saghiehs Äußerungen. Sei es in Dubai, in den Vereinigten Arabischen Emiraten, in Doha in Katar oder in Hewlêr (Arbil) in der nordirakischen kurdischen Region, in Riad in Saudi-Arabien oder in Istanbul oder weiteren Städten in der Türkei, die mit ihren gigantischen Türmen die Moderne symbolisieren: Sie erfüllen im Gegensatz zu diesen repräsentativen „*Errungenschaften*“ nur wenige Merkmale der Demokratie. Das allein sollte schon ein Warnsignal sein, dass eine Politik, die meist an autoritäre Herrscher und Familienclans gebunden ist, unterlassen werden sollte. Von internationalen Akteuren wie auch von den Menschen vor Ort sollten ernsthafte Konsequenzen gezogen werden.

… Versagen von Nationalstaaten

Die Fixierung auf den Nationalstaat führt ebenfalls in eine Sackgasse. „*Die alte Staatsordnung funktioniert nicht. Es braucht neue, dezentrale Strukturen für das 21.*

Jahrhundert. Das Zeitalter des Nationalstaats ist vorbei.", schrieb Georg Diez zu Recht in seiner wichtigen Kolumne „*Der Nationalstaat muss sterben*" im Spiegel. Denn durch die Reproduktion autoritärer gesellschaftlicher Formationen werden lediglich Akteure stark gemacht, die einfache, aber oft noch verheerendere Alternativen anbieten, wie zum Beispiel der IS. Dessen Massaker sind nur die sichtbare Oberfläche der beschriebenen tieferen Probleme. Deshalb muss über demokratische und friedliche Alternativen nachgedacht werden, in deren Rahmen alle Bevölkerungsgruppen, alle Ethnien und alle Religionsgruppen die Gesellschaft – mit Respekt voreinander – gemeinsam demokratisch gestalten können. Hierbei statuiert der Gesellschaftsvertrag, welcher von den Völkern Rojavas geschlossen wurde, regelrecht ein Exempel. So kommt jetzt der kurdischen Freiheitsbewegung die Aufgabe zu, den Widerstand für den demokratischen Frühling der Völker in der Region voranzutreiben. Der Schutz der Revolution von Rojava, auch gegen IS, ist ein gelungenes Beispiel für die Organisierung kollektiven Widerstands. Eine solche Entwicklung könnte auch im Irak und in Südkurdistan möglich sein.
Der denkbar schlechteste Weg im Kampf gegen die Dschihadisten wäre, auf die Unterstützung der westlichen Mächte, allen voran die USA, zu setzen.
In diesem Kontext ist zu fragen: Wer hat den Irak in die Krise gestürzt und so den perfekten Nährboden für radikalislamistische Gruppen hinterlassen? Wer hat ISIS im Kampf gegen das Baath-Regime in Syrien überhaupt erst groß gemacht? Die Verantwortung des Westens ist unübersehbar. Und nun sollen die in erster Linie für das Chaos in der Region Verantwortlichen die Sache wieder geradebiegen? Eines ist sicher, eine demokratische und freiheitliche Perspektive kann nur aus dem demokratischen Widerstand vor Ort keimen – nicht durch Intervention von außen.

Oder sehen wir uns die Situation in Israel/Palästina an. Wie kann dieser über Jahrzehnte anhaltende Konflikt, beide Seiten anerkennend, gelöst werden? Kann die favorisierte Zweistaatenlösung überhaupt noch als aktueller Lösungsweg begriffen werden, ist sie tatsächlich hinreichend für einen dauerhaften Frieden, ein gleichberechtigtes Zusammenleben? Wie können beide Seiten nach der langen Zeit des Krieges gemeinsame Wege entwickeln, um sich auf Augenhöhe zu begegnen, um ein Miteinander zu bewirken? Zeigt sich nicht an diesem Konflikt, in dem zwei Völker ein Territorium als ihr Siedlungsgebiet beanspruchen, dass das nationalstaatliche Denken keinen Lösungsweg aufzeigen kann?

Wir haben Fussnoten/Quellenverweise raus gekürzt. Ihr findet den Text mit Fussnoten bei: *civakaazad.com*

… Brücken des Friedens zwischen den Völkern des Mittleren Ostens

Es wäre falsch, das von der kurdischen Freiheitsbewegung vorgeschlagene Lösungskonzept, ohne den Sinn dahinter zu verstehen, zu ignorieren. Sämtliche erwähnten Probleme werden von der kurdischen Freiheitsbewegung infrage gestellt – und Lösungen dafür entwickelt. Allein das Diskutieren über diese Problemfelder gibt den Menschen in der Region Mut, gegen das scheinbar unabwendbar Vorgegebene zu rebellieren und Alternativen zu schaffen. „*Inmitten des Chaos im Mittleren Osten zeigen die Kurden in Rojava, wie eine mögliche Lösung aussehen kann. Indem sie bewaffnete Konflikte vermeiden und die ‚Demokratische Autonomie' mit Respekt für alle ethnischen Gruppen und religiösen Minderheiten aufbauen, präsentieren sie eine Alternative zu nationalistischen und islamistischen Staatsmodellen. Ihr Modell ist nicht aus dem Nichts entstanden. Abdullah Öcalan spricht sich seit vielen Jahren für eine multiethnische, dezentrale demokratische Selbstverwaltung aus und straft damit alle Lügen, die ihm immer noch eine separatistische oder nationalistische Agenda unterstellen. Wie Nelson Mandela in Südafrika baut er in Wirklichkeit Brücken des Friedens zwischen den Völkern des Mittleren Ostens.*"

Auch wenn das zunächst lediglich wie ein Modell für die Lösung der kurdischen Frage aussieht, können viele Fragen im Mittleren Osten anhand dieser Ideen, die man auch das „*Projekt des Demokratischen Mittleren Ostens*" nennen kann, gelöst werden. Auch religiöse Fragen lassen sich auf dieser Grundlage beantworten. Das gilt vor allem, wenn verschiedene Religions- und Volksgruppen auf relativ engem Raum miteinander leben.

Die Akteure, die auf die Konflikte in Syrien, im Irak und in der Region Einfluss nehmen können, sollten die Rolle und die Lösungsmodelle der kurdischen Freiheitsbewegung nicht übersehen. Die Suche nach Möglichkeiten einer gemeinsamen politischen Lösung der Konflikte und einer Entspannungspolitik in Syrien und im Irak führt auch zu den Ideen der Kurden. Wie z.B. in Rojava zu sehen ist, können Religions- und ethnische Gruppen in einer demokratisch-autonomen oder föderativen Struktur sehr gut gemeinsam leben und eine positive gesellschaftliche Dynamik des Verständnisses füreinander entfalten. In Anbetracht der momentanen Situation in der Region braucht es dafür aber auch das Recht, sich gegen jede von außen kommende Gefahr selbst zu verteidigen. Diese Erkenntnis bedarf eines Überdenkens der bisherigen zum Teil auch dogmatischen Politik des Westens. Ein guter Schritt wäre es, mit Rojava anzufangen und die dortigen Entwicklungen anzuerkennen – und mit den sie tragenden Akteuren dort zu reden. Wenn das nicht der Anfang einer Art Renaissance in der Region werden kann, was dann?

Devriş Çimen, Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V., 19.08.2014

Waffen für Rojava? Ein Gespräch

Dieses Gespräch über Rojava, die PKK, den IS und unsere Handlungsoptionen als radikale Linke in Deutschland fand Ende Oktober zwischen Einzelnen aus der Redaktion und Freund_innen am Küchentisch statt. Wir hatten festgestellt, dass wir unterschiedliche Meinungen zur Frage haben, ob wir die Forderung nach Waffenlieferungen an die YPG richtig finden. Wie schätzen wir die Situation in Rojava ein? Vor allem: Wie können wir uns selber solidarisch mit dem Projekt Rojava verhalten? Das Ergebnis bietet keine neuen Erkenntnisse und verdeutlicht vor allem die politischen Unzulänglichkeiten der deutschen autonomen Linken. Damit offen umzugehen, kann aber Teil eines politischen Prozesses der Klärung offener Fragen werden. In diesem Sinne könnte unser Gespräch auch für andere von Interesse sein. ***AB***

V: Ich hatte die Ausgangsfrage so verstanden, ob wir für oder gegen Waffenlieferungen sind. Ist man für oder gegen Bodentruppen? Für oder gegen Luftschläge? Naja, was heißt Luftschläge: Kriegsführung durch diese Allianz; ich weiß den offiziellen Namen gerade nicht mehr... also vor allem durch die Amis.

N: Ja, ich glaube meine Position ist da tatsächlich recht indifferent. Es hängt für mich sehr viel daran, was da die Leute vor Ort fordern und erwarten. Wenn die, die gerade in Kobane kämpfen, sagen: Wir brauchen hier dringend panzerbrechende Waffen und wir brauchen hier dringend Luftschläge, weil wir der Situation sonst nicht gewachsen sind. Dann würde ich - nicht ohne damit gleichzeitig Bauchschmerzen zu haben - aber schon sagen, dann müssen sie das irgendwie kriegen. Wer dann letztendlich Waffen dahin liefert, ist dann noch mal eine ganz andere Frage. Und wo die herkommen. Und was ich deutlich schwieriger finde, ist die Frage nach Bodentruppen. Ich habe heute morgen erst in der TAZ gelesen, dass die Grünen gerade ganz Vorne dabei sind, einen Bundeswehreinsatz zu fordern. Das wäre überhaupt nicht meine Forderung.

R: Aber das ist ja auch von vielen Kämpfenden da überhaupt nicht die Forderung. Also bei mir ist es schon auch so ein bisschen so, dass ich die Forderungen derjenigen unterstützen würde, mit denen ich mich sowieso solidarisiere. Und das sind die Kurd_innen der PKK. Und wenn die jetzt sagen, sie brauchen Waffen, würde ich dem erst mal tatsächlich auch so zustimmen. Weil ich da irgendwie so ein gewisses Vertrauen habe.

N: Daraus leitet sich für mich aber nicht ab, jetzt die Forderung an die Bundesregierung zu stellen, doch mal Waffen an die PKK zu liefern. Also diese Geldsammelaktion für Waffen finde ich da sinnvoll. Ich glaube, es ist auch möglich, sich vor Ort die Waffen zu besorgen, wenn man sie bezahlen kann und die Schmuggelwege frei sind. Aber das ist, wie gesagt, alles sehr indifferent.

V: Ich bin eindeutig gegen die Forderung, dort Waffen hin zu liefern. Ich finde die Forderung zwar wichtig und völlig verständlich, wenn man da vor Ort kämpft. Das ist gar keine Frage. Aber als eine politische Linke in Deutschland finde ich, müssen wir andere Forderungen stellen, als dass in eine Region, die nur so strotzt vor Waffen noch mehr Waffen geliefert werden. In der konkreten Situation wäre das für mich, Druck auf die Türkei auszuüben, die Grenzen aufzumachen für Leute, die kämpfen wollen in Kobane, also die YPG unterstützen wollen. Das wäre eine konkrete Forderung. Oder konkret hier, die Aufhebung des PKK-Verbots massiv zu fordern. Da würde ich eher die Verantwortung sehen, als in einem komplett militarisierten Zustand dort noch mehr Waffen hinzuballern.

N: Ich glaube nicht, dass Rojava durch weitere Militarisierung gefährdet ist. Die haben das Projekt ja schon in einer militarisierten Situation begonnen. Es ist irgendwie ein Kind des Bürgerkriegs, der in Syrien vor ungefähr drei Jahren begonnen hat. Und trotzdem wurden in dieser Situation erst mal, bis es jetzt zu den massiven Angriffen durch den IS gekommen ist, eher im zivilen Bereich Fortschritte gemacht und basisdemokratische Rätestrukturen konnten sich etablieren. Und das sind alles so Sachen, die mich vorsichtig optimistisch stimmen, dass - wenn der akute Kriegszustand in der Region nicht mehr so akut ist - dann auch eine Demilitarisierung wieder einsetzen kann.

R: Ich glaube das nicht. Es wird auf eine Militarisierung in der ganzen Region hinauslaufen, weil die Existenz von den Autonomiegebieten der Kurd_innen nur militärisch gesichert werden kann. Ich weiß nicht, in meinem Kopf ist das immer so eine Verknüpfung zu Israel, was auch irgendwie auf eine Art und Weise nachträglich da hingesetzt wurde und nur existiert, weil es sich so militärisch nach Außen absichert. Und irgendwie kann ich mir nicht vorstellen, dass es funktioniert, dass die Kurd_innen sich da etwas aufbauen, das nicht immer wieder von Außen - von allen Seiten - irgendwie als Fremdkörper wahrgenommen wird und das immer wieder angegriffen wird. Also das sehe ich einfach nicht in den nächsten zwanzig Jahren.

K: Ich finde den Vergleich nicht so gut, aber ich glaube auch nicht, dass die Region in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren eine friedliche werden wird.

I: Ich finde vor allem auch bei diesen ganzen Diskussionen, dass man schon im Kopf haben muss, dass man auch nicht raus kommt aus bestimmten Widersprüchen. Zum Beispiel die Forderung nach Waffenlieferungen. Das ist ganz klar eine Forderung, die auch hier von Linken oder Linksradikalen gestellt wird. Für mich ist die Frage, an wen stellen sich die Forderungen. Welche Stärke gibt es hier überhaupt, irgendetwas zu fordern? Ich fühle mich eigentlich nicht in der Position, von hier aus zu sagen: wir müssten jetzt nur wissen, was das Richtige ist und dann machen wir das... . Also wenn die Bundesregierung Waffen dahin liefert, dann nicht, weil sie denkt, Rojava ist ein geiles, emanzipatorisches

Projekt. Irgendwie seh' ich da nicht so ein Rauskommen aus dieser Widersprüchlichkeit. Dann denke ich, man kann natürlich die Aufhebung des PKK-Verbots fordern; ich glaube trotzdem nicht, dass man damit Erfolg haben wird. Und ich glaube auch nicht, dass das zu so einer breiten gesellschaftlichen Forderung werden wird. Dass ist vielleicht eine Frage an dich, ob du denkst, es wäre jetzt strategisch vielleicht ein Moment, wo das Linksradikale vielleicht pushen können und ob es gerade eine strategische Stärke gibt, wodurch dieses Thema plötzlich so relevant ist und Leute plötzlich auch einen anderen Blick auf Kurd_innen und die PKK haben. Dass man es so nutzen könnte? Das fände ich noch interessant.

V: Ich glaube schon. Die Linke hier ist ein Fliegenschiss. Da kann man nicht viel von erwarten. Aber es könnte trotzdem gelingen, dass PKK-Verbot weg zu bekommen. Wenn selbst das ZDF und Leute aus der CDU und auch dem CDU-Vorstand die Aufhebung des PKK-Verbots fordern, zeigt das ja, dass jetzt gerade eine Chance besteht, so was zu thematisieren und vielleicht noch mal stark zu machen. Ich fände es wichtiger, das zu versuchen, als Handlungsoption hier, als zu glauben, ich wüsste jetzt, was für die Leute in Kobane besser ist. Das fände ich anmaßend. Ich kann Forderungen von denen nachvollziehen, ohne dass ich sie mir zu eigen machen muss. Ich muss sie auch nicht für falsch erklären, weil sie in einer militärischen Logik denken. Sie sind nun mal in einem Konflikt - natürlich brauchen sie Waffen - das ist keine Frage - um sich zu verteidigen. Aber es ist mir näher, jetzt hier zu gucken, was man konkret machen kann, als das auf der Ebene von Waffen und Militärintervention zu diskutieren. Man sieht ja, was jahrzehntelanger Krieg und Militarisierung in Afghanistan und Irak angerichtet haben. Da sind Waffen für Milliarden hingegangen. Und was dabei stattgefunden hat: Eine durchgehende Militarisierung, die von Amerikanern und Deutschen aufrecht erhalten wurde. Ich glaube, dass diese Entwicklung auch in Syrien begonnen hat. Und da gibt es dann keine richtige Forderung von hier aus, finde ich.

K: Ich glaube, das lässt sich nicht vergleichen, weil in keiner der beiden Länder - also nicht in Afghanistan und nicht im Irak - gab es eine vergleichbare eigenständige Kraft, die sich nicht mit diesen ausländischen Interventionen verbündet und die die ganze Zeit versucht hat, Konflikte nicht militärisch zu lösen. In der Türkei hält die PKK ja extrem lange an dem Waffenstillstand fest, obwohl sie angegriffen werden. Auch in Syrien geht das ja sogar soweit, dass die YPG dem Assad-Regime gestattet, sich weiter in ihren Gebieten zu bewegen, weil sie versuchen, genau so Militarisierung zu verhindern.

V: Aber der entscheidende Punkt war für mich: Wie verhalten wir uns hier? Was ist hier eine Handlungsoption? In Afghanistan gab es übrigens Initiativen von Leuten, die nicht mit den ausländischen Militärs zusammengearbeitet haben, von Frauen, die versucht haben, Strukturen aufzubauen, aber die immer wieder von allen Seiten angegriffen worden sind. (…)

K: Ich finde es aber tatsächlich, was Anderes, wenn die USA zum Beispiel in Kobane bomben und die YPG das begrüßt und denen sogar Zielkoordinaten durchgibt. Da wäre ich nicht gegen. Also, einfach auf Grund dessen, dass es in Syrien Leute mit einem emanzipatorischen Projekt gibt, die konkrete Unterstützung fordern, während ich das, was im Irak passiert, schon viel kritischer sehe. Das würde ich in großen Teilen als sunnitischen Volksaufstand bewerten, wo viele lokale Gruppen mit ISIS verbündet sind. Und ich glaube, dass da die Einmischung der Amerikaner nur dazu führen wird, dass es als Parteinahme auf Seiten der schiitischen Zentralregierung verstanden wird. Und das wird den konfessionellen Krieg verlängern und die Gräben zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsteilen vertiefen. Die Wahrscheinlichkeit, dass es einen jahrzehntelangen Bürgerkrieg gibt, erhöht sich.

V: Gibt es ja schon im Irak.

E: Ja, aber dass er verlängert wird. Und dass die Gräben tiefer werden. Zum Beispiel habe ich gerade vor zwei Tagen gelesen, dass von den Peschmerga zurückeroberte sunnitische Dörfer komplett angezündet wurden. Und dagegen ist die PKK eine Kraft, die so was verhindert. Während das im Nordirak passiert.

V: Ist es egal, welche Motivation die Amerikaner für das Bombardieren haben? Ich bin mir nicht sicher, dass das jetzt gerade in Kobane was hilft, nur weil die Amerikaner da bomben.

N: Ich glaube schon, dass für mich letztendlich nicht die Motivation wichtig ist, sondern der Effekt, den das hat.

I: Aber das hört ja auch irgendwann auf. Das ist ein bisschen, was ich meinte, dass sich das nicht so voneinander loslösen lässt, weil der Konflikt ist nach der Verteidigung Kobanes ja nicht zu Ende.

V: Also die USA sind so massiv dafür verantwortlich, dass IS stark werden konnte.

N: Ja, klar

V: Also nicht, weil sie zu spät gebombt hätten, sondern weil sie eine Situation geschaffen haben, im Irak und dann auch in Syrien, in der der IS so stark werden konnte. Und, dass ausgerechnet die jetzt mit einer militärischen Intervention, die ursprünglich auch dazu geführt hat, dass es so gekommen ist, da die Richtigen sein sollen, - um was zu erreichen? Den IS zu schwächen?

K: Als Libyen angegriffen wurde oder Afghanistan oder Irak, da war ich da definitiv dagegen und hätte das auch öffentlich geäußert. Und in der jetzigen Situation würde ich nie im Leben auf die Idee kommen, mich aktiv gegen die Luftschläge auf Kobane zu positionieren, während ich im Irak durchaus sagen würde,

dass es auf jeden Fall nicht richtig ist.

N: Bloß, weil die USA in der Vergangenheit eine Politik gefahren haben, die ziemlich scheiße war, heißt das für mich nicht zwangsläufig, dass alles was darauf folgt dann auch automatisch scheiße ist. Dann können sie auch den IS da bombardieren, tatsächlich sogar auch aus der richtigen Motivation heraus. Ich kann nur die Motivation überhaupt nicht einsehen.

V: Und in einem Jahr bombardieren sie Kobane, weil die Kurden da wieder sind oder was?

N: Ja, vielleicht.

K: Möglicherweise, ja.

N: Und das macht aber trotzdem die Luftschläge jetzt nicht falsch.



I: Aber ich finde das irgendwie so ein bisschen...für mich ist das eine komische Diskussion. Ich merke, das ist eigentlich nicht die Diskussion, die ich führen will. Es interessiert sowieso keine Regierung, keine Militärdings, was wir jetzt dazu sagen, ob wir das richtig oder falsch finden. Und ich finde, das passiert alles generell in einem Rahmen von Nationalstaaten und Regierungen und ich sehe nicht so richtig, warum... also ich finde das eigentlich nicht so spannend zu beurteilen. Ich finde tatsächlich die Frage spannender, gibt es etwas, was wir als solidarische Handlung oder als Verhältnis von hier aus irgendwie cool finden oder darin irgendetwas sehen. Ich finde oder merk das auch in diesem Gespräch, man landet total schnell in sowas Realpolitischem, wo ich das Gefühl habe, wir diskutieren so, als würden wir Wählen gehen oder sowas...

V: Als wären wir die Regierung, die es entscheiden muss.

R: Das wär gar nicht so schlecht.

I: Oder halt so gute demokratische Bürger_innen, die jetzt überlegen, welche Partei sie als nächstes wählen, weil sie für das oder das ist.

N: Die Frage, wie man diese Luftschläge oder Bodentruppeneinsätze oder was auch immer da bewertet, ist schon wichtig, wenn es darum geht, ob man dagegen politisch und praktisch interveniert oder nicht - oder das zumindest versucht.

V: Für mich wäre etwas anderes wichtig. Warum verhalte ich mich denn zu dem Konflikt? Es gibt Gemetzel überall auf der Welt. Warum glaube ich, mich dazu verhalten zu müssen? Gemetzel mit oder ohne amerikanischer Beteiligung. Warum ich denke, mich zu diesem Gemetzel verhalten zu müssen, ist, dass ein Projekt gefährdet ist, was ein total fortschrittliches ist, nämlich Rojava. Das wäre für mich ein Grund zu sagen, wie kann ich in so einer Situation - und das hätte man ohne die kriegerischen Angriffe des IS ja auch sagen können - wie kann ich die unterstützen. Und jetzt ist es halt ganz akut. Was können wir hier machen? Ich kann hier versuchen, Bedingungen herzustellen, die möglich machen, dass Leute vor Ort weiter für ihr Projekt kämpfen können.

K: Naja, ich finde dass man sich überlegen muss, wogegen man interveniert oder das wenigstens versucht. Und da es scheint, dass Deutschland dort auch aktiv militärisch eingreifen wird, finde ich es schon eine relevante Frage, zu überlegen, an welchen Punkten ist man denn dagegen, an welchen Punkten äußert man sich dazu dann nicht, weil es vielleicht gerade in einer ganz praktischen Situation Kräften vor Ort nützt. Oder will sogar irgendwer dafür plädieren?
Je mehr ich über die Forderung nach Waffenlieferungen nachdenke, finde ich es vergleichbar mit einer Situation wie dem spanischen Bürgerkrieg. Die Leute hatten eigentlich außer der Sowjetunion und Mexiko - wobei Mexiko einfach kein starker Staat gewesen ist - niemanden, der sie unterstützt hat. Und die Sowjetunion hat dann auch noch innerhalb der republikanischen Kräfte einer reaktionären Kraft die Waffen gegeben. Ich weiß nicht, ob das für uns überhaupt eine Relevanz hat, aber in so einer Situation kann man ja entweder sagen, wir sind komplett gegen Waffenlieferungen von Deutschland oder man kann, ausgehend von der historischen Erfahrung, sagen, die Waffen sollen an wen anderes gehen, nicht an Barsanis Truppen.

R: Aber... ich weiß nicht. Für mich stellt sich die Frage, wo sich diese Situation hin entwickelt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das so bleibt, dass alle möglichen deutschen Politiker_innen sagen: „Wir unterstützen die PKK und das Projekt in Rojava“, wenn der Konflikt mit dem IS sich gelegt hat. Also, vor allem nicht, wenn da Bodentruppen hingeschickt werden, weil dann sehe ich auch eher, dass dieses Projekt völlig zerschlagen wird.

K: Ja, das glaube ich auch.

N: Das glaube ich auch. Bodentruppen von der NATO oder ihren Alliierten würden auf jeden Fall überhaupt nichts besser machen. Da bin ich fest von überzeugt. Das wäre auch ein Punkt, wo ich schon eher sage - ich bin mir da auch nicht ganz sicher - dagegen muss man intervenieren. Und auf jeden Fall muss man dagegen intervenieren, - wenn man kann - dass die Türkei Bodentruppen schickt. Das ist so ein Punkt, da bin ich mir 100% sicher.

V: Die Türkei wird ja nicht alleine Bodentruppen schicken. Sie sagen ja die ganze Zeit, sie würden nach Syrien gehen, sie machen das aber nicht alleine. Sie machen es zum Beispiel nur, wenn Assad gestürzt wird.

R: Auf der anderen Seite gibt es ja Aussagen, die Türkei interveniere schon mit Bodentruppen. Wo ich

aber auch nicht weiß, wie viel Wahres daran ist.
K: Ich meine, was jetzt NATO-Programm ist, das ist auch definitiv gegen Rojava gerichtet. Ich meine, jetzt bilden Saudi Arabien, Jordanien und die Türkei gemäßigte Rebellen aus und das ist genau das Gleiche, was sie vorher auch schon gemacht haben. Das ist jetzt halt offizielle NATO-Linie, aber wenn man sich anguckt, was in Saudi Arabien für Leute herrschen oder auch in der Türkei, was für Leute sollen die denn ausbilden? Und das ist ja letztendlich nur die Vorstufe von Bodentruppen. Halt andere Bodentruppen ausbilden, aber die sind genauso gegen die kurdischen Strukturen gerichtet.

I: Ich fände es glaube ich interessanter, mich hier mit Leuten auszutauschen. Zum Beispiel, was für Perspektiven gibt es... Also nicht so diesen realpolitischen Forderungen so verhaftet bleiben. Ich glaube, mir fällt das auch schwer, das konkreter zu machen, aber irgendwie sich nicht darin so aufsaugen zu lassen und trotzdem noch die eigenen Vorstellungen klar zu haben.

R: Also nicht nur reagieren, sondern überlegen, wie es auch in eine positive Richtung gehen kann?

I: Ja, vielleicht.

V: Aber es ist gerade der falsche Zeitpunkt... Wenn ich jetzt mit Kurd_innen diskutieren würde, die an Rojava beteiligt sind, ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, sie zu kritisieren oder das, was sie in ihrem Projekt machen. Das würde ich mir verbitten in der jetzigen Situation.

I: Also, ich glaube, ich kann mich schon in ein solidarisches Verhältnis zu Rojava setzen, aber ich glaube trotzdem hätte ich ganz viele Diskussionspunkte mit Leuten da, weil es sind mir Sachen überhaupt nicht klar in Bezug auf Rojava. Und es ist nicht so, dass ich denke: Ja, geil, das ist genau das, wo ich hin will.

K: Abgesehen davon, finde ich auch eher umgekehrt, dass man sich mit deren theoretischen Konzept zwar auseinandersetzen kann und dann überlegen kann, was davon ist eigentlich für hier übertragbar, weil sie ja durchaus versuchen - jedenfalls ist das ihr Anspruch - eine umfassende Antwort darauf zu liefern, wie gesellschaftliches Leben basisdemokratisch - wie nennen die das?! - basisdemokratisch, ökologisch und antipatriarchal organisiert sein kann. Und daran kann man dann natürlich auch eine Kritik haben, wenn man das darauf bezieht, wie man das hier....also ob sich Sachen davon auf hier übertragen lassen. Ansonsten finde ich das glaube ich auch relativ seltsam, weil mir das alles, was sie machen unter wesentlich beschisseneren Bedingungen wesentlich fortschrittlicher vorkommt, als alles, was ich in den letzten zwanzig Jahren aus der deutschen Linken gehört habe.

V: Alles?

(lachen)

I: Also ich frage mich an sich, was sind die konkreten Handlungen. Klar, kann hier jemand sagen, ich bin für Waffenlieferungen, aber das ist ja auch keine Handlung.

N: Ich glaube, es gibt noch einen Komplex. Und zwar den der konkreten Solidarität mit den Kurden und Kurdinnen hier - wo auch die Frage ist, wie kann man das organisieren, wie sind da überhaupt unsere Handlungsoptionen -, die ja jetzt auch massiven Angriffen von Islamist_innen - wahrscheinlich eher Islamisten - ausgesetzt sind. Ja, also ich meine ganz ernsthaft ist doch die Frage, wenn hier Kurd_innen von bewaffneten Banden angegriffen werden und um Unterstützung bitten, wie reagiert man dann, was tut man?

K: Auch wenn die Kurden und Kurdinnen daran gerade kein Interesse haben, hier einen Konflikt mit Salafisten auszutragen, die Salafisten haben das ja offensichtlich. Und da ist die Frage für ne deutsche Linke irgendwie schon, inwieweit können und wollen wir uns daran beteiligen. Wo sind wir dazu überhaupt in der Lage? Ist das ein Level an Gewalt, mit dem wir umgehen können? Und auf der anderen Seite: wie kann man das organisieren, ohne dazu beizutragen, diesen Konflikt auch hier zu militarisieren?

V: Den Kampf gegen Religion aufnehmen.

N: Ja, ist halt die Frage, ob das konkret gerade was bringt oder ob man sich damit nicht auch einfach nur zu noch einer Zielscheibe macht. Also, das muss nicht heißen, dass man es deswegen nicht macht, aber...

K: Vielleicht sind die Positionierungen hier einfach auch schwerer, weil es hier eine Funktion hat, wie über die Salafisten geredet wird. Das hat nämlich auch die Funktion, antimuslimischen Rassismus zu befördern. Und deswegen finde ich, wenn man darüber nachdenkt, was man hier gegen Salafisten machen muss, dann muss man gleichzeitig darüber nachdenken, wie man dafür sorgt, dass es nicht weiter diesen Rassismus hier befördert.

V: Außer man sagt, die Salafisten sind im Grunde.... keine Ahnung, dagegen ist die NPD harmlos, vielleicht sogar ideologisch wie praktisch gesehen. Also muss sich eine Linke nicht tatsächlich ganz massiv gegen Salafisten wenden, als eine zutiefst reaktionäre religiöse Gruppierung, die sehr militant in die Öffentlichkeit drängt? Gleichzeitig darf man sich nicht gemein machen mit denjenigen, die sie aus rassistischen Gründen kritisieren und muss deswegen eine fundamentale Opposition gegen jegliche Religion damit verknüpfen. Damit kann man dem zumindest zum Teil den Wind aus den Segeln nehmen.

I: Wenn man über Religion redet, finde ich es noch total interessant oder vielleicht auch hervorzuheben, dass ja auch christlicher Fundamentalismus sehr stark im Kommen ist und mir das vielleicht auch in so einem Wechselspiel zu stehen scheint. Vielleicht kann man das auch andersherum angehen und - das was du vorhin meintest - vielleicht eher die Frage stellen, wie kann man so in diesen Situationen konkret solidarisch sein mit PKK-Leuten, die angegriffen werden.

K: Wenn zum Beispiel beim salafistischen Zentrum die Scheiben eingeworfen werden, wird es in Deutschland erst mal in dem Kontext verstanden, dass das irgendwelche Rechten gewesen sind. Du kannst ja dann auch nicht sagen, dann mache ich das nicht, sondern werfe gleichzeitig bei einer Synagoge, einer christlichen Kirche und einem salafistischen Zentrum die Scheiben ein und sage dann, ich bin gegen jede Religion.

V: Da hätte ich nicht so große Sorgen ,wenn ich hinterher sage, warum ich das gemacht habe. Ich glaube aber, dass es vermieden werden muss, solange es irgendwie geht, mit denen tatsächlich eine direkte Konfrontationsebene herzustellen, weil eine Linke hier dem ja gar nicht standhalten kann.

K: Aber zum Teil ist es ja schon zu spät. Also zum Beispiel habe ich mir erzählen lassen, dass es in Bielefeld schon mal und jetzt nächstes Wochenende wieder, eine Soliparty für kurdische Strukturen gibt und dass die sich jetzt schon massiv sorgen machen, weil letztes mal schon Salafisten versucht haben, da rein zu kommen, nicht rein gekommen sind und dann Leute die auf dem Weg dahin waren, angegriffen haben.

V: Aber es ist ein Unterschied, ob man sozusagen gerade Selbstverteidigungsfähigkeit herstellen muss oder ob man die Auseinandersetzung sucht. Also ich halte jetzt nichts davon, die Militarisierung, die das beinhaltet - also das will ich jetzt nicht als Militanz begreifen, was die Salafisten machen - sozusagen aufzugreifen und jetzt autonome Selbstverteidigungskräfte zu bewaffnen. Da sehe ich überhaupt keine Perspektive drin.

K: Aber du hast doch vorhin selber den Vergleich zu deutschen Nazis gezogen und bei deutschen Nazis ist es ja durchaus angebracht auch militant gegen die zu agieren. Ich finde den Vergleich tatsächlich auch so. Ich würde mir eher darüber Sorgen machen, wie man dafür sorgt, dass das nicht als rassistisch wahrgenommen wird. Und die Militarisierung des Konflikts ist natürlich auch ein Problem, zumal wir dem tatsächlich nicht standhalten könnten.

V: In so einem konkreten Fall, wenn ich mir vorstelle, man macht eine Soliparty und dann kommen da Salafisten und das ganze verlagert sich zu einer Straßenauseinandersetzung - zum ersten, zweiten, dritten oder vierten Mal -,....dann ist es notwendig, sich zu schützen. Ich bezweifle ja nicht, dass man sich dann der Straßenauseinandersetzung befähigen muss, aber ich glaube nicht, dass man dann politisch gegen den Islamismus ankommt. Genauso wie ein Großteil der linksradikalen oder autonomen Antinazipolitik......

K: Kommt auch nicht gegen den Rassismus an.

V: Ja.

R: Ich bin da auch so ein bisschen ratlos, weil ich denke, dass, wenn wir die Auseinandersetzung hier als autonome Linke auf die Straße holen, wir da auch noch in ganz andere Probleme hineingeraten, weil auch andere Menschen das gerade auf die Straße holen. Und das sind zum Beispiel irgendwelche rechten Hooligans, die sich jetzt zusammentun und Kundgebungen und Demos organisieren gegen Salafisten. Irgendwie ist das für mich auch eine Sache, die da mit reinspielt, wenn man sagt, man will sich dagegen positionieren...Weil man ganz, ganz deutlich machen muss, wo man da steht, weil es auf ein Mal noch eine Partei gibt, die sich gegen diese Salafisten stellt. Nicht, dass man dann auf ein Mal mit irgendwelchen anderen Spinnern zusammen gelesen wird. Keine Ahnung, ich glaube, das ist auch ziemlich komplex mittlerweile hier.

V: Vielleicht kommt man dann auch gar nicht weiter. Zwischen diesen ganzen Fronten von Arschlöchern mit denen man zu tun hat, kommt man vielleicht gar nicht mit irgendwas vorwärts, wenn man sich immer den schlimmsten herauspickt und dann versucht dagegen zu treten. Vielleicht ist dann die einzige Perspektive, eine Kraft zu entwickeln, mit der man selber Strukturen aufbaut und ein Gegenmodell darstellt; so schlicht wie sich das anhört. Aus der jetzigen Situation heraus haben wir gar keine Handlungsoption. Das heißt nicht, dass man nicht Aktionen gegen Nazis oder Salafisten machen kann, meiner Meinung nach eher im Gegenteil. Aber wenn wir das nur auf der Ebene verhandeln, sehe ich da keine Option für die nächsten Jahre.

R: Für mich ist es dann wieder an dem Punkt, das Verbot der PKK zu bekämpfen und deren Strukturen zu stärken. Da können wir irgendwie intervenieren und uns laut machen.

K: Naja, so ein paar Sachen gibt es ja schon. Einen Geldsammelaufruf für Waffen gibt es. Dann gibt es schon länger diesen Geldsammelaufruf um allgemein Strukturen in Rojava zu unterstützen. In Berlin wurden zwei türkische Diplomatenautos angezündet.

E: Aber ich glaube, diese Geldsammelaktionen sind immer so ein leichter Rückzug. Man sammelt Geld, dann hat man irgendwie 20000 Euro zusammen und übergibt die irgendwem. Und dann? Bringen da 20000 Euro irgendetwas?

K: Wahrscheinlich nicht.

R: Naja, 20000 Euro für Waffen ist halt tatsächlich einfach nichts

V: Das ist so was wie Freikaufen von einer politischer Verantwortung. Ich möchte das jetzt nicht diskreditieren. Ich finde das schon eine okaye Kampagne, aber ...Oft genug sagen ja Leute aus anderen Ländern: sorgt endlich dafür, dass eure Regierung eine andere Politik macht und dass ihr hier zumindest Strukturen aufbaut, die hier eine Stärke entwickeln. Wir brauchen euch weder als Guerilla-Kämpfer_innen, noch als Klugscheißer, sondern sorgt endlich selber dafür, dass ihr stark werdet und greift die Politik der Regierung hier an und bringt sie ins Wanken. Verändert gesellschaftliche Positionen, baut etwas auf. Und hört auf zu glauben, ihr müsstet uns irgendwie unterstützen mit euren klugen Tipps.

I: Ja, das finde ich, ist voll der gute Punkt, wo ich so ein bisschen hin wollte.

K: Aber ich sehe das tatsächlich anders..Ich halte es für derart relevant, dass das Projekt Rojava weiter besteht, dass ich nicht finde, dass man sagen kann, wir überlegen uns einfach nur mal, was man hier machen kann und wir müssen halt hier auch die Verhältnisse ändern. Ich glaube, und das habe ich ja vorhin auch schon gesagt, wenn man mit denen längerfristig solidarisch sein will, dann muss man sich mehr damit auseinandersetzen, was die ideologisch wollen und ob das, was die an Basisaufbau machen, sich in irgendeiner Art und Weise auf hier übertragen lässt. Und ob das eine Perspektive von Gesellschaftsveränderung aufmacht. Aber kurzfristig, damit das überhaupt noch eine Relevanz hat und nicht sowieso ganz schnell wieder in Vergessenheit gerät, muss es dieses Modellprojekt weiter geben. Und ich glaube auch tatsächlich, dass die Geschichte einen ganz anderen Verlauf genommen hätte, wenn große Projekte wie - was in Spanien passiert ist -...nicht immer gleich militärisch zerschlagen worden wären.

V: Was meinst du jetzt? 36, oder wann?

K: Ja. Also, das sehe ich so ähnlich, wie zapatistische Gebiete. Es ist ein Unterschied, ob die das über einen Zeitraum von zwanzig Jahren ausprobieren können und ob das auch so eine Art Leuchtturm-Charakter hat oder ob es nach zwei Jahren einfach militärisch wieder zerschlagen ist und sich nach zwanzig Jahren eh keiner mehr daran erinnert. Und deswegen glaube ich, dass es dieses mal auch nicht reicht, einfach zu sagen, wir müssen uns hier damit auseinander setzen, sondern dass es durchaus auch eine militärische Relevanz hat, das zu verteidigen. Und da finde ich durchaus...

I: Militärische Relevanz? Wie meinst du das?

K: Dass eine Idee, die keinen Raum und keine Zeit hat, verwirklicht zu werden, irrelevant wird. Und im Diskurs auch keine Rolle mehr spielt. Und dass es deswegen nicht nur eine Frage davon ist, was wir wir daraus lernen können, sondern es tatsächlich auch eine militärische Frage ist, wie wir dafür sorgen können ,dass der Aufbau des demokratischen Konföderalismus nicht zerschlagen wird. Können wir das unterstützen? Da finde ich dieses Geldsammeln eine gute Idee. Ich finde aber auch überlegenswert, dass da Leute hinfahren und das unterstützen.

I: Will das jemand?

N: Das machen schon Leute. Es sind schon deutsche Linke dahin gefahren...

I: Ja, aber, weil sie das selbst wollten oder weil Leute gesagt haben, kommt hier her? Das finde ich darin auch voll die Frage, ehrlich gesagt.

N: Das weiß ich nicht.

V: Es mangelt doch nicht an Leuten in Kurdistan.

K: Naja, Leute von hier arbeiten ja konkret mit denen in Rojava zusammen oder interviewen da Leute. Wenn Leute das doof fänden, dass sie da sind, würden sie sich nicht für ein Interview zur Verfügung stellen oder denen ihre Strukturen zeigen. Ich meine, das sind ja schon organisierte Delegationen und nicht einfach irgendwelche Leute, die da hinreisen und mal ein bisschen durch die Stadt laufen und gucken, wie es so aussieht.

N: Mir ging es jetzt eher um Leute, die nach Kurdistan reisen, um sich der Guerilla anzuschließen.

K: Ja, auch das gibt es auf jeden Fall.

V: Ich fand das eben einen nicht ganz irrelevanten Punkt, dass du gesagt hattest, so ein Projekt braucht halt Raum und da ist es sozusagen auch eine militärische Frage, ob es überhaupt diesen Raum behalten kann.

N: Also, ich glaube, ob das militärisch zu befreien ist, das Projekt Rojava oder nicht, das kann man erst hinterher sagen. Und ich glaube, wenn man dem zustimmt, was du gerade gesagt hast, dass das Projekt eben einen Raum und eine Gelegenheit braucht, um real zu zeigen, ob es auch im Alltag funktioniert, dann muss man, glaube ich, auch als radikale Linke da mit realpolitischen Überlegungen herangehen. Und das heißt dann im Zweifelsfall auch, Waffenlieferungen zu fordern, so schwer ich damit selber auch tue...

V: Da würde ich nach wie vor widersprechen.

N: Ist halt nicht alles einfach zu überblicken. Es kann halt total nach Hinten losgehen, das ist mir auch klar. (...)

N: Und was bleibt am Ende davon? Das einzige, auf das wir uns bisher geeinigt haben, ist glaube ich, dass es Sinn macht, gegen das PKK-Verbot anzugehen; verstärkt, gerade in der jetzigen Situation.

R: Das ist so ein bisschen traurig irgendwie, wenn das alles ist.

N: Schon, aber ich glaube das ist für mich gerade so die Quintessenz von dem Gespräch. Jedenfalls können dem alle zustimmen.

V: Das ist natürlich eine schwache Antwort auf die Situation, aber andererseits gibt es ja gar keine Antwort, die wir geben könnten, die irgendetwas rumreißen würde. Von daher würde ich tatsächlich sagen, dass hier mehr Schwung reinkommt, in die Debatte, das PKK-Verbot aufzuheben. Das erübrigt nicht, andere Sachen zu machen, wie Veranstaltungen mit Leuten oder Solipartys oder so...

K: Eigentlich ist das zu schwach. Eigentlich muss man ja sagen, man ist nicht nur gegen dieses Verbot, sondern man ist inhaltlich für das, was die PKK will. Oder man muss sich zumindest damit auseinander setzen und

sagen, was man darin gut findet, wieso man das unterstützenswert findet.

V: Ja, aber das interessiert erst mal keinen. Ich finde das richtig, das zu machen, aber...

I: Ja, finde das auch gut, sich inhaltlich darauf zu beziehen, aber ich würde zum Beispiel nicht sagen, ich finde uneingeschränkt gut, was die PKK macht.

K: Ja, aber uneingeschränkte Solidarität gibt es eh nicht.

I: Ich finde, es hat so ein ein bisschen was Vermessenes, zu sagen, ich beurteile jetzt, was das Richtige und das Falsche ist. Ich kann gar nicht für eine Situation da sprechen, die ganz anders historisch und sozial gewachsen ist. Und das will ich auch überhaupt nicht. Ich kann sagen, was ich von hier aus dazu denke, kann aber trotzdem auch sagen ,das ist nicht das, was ich mir vorstelle. Ich finde nicht, wir müssten dieses Modell von Rojava hier so aufbauen.

K: Ich sage ja auch nicht, das müssen wir jetzt hier so aufbauen.

I: Das ist auch nicht mein Punkt.

K: Natürlich kann ich auch auf einer ideologischen Ebene versuchen zu verstehen ,was überhaupt deren Konzept ist. Und natürlich kann ich dann dazu eine kritisch-solidarische Position einnehmen und gucken, was davon spielt vielleicht auch für mich eine Rolle. Zumal es sonst einfach sowieso keine Antworten hier gibt, wie sich Gesellschaft verändern lässt.

R: Voll.

N: Ich glaube, es lohnt sich eine Auseinandersetzung mit dem theoretischen Unterbau vom demokratischen Konföderalismus, aber ich glaube, dass sich der Großteil davon nur schwerlich hierher übertragen lässt. Deswegen muss ich, glaube ich, nicht wissen, ob ich gerade denke, dass ist der richtige oder nicht der richtige Weg, um Gesellschaft zu verändern. Ich muss wissen: Hat sich durch das Handeln konkret etwas verbessert oder verschlimmert? Und wenn sich konkret erst mal etwas verbessert und nicht verschlimmert hat, dann...und gleichzeitig das ferne Projekt meinem Ziel ähnelt, nämlich einer freien Gesellschaft für alle, dann reicht mir das erst mal, um zu sagen, dann haben die meine Solidarität. Erst recht, wenn ich mir angucke, wer auf der anderen Seite steht.

V: Naja, wir stehen auf der anderen Seite. Wir als Teil einer imperialen Metropole. Als BRD und auch als EU. Das heißt, wir haben ganz andere Ausgangsbedingungen und andere Bedingungen, uns dazu zu verhalten.

I: Ja, und ich finde überhaupt, das alles zu vergleichen, macht wirklich gar keinen Sinn, weil wie Leute da zusammen finden und worauf sie sich beziehen hat ja auch eine ganz andere Grundlage. Die Grundlage ist ja erst mal, wir sind Kurdinnen und Kurden.
K: Das glaube ich zum Beispiel überhaupt nicht.

I: Naja...

K: Das stimmt einfach nicht, weil da total viele Leute dieses Konzept vertreten, die überhaupt keine Kurdinnen und Kurden sind. Die Grundlage ist erst mal der Wunsch nach einer Gesellschaft, die antipatriarchal, ökologisch und befreit ist und in der die unterschiedlichen Leute friedlich miteinander leben können.

N: Ich glaube, ihr habt beide recht. Ich glaube, es gibt relativ viele Strömungen oder auch ethnische Gruppen, die keine Kurden sind und sich positiv auf das Projekt beziehen, einbezogen sind und sich daran beteiligen. Und gleichzeitig gibt es gerade im laufenden Konflikt einen erstarkenden kurdischen Nationalismus, der ein Problem ist.

V: Gibt es? Eigentlich spricht die PKK sich ja genau dagegen aus.

N: Trotz der Gefahr des Nationalismus, die da immer mitschwingt, auch wenn es starke Strömungen gibt, die dagegen arbeiten, ist Rojava erst mal etwas, auf das ich mich auf jeden Fall solidarisch beziehen kann.

I: Was ich auch total interessant finde, sind diese antipatriarchalen Ansätze und trotzdem merke ich so...ich weiß nicht, ich kann das auch nicht so richtig einschätzen und ich würde eigentlich viel lieber erstmal ein paar Frauen von da zuhören. Und ich glaube auch, dass das alles total fortschrittlich ist und trotzdem glaube ich nicht, dass das alles supercool ist. Weil, eine Frauenquote von 40% ist eigentlich auch nicht das, wo ich hin will. Und ich will trotzdem Rojava nicht seine emanzipatorische Kraft absprechen, aber ich finde das halt irgendwie zu einfach und so ein bisschen....

K: Natürlich spielt die Umsetzung und wie das dann funktionieren kann eine Rolle., Aber erst mal ist das eine marxistisch-leninistisch ausgerichtete, auf nationale Befreiung ausgerichtete Bewegung gewesen und das sind Konzepte, die auch Leute hier sehr lange zur Orientierung benutzt haben. Die PKK-nahen Kurd_innen haben daraus eine neue Vorstellung davon entwickelt, wie Revolution sich machen lässt. Und das finde ich, ist natürlich relevant.

I: Aber da würde ich mich anders positionieren, als zu sagen, ich teile diesen ideologischen Unterbau.

K: Da habe ich viel zu wenig drüber gelesen, als das ich das irgendwie...

V: Wo kann man denn nachlesen, wie die sich Revolution vorstellen?

K: Naja, die haben ganze Bücher dazu geschrieben, was demokratischer Konföderalismus ist und wie ...

I: Öcalan hat Bücher darüber geschrieben.
...[Gebrabbel...]

R: Ich habe das Gefühl, wir drehen uns ein bisschen im Kreis.

V: Ich würde jetzt auch Schluss machen.

I: Der Schluss ist frustrierend; gestehen wir es uns ein.

Sexistische Propagandamethoden zur Delegitimierung der Frauenbewegung

Zur Darstellung von kurdischen Kämpferinnen in den Medien

In der Zeit nach den Morden an Sakine Cansız, Fidan Dogan und Leyla Şaylemez am 9. Januar 2013 in Paris richteten die Mainstream-Medien ihre Aufmerksamkeit plötzlich auf ein lang vernachlässigtes, aber dennoch faszinierendes Thema: auf die bemerkenswerte Rolle der Frau in der kurdischen Freiheitsbewegung.
In den letzten zwei Jahren übernahmen die Kurden die Kontrolle über Westkurdistan (Rojava) und etablierten dort nach und nach Selbstverwaltungsstrukturen inmitten des syrischen Bürgerkriegs. Von Anfang an nahmen Frauen an der Rojava-Revolution durch ihren sozialen und politischen Aktivismus teil, aber was die westlichen Mainstream-Medien vor allem verwunderte, ist die Teilnahme dieser Frauen als gleichberechtigte Kämpferinnen im Krieg. Diese Frauen, die sowohl gegen das Assad-Regime als auch gegen dschihadistische Gruppen kämpfen, betonen immer wieder, dass sie an mehreren Fronten für ihre Freiheit als Kurdinnen und als Frauen Widerstand leisten. Auch wenn die Existenz von weiblichen Kämpferinnen seit Jahrzehnten ein natürliches Element der Politik in Kurdistan ist, scheint die Weltöffentlichkeit erst jetzt zu dieser Einsicht gekommen zu sein. Vor allem nach den Ereignissen der letzten zwei Jahre hat die kurdische Frauenbewegung das Vorstellungsvermögen der Mainstream-Medien auf verschiedenste Weise vereinnahmt, von erstaunter Ehrfurcht über arroganten Orientalismus bis zu schierem Sexismus.



Die meisten Artikel über die kurdischen Kämpferinnen sind gelinde gesagt banal, frauenfeindlich, orientalistisch oder herablassend. Anstatt zu versuchen, das faszinierende Phänomen in all seiner Komplexität zu verstehen, beuten diese Artikel mit ihren sensationalistischen Aussagen das Erstaunen der Leserschaft über die Tatsache, dass »die armen Frauen des Nahen Ostens« Militante sein könnten, aus. Statt die kulturelle Revolution, die diese Frauen in einer ansonsten konservativ-patriarchalischen Gesellschaft bewirken, anzuerkennen, fallen viele Reporter auf die gleichen veralteten Kategorien rein: Während die staatsnahen Medien, insbesondere in der Türkei und im Iran, Guerillakämpferinnen als »böse terroristische Prostituierte«, familienhassende, Gehirnwäsche unterzogene Sex-Spielzeuge der männlichen Kämpfer porträtieren, bezeichnen westliche Medien diese Frauen häufig als »unterdrückte Opfer, die einen Ausweg aus ihrer rückständigen Kultur suchen«, um einem Leben voller Ehrenmorde und Kinderheirat zu entkommen. Abgesehen davon, dass sie die Menschenrechtsverletzungen gegen die Kurden, die diesen Widerstand überhaupt erfordert haben, völlig ignorieren, basieren diese Aussagen nicht nur nicht auf Fakten, sondern verzerren die Realität absichtlich. Ja, kurdische Frauen sind mit einer stark patriarchalischen Gesellschaft mit ungeheurer Gewalt gegen Frauen konfrontiert, aber die Motivation dieser kämpfenden Frauen ist sehr vielfältig und komplex, und – wenn man die gesellschaftlichen Strukturen Kurdistans und des Nahen Ostens berücksichtigt – in vielerlei Hinsicht revolutionär. Ob man ihre Ziele unterstützt oder nicht, ist nicht wichtig, um einzusehen, dass die Annahme, diese Frauen suchten bloß eine »Flucht«, ungerechtfertigt und problematisch ist. Diese Frauen kämpfen aktiv gegen das Patriarchat – wie kann man das nur als »Flucht« bezeichnen?! Sobald man aber die Gründe für diese verzerrten Darstellungen betrachtet, wird deutlich, dass die Anerkennung der Entschlossenheit dieser Frauen eindeutig eine Gefahr für das System darstellt …

Militant zu sein gilt als »unweiblich« …

Die Tatsache, dass kurdische Frauen zur Waffe, dem traditionellen Machtsymbol des Mannes, greifen, ist in vielerlei Hinsicht eine radikale Abwendung von der Tradition. Daher ist es wichtig festzustellen, dass die Kritik der Mainstream-Medien an der Beteiligung kurdischer Frauen am Kampf nicht auf pazifistischen Gründen beruht, sondern auf essentialistischen binären Vorstellungen von »Weiblichkeit«. Militant zu sein gilt als »unweiblich«, es überschreitet soziale Grenzen und rüttelt an den Grundlagen des Status quo. Militanten Frauen wird vorgeworfen, die »Heiligkeit der Familie« zu verletzen, weil sie es wagen, aus dem jahrhundertealten Gefängnis, das ihnen zugewiesen wurde, auszubrechen. Weil sie es wagen, sich dem patriarchalen, frauenmordenden System als agierende Subjekte entgegenzustellen, statt Opfer zu sein. Krieg wird als Männersache betrachtet; von Männern angefangen, geführt und beendet. Es ist demnach der Teil »Frau« in »militante Frau«, der dieses allgemeine Unbehagen verursacht. Auch wenn die Verteilung von traditionellen Geschlechterrollen Frauen oft als Heilige essentialisiert und idealisiert, ist die Strafe für Frauen, die diese zugewiesenen Rollen verletzen, recht bösartig. Das ist auch der Grund, warum viele widerstandleistende Frauen, überall auf der Welt, als Kämpferinnen im Krieg und als politische Gefangene sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind. Wie viele Femi-

nistinnen darauf hingewiesen haben, haben Vergewaltigung und sexuelle Gewalt kaum etwas mit sexuellem Verlangen zu tun, sondern sind Werkzeuge der Macht, um das Gegenüber zu dominieren. Im Zusammenhang mit militanten Frauen ist das Ziel sexualisierter Gewalt, ob körperlich oder verbal, diese Frauen dafür zu bestrafen, sich in eine für männliche Privilegien vorbehaltene Sphäre gewagt zu haben.

Ein Kampf aus Überzeugung

Ein kurzer Blick auf die Darstellungen von kurdischen militanten Frauen in türkischen und iranischen Medien zeigt Schlagzeilen wie »Sie wurde schwanger«, »Verzweifelte Bergfrauen«, »Die Vergewaltigungsrealitäten in den Bergen«, »Schau, wessen Liebhaberin sie ist«, »Sie war keine Jungfrau« etc. Dies gibt die diesen Aussagen zugrundeliegende sexistische Mentalität preis, welche verbreitete konservative soziale Werte wie die sexuelle »Ehre« der Familie instrumentalisiert und Frauenfeindlichkeit mit rassistischen Stereotypen von Kurden als rückständiges Volk kombiniert. Statt sich über die Vergewaltigung und sexuelle Gewalt durch die Armee und Gefängniswärter (vor allem an Kindern im Gefängnis) zu empören, sind die Medien von der »Jungfräulichkeit« der Guerilla-Frauen besessen. Diese sexistischen Propagandamethoden sind in erster Linie dafür gedacht, die Frauenbewegung zu delegitimieren und die radikale Wirklichkeit, die die hypermaskulinisierten heteropatriarchalen Systeme, gegen die diese Frauen kämpfen, herausfordern, stürzen und traumatisieren würde, zu vertuschen. Sie sollen von der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der kurdischen Frauen sich dem Kampf aus Überzeugung, aus dem Wunsch, gegen Unterdrückung zu kämpfen, anschließen, dass sie bewusste Akteure sind, die ihr Leben autonom bestimmen wollen, ablenken.



Es wird deutlich, dass dieser »Instrumenalisiertes Öpferchen«-Diskurs ein Versuch ist, das Bewusstsein dieser kämpfenden Frauen zu untergraben. Ein pseudowissenschaftlicher Akademiker behauptet dazu sogar: »Da Frauen emotionaler als Männer sind, sind Frauen leichter zu konditionieren.« Wenn die kurdische Bewegung tatsächlich Frauen als rein physische Kriegswerkzeuge oder Sexobjekte rekrutieren wollte, würde sie wirklich Wert auf so große Mengen anspruchsvoller feministischer Ideologie und Bildungsseminare legen, um sie zu mobilisieren? Wären denn die PKK und die ihr verbundenen Organisationen beispielsweise nicht besser dran ohne einen ideologischen Vorsitzenden, der sagt,

»Der Mann wurde zum Staat und verwandelte diesen in die dominante Kultur. Klassen und sexuelle Unterdrückung entwickelten sich gemeinsam; Die Männlichkeit hat das herrschende Geschlecht, die herrschende Klasse und den herrschenden Staat erzeugt. Wenn der Mann in diesem Zusammenhang analysiert wird, ist es klar, dass die Männlichkeit getötet werden muss.
In der Tat ist es das Grundprinzip des Sozialismus, den dominanten Mann zu töten. Das Töten der Macht bedeutet: die einseitige Dominanz, die Ungleichheit und die Intoleranz zu töten. Darüber hinaus bedeutet es, Faschismus, Diktatur und Despotismus zu töten.«

(Befreiung des Lebens: Die Revolution der Frau, Abdullah Öcalan, S. 55)

Die Behauptung, dass die Mobilisierung von Frauen eine heimtückische Art der Rekrutierung sei, entzieht sich der Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass die feministische Philosophie der Bewegung die Frauenbefreiung ausdrücklich als Kernprinzip betont.

Warum finden Frauen die Freiheit – über die sie sonst in ihrem Leben nicht verfügen – im Widerstand?

Eine weitere Art, die Bedeutung des Frauenkampfes zu verleugnen, ist die Behauptung, diese Frauen zögen in die Berge, um ihrer unterdrückenden Kultur zu »entfliehen«. Sowohl westliche Medien als auch staatsnahe Medien haben diese Behauptung wiederholt propagiert, wahrscheinlich ohne jemals mit einer einzigen kurdischen Kämpferin gesprochen zu haben. Auch wenn wir, um der Diskussion willen, die Prämisse akzeptieren, dass die Berge eine »Flucht« für Frauen sind, warum fragen wir nicht, welche sozio-ökonomischen und politischen Situationen diese Staaten verursacht haben, dass eine Frau das Leben als Freiheitskämpferin ihrem zivilen Leben vorzieht? Warum finden Frauen die Freiheit – über die sie sonst in ihrem Leben nicht verfügen – im Widerstand? Auf alte Staatspropaganda, die die Kämpferinnen oft als verwirrte Opfer, leichte Rekruten bezeichnet hat, hereinzufallen, ist sehr faul und problematisch und vereinfacht ein sehr komplexes Phänomen. Kurdische militante Frauen verfügen über ein hohes Maß an politischem Bewusstsein, welches durch Bildungsseminare erweitert wird. Indem behauptet wird, die Mobilisierung von Frauen, insbesondere derer, die ohne formale Bildung aus den ländlichen Gebieten kommen, sei ein Beweis für die Oberflächlichkeit der Frauenbewegung und ihren Mangel an »Kultiviertheit«, haben sogar selbsternannte Feministinnen auf problematische Art Frauen aus diesen sozialen Hintergründen bevormundet. Diese »Erläuterungen« sind nicht nur orientalistisch-chauvinistischer oder sexistischer Natur, sie sind des Weiteren nicht in der Lage zu erklären, wie die kurdische Bewegung eine populäre basisorientierte Frauenbewegung geschaffen hat, die die Tradition herausgefordert, die Gesellschaft in einem grandiosen Maße transformiert und dabei Frauen in der breiteren Gesellschaft gestärkt hat.

Interessant ist ebenfalls, dass, obwohl die Frauenbewegung seit neuestem in den globalen Medien erscheint, die Motivationen und Ideologien hinter der Bewegung absichtlich ausgelassen zu werden scheinen. Während beispielsweise einige Artikel die Stärke und den Mut der Frauen, die gegen das Assad-Regime und Al-Qaida-Gruppen in Westkurdistan kämpfen, bewundern, erwähnen dieselben Autoren oft nicht, dass diese Frauen Abdullah Öcalans Ideologie ausdrücklich als treibende Kraft hinter ihrer Mobilisierung bezeichnen.

Den Entscheidungen der militanten kurdischen Frauen Elemente wie Verzweiflung, Irrationalität oder Verwirrung aufzuzwingen und Propaganda über sexuelle Ausbeutung zu verbreiten, sind sexualisierte Werkzeuge der Kriegsführung, um die Legitimität der Frauenbewegung zu untergraben. Warum scheinen alle, ohne sich überhaupt die Mühe zu machen, mit diesen Frauen zu sprechen, vorgefertigte Erklärungen für ihre Militanz zu haben? Woher kommt diese unheimliche Angst vor den Entscheidungen dieser Frauen? Wenn wir die bizarre und verzerrte Darstellung von kurdischen Kämpferinnen in den Medien verstehen wollen, müssen wir uns fragen:



»Gegen wen kämpfen diese Frauen?«
Die Antwort wird uns wichtige Erkenntnisse liefern. Kurdische Frauen kämpfen (derzeit) gegen den türkischen Staat, mit der zweitgrößten NATO-Armee mit ihrer hypermaskulinen Militärstruktur und einem Premierminister, der an Frauen appelliert, mindestens drei Kinder zu gebären, gegen das iranische Regime, das Frauen angeblich im Namen des Islams entmenschlicht und gegen mit al-Qaida verbundene Dschihadisten, die es als »halal« erklärt haben, kurdische Frauen zu vergewaltigen, und denen für ihre barbarischen Taten 72 Jungfrauen im Paradies versprochen sind. Aber abgesehen davon kämpfen diese Frauen gegen das unerträgliche Patriarchat in der kurdischen Gesellschaft selbst. Gegen Kinderheirat, Zwangsheirat, Ehrenmorde, häusliche Gewalt und Vergewaltigungskultur. Kein Wunder, dass bewaffnete kurdische Frauen als Gefahr gefürchtet werden! Der Versuch, diese Frauen verbal und körperlich sexuell anzugreifen, ist eine Überlebenstaktik der patriarchalen Strukturen, gegen die sich diese Frauen bewaffnen. Kurdische Frauen als gleichberechtigte Feinde im Kampf anzuerkennen, würde diese zerbrechlichen testosterongeladenen Konstrukte in Stücke bröseln lassen.

Dilar Dirik
Juli/August 2014

Dokumentation:

Kommando Berivan Sason sabotiert türkische Diplomatenautos

Menschen Kobanes, hört uns. In dieser bitteren Stunde der unmenschlichen Bedrohung sehen wir Freiheitsliebenden dieser Welt auf euch und rufen euch zu: habt Mut. Die Stadt Kobane ist von den IS-Mördern umzingelt. Von drei Seiten rücken sie auf die Stadt zu. Wenn sie die Stadt einnehmen. wird es unweigerlich zu einem Massaker kommen an den vor Ort gebliebenen Kurd_Innen. Sie haben keine Möglichkeit nach Norden zu fliehen, denn dort wartet schon die türkische Armee auf sie, um den demokratrischen Projekt Rojava entgültig den Gar aus zu machen.

Die Türkei wird am heutigen Tag über die Ausweitung des Antiterrorkampfes entscheiden. Dies wird vor allem die Kurd_Innen in Syrien treffen, die sie genauso, wie die PKK auf der türkischen Terrorliste stehen. Die Angst der Türkei vor den Kurd_Innen ist dabei größer als vor den IS-Kämpfern. So unterstützt die Türkei die IS-Kämpfer nach besten Willen, z.B. bei Grenzüberschreitungen nach Syrien oder Waffenlieferungen, welche von Kurd_Innen beobachtet wurden bis zur Pflege von verletzten IS-Kämpfern auf türkischen Staatsgebiet. Auf der türkischen Seite der Grenze geht die türkische Armee mit Waffengewalt gegen all jene Kurd_Innen vor, die versuchen nach Kobane zu kommen um sich dem Verderben entgegenzustellen. Täglich kommt es dort zu Ausschreitungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und Kurd_Innen, die aus der ganzen Türkei kommen, um den eingeschlossenen Kämpfern der YPG in Kobane zu helfen.

Heute Nacht haben wir den türkischen Staat im Nato-Hinterland angegriffen, um ihn als unmenschlichen Akteur in diesem Konflikt zu brandmarken. Zwei Fahrzeuge der türkischen Staatsvertreter der Botschaft sind dem Benzin und Öl unserer Vorrichtungen zum Opfer gefallen. Gleichzeitig appellieren wir an alle, nicht tatenlos zuzusehen und die Solidarität für unsere Brüder und Schwestern zu entzünden.

Wir zittern mit den Kämpfenden, aber ihre Entschlossenheit ist unser Mut. Wir werden die Ideale und die Freiheit nicht aufgeben.

Hoch die weltweite Solidarität!

Es lebe die Freiheit!

In Gedenken an Berivan Sason,
gefallen aber niemals tot!

Kommando Berivan Sason
Berlin, 02.10.2014

Hölle inmitten der Hölle

ein subjektivistischer Monolog

a

Die Losung des Friedenspreisträgers heißt: Vernichtung. Vernichtung der Mörder. Vernichtung des Widerspruchs, der Widersprechenden. Auch Vernichtung der Schweigenden. Die anderen werden vernichtet, nichtig gemacht. Die Anderen.

Manche schätzen, dass seit 2003 dreihunderttausend Menschen im Irak durch Gewalt und ihre Folgen gestorben sind. Manche sagen, es seien, vorsichtig geschätzt, fünfhunderttausend. Manche sagen sechshunderttausend. 2003, in den ersten drei, vier Wochen des Angriffs, waren es an die einhunderttausend Iraker_innen, die von den US getötet worden sind. Unbestritten.

Der Präsident betet. Vernichtung. Ein Krieg.

b

Der IS ist das Böse. Der Christ ist schlecht. Der Schiit ist ein Abtrünniger. Der Christ ist gut. Der Yeside ist gut. Der Jude ist – wo ist der Jude? Der Buddhist mordet, wo es niemanden interessiert; ist gut. Der Hindu ist gut, wenn der Moslem schlecht ist. Dem Christen geht es immer gut, denn er leidet gerne. Dem Sunniten geht es gut, wenn der Schiit leidet; dem Schiiten auch. Denn er wartet auf Erlösung. Wie der Christ. Der weiß schon seit zweitausend Jahren Alles. Der Sunnit weiß auch schon Alles. Aber noch nicht so lange. Er leidet nicht so gerne.

c

Ein kurzer Blitz, eine starkes Getöse. Hernach Stille, als wäre das Geräusch an sich mitsamt dem Andren zerbombt worden. Als würde die Ausbreitung des Schalls nicht mehr funktionieren. Ein Vakuum ist herbeiexplodiert, vorbeigeknallt.

Etwas Anderes.

Der Mann fleht nicht. Ich sehe es nicht.

Der Andere köpft nicht. Ich sehe es nicht.

Ich sehe später den Kopf, den Rumpf, das Rot auf dem Boden. Das Gehirn erlebt noch 20 bis 30 Sekunden. Es gibt kein Mitgefühl in diesem Werk des Kalifen. In anderen auch nicht. Die Propaganda darf kein Zeichen der Qual sein, sie muss heldisch bleiben, modern sein; zur Jungfrau führen, wie die Tat selbst. Zu zweiundsiebzig Jungfrauen führen. Zu den Frauen führen. Rein sein. Unschuldig.

d

Wo ist das Öl?

e

Zerstört Religion! Jede Religion! Alle Religion! Jeden Gott, jede Göttin – zerstören, zerschlagen. Himmel, Hölle und Nirwana zertrümmern. Aus den Köpfen wringen. Bedingungslos.

Jeden Gott, jede Göttin – zerstören, zerschlagen. Himmel, Hölle und Nirwana zertrümmern. Aus den Köpfen wringen. Jede Religion, alle Religion. Zerstört Religion. Bedingungslos.

f

Aus einem dreckigerem Gemetzel, kamen andere Bilder. Einem lebenden Gefangenen wird mit einem Messer der Kopf vom Rumpf getrennt, gerissen, gezerrt, gebrochen. Das Grauen ist unvergessen. Es reist von nun an als Begleiter mit mir durchs Leben. Die Mörder? Männer. Ihr Anführer war zuvor von anderen Männern, Soldaten, zerschossen worden. Ein Krieg.

g

Rojava. Versuch, nicht Hölle inmitten der Hölle zu sein.

h

Du bist Deutschland.

i

Philipp der Fünfte, katholischer König von Spanien, ließ 1714 Vertreter der Gesellschaft Barcelonas köpfen und den General Josep Moragues, der die Verteidigung der Stadt geleitet hatte, mit einem Pferd durch die Straßen schleifen und ihm den Kopf abschneiden. Der wurde zur Warnung der Katalan_innen für zwölf Jahre in der Innenstadt aufgehängt.

2014 hat Spanien einen katholischen König. Katalonien auch.

j

US richten Menschen hin. Alle Menschen sind gleich. IS richten hin. Niemand ist gleich, außer den Gleichen. Vom chinesischen Staat wurden 2013 etwa 2400 Menschen hingerichtet. Die Macht ist gleich. Staaten richten Menschen hin. Der Handel blüht. Im Iran werden pro Jahr über 800 Menschen hingerichtet. Man schmunzelt über Nordkorea. Frontex ist Innen und Außen.

k

Die Opfer fliehen nicht. Ich sehe es, sehe das Weiß, das bildklärende Wischen. Der deutsche Oberst hatte das sehr ordentlich machen lassen. Niemand wird zum Flüchtling.

Nächster Absatz: Es werden täglich Menschen mit Drohnen ermordet. Das kann man mögen. Messer nicht so sehr. Nein, Messer und Schwerter nicht so sehr. Diese Messermänner haben modernste Waffen, sagt man; kommunizieren mit einer sehr professionellen Propagandaabteilung, sagt man - anderswo sind Messer beliebter.

l

Der Kreuzzug des IS..., sagte die Nachrichtensprecherin des Zweiten Deutschen Fernsehens. Große Weisheit.

m

...greuliche Sünden wider Gott und Menschen laden diese Bauern auf sich, daran sie den Tod verdient haben an Leib und Seele mannigfaltiglich: zum ersten, daß sie ihrer Obrigkeit Treu und Huld geschworen haben, untertänig und gehorsam zu sein, wie solches Gott gebeut, da er spricht: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist. (...)

Weil sie aber diesen Gehorsam brechen mutwilliglich und mit Frevel und dazu sich wider ihre Herren setzen, haben sie damit verwirkt Leib und Seel (...) Darum soll hie zuschmeißen, würgen und stechen, heimlich oder öffentlich, wer da kann, und bedenken, daß nichts Giftigeres, Schädlicheres, Teuflischeres sein kann, denn ein aufrührerischer Mensch, gleich, als ob man einen tollen Hund totschlagen muß. Schlägst du nit, so schlägt er dich und ein ganz Land mit dir. Martin Luther

n

Der IS muss ja morden! Muss ja vertreiben! Wer die Hälfte der Menschen von der Teilhabe ausschließt, und vom Rest nur die hinnimmt, die der gleichen Ideologie anhängen, dem bleibt nur Gewalt, um sein Reich Gottes, seine Macht zu erbauen. Wie sonst nur soll es gehen? Jeder Staat ist so erstanden, jedes Reich. Ja, jeder Staat. Auch dein Deutscheland, in Krieg.
Karl, Kaiser und Großer genannt, ließ die Menschen hinschlachten, die nicht seinem Gott dienen wollten. Schlachten. Jetzt immer wiederkehrendes großes Preisen in Aachen. Europas Glorie – ein Schlachthaus.

o

Wirklichkeit ist endlos. Voran, voran.

p

Die Hölle der Lebenden ist nicht etwas, das erst noch kommen wird. Wenn es eine gibt, ist es die, die schon da ist, die Hölle, in der wir jeden Tag leben, die wir durch unser Zusammensein bilden. Es gibt zwei Arten, nicht unter ihr zu leiden. Die erste fällt vielen leicht: die Hölle zu akzeptieren und so sehr Teil von ihr zu werden, dass man sie nicht mehr sieht. Die zweite ist riskant und verlangt ständige Aufmerksamkeit und Lernbereitschaft: zu suchen und erkennen zu lernen, wer und was inmitten der Hölle nicht Hölle ist, und ihm Dauer und Raum zu geben. Italo Calvino, Die unsichtbaren Städte

q.r.

Kurdische Jugendliche besetzten Parteibüros

Wir haben eine ganze Reihe ähnlicher Erklärungen zu Besetzungen in Solidarität mit Kobane und der Bevölkerung Rojavas erhalten. Wir dokumentieren hier beispielhaft die Erklärung zur Besetzung der CSU-Zentrale in Müchen. Außerdem wurden folgende Orte besetzt: SPD-Zentrale in Kassel, Besetzung des türkischen Senders Metropol FM, Parteibüro der CDU Dortmund, Parteibüro der CDU Hannover, Parteibüro der SPD Bielefeld, Parteizentrale SPD Frankfurt a. M., Parteibüro der SPD Bochum.
In Göttingen gab es ein Kobanê-Solidaritätscamp. Am 20.10.2014 erhielt die anmeldende Person überraschende Post von der Polizei. Es werde wegen des Zeigens von Symbolen der PKK ermittelt. Angeblich soll an einem der ersten Camptage die streitbefangene Fahne der PKK an einem der Zelte angebracht worden sein. ***AB***

Besetzung der CSU-Zentrale in München

Am 09. Oktober haben ca. 20 kurdische Jugendliche in der CSU-Zentrale in München eine Aktion des Zivilen-Ungehorsams, in Form eines Sitzstreiks, gemacht. Sie forderten die bayrischs Staatsregierung als Teil der Regierungskoalition auf, endlich Maßnahmen zu ergreifen, um das Massaker in Kobane zu verhindern. Im folgenden eine Erläuterung der Aktivist_innen.

Um gegen die Barbarei des IS zu protestieren und uns mit dem Widerstand in Kobanê zu solidarisieren, haben wir als YXK-Verband der Studierenden aus Kurdistan und Cîwanên Azad eine Aktion des zivilen Ungehorsam in Form eines Sitzstreiks in der CSU-Zentrale in München begonnen.

Seit Wochen greift der IS Kobanê mit all seinen Mitteln an. Nur die Volksverteidigungskräfte der YPG stehen zwischen dem drohenden Massaker und der IS Barbarei. In den letzten Tagen haben sich die Angriffe intensiviert. Die Luft-Angriffe, die die Anti-IS-Koalition durchführt, sind nicht wirkungsvoll. Zehntausenden Menschen sind auf der Flucht. Der YPG fehlt es an ausreichender Ausstattung, um gegen den IS zu kämpfen. Der IS wird alle Kulturen im Mittleren Osten zerstören, wenn nicht sofort politische, militärische und humanitäre Maßnahmen getroffen werden. Der Widerstand der YPG in Kobanê ist ein universeller Widerstand und dient der Menschheit. Trotzdem folgen keine Schritte aus dem Westen.

Die Kraft, die am effektivsten gegen die Angriffe des IS Widerstand leistet, sind die Einheiten der kurdischen Freiheitsbewegung, die YPG und die HPG, die seit dem 15. September - besonders in Kobanê - seit Monaten aber auch in Shengal und Maxmur, das Leben von Zehntausenden KurdInnen, ChristInnen, EzidInnen, TürkmenInnen und viele andere Volks-, Religions-, und Sozialen Gruppen verteidigen.

Die kurdische Gesellschaft leistet einen großen Widerstand gegen den IS und das wird unter allen Umständen weiterhin anhalten. Allerdings bringt die Unterstützung des türkischen Staates und die Ignoranz und Doppelmoral der internationalen Mächte gegenüber den Angriffen des IS, zehntausende Menschenleben in Kobanê und in ganz Rojava in Gefahr. Mit schwer gepanzerten Fahrzeugen und Raketen greift diese mit der Unterstützung des türkischen Staates Kobanê an, während die internationale Gemeinschaft diese Tragödie nur beobachtet. Über 20 Menschen sind zudem in den letzten zwei Tagen bei Protesten gegen diese türkische Politik von türkischen Militär und der Polizei getötet worden. Die zeigt, dass das Konzept des türkischen Staates, terroristische Kräfte, wie den IS, zu unterstützen, die gesamte Region umfasst. Der IS hat durchaus das Potential in den nächsten Stunden mit größeren Waffen ein Massaker in Kobanê anzurichten. Das dürfen wir nicht schweigend hinnehmen.

Sowohl regionale als auch internationale Kräfte wissen sehr gut, welche Ausmaße diese Angriffe angenommen haben. In der breiten Öffentlichkeit sind sie ein großes Thema. Dennoch folgt diesen Diskussionen und Informationen keine politische Praxis der verantwortlichen PolitikerInnen. Im Gegenteil, die westlichen Staaten stimmen den Angriffen durch ihr Nichts-Tun fast förmlich zu, während die Türkei weiterhin die Grenze zu Kobanê abgriegelt und Flüchtlinge mit Tränengas beschießt. Somit ist der dringend wichtige Nachschub für die Volksverteidigungskräfte abgeschnitten, während die IS wenige Kilometer weiter an der türkischen Grenze ihre Nachschubrouten ungehindert nutzt.

Wir als Verband der Studierenden aus Kurdistan - YXK und Cîwanên Azad führen diese Aktion des zivilen Ungehorsams in der Münchner CSU-Zentrale durch, um die Weltgemeinschaft und demokratische zivilgesellschaftliche Institutionen auf die Gefahr eines großen Massakers durch den IS in Kobanê aufmerksam zu machen, die Medien darüber zu sensibilisieren und um den Widerstand gegen den Terror des IS in Kobanê zu unterstützen. Unser Ziel ist es die CSU und ihre Koalitionspartner dazu zu bewegen endlich Schritte einzuleiten.

Unsere konkreten Forderungen sind:

1. Die unverzügliche Unterstützung der Bevölkerung in Kobanê - sowohl politisch, logistisch, humanitär und hinsichtlich der Selbstverteidigung. Gleichzeitig die Unterbindung der Waffenlieferungen an die Unterstützerstaaten der IS.

2. Druck auf den NATO-Partner Türkei. Jegliche Unterstützung der Türkei an den IS muss gestoppt werden. Auch ein drohender Einmarsch der Türkei in Rojava muss verhindert werden.

3. Die CSU und die Bundesregierung müssen Schritte einleiten, um das PKK Verbot aufzuheben. Dieses Verbot ist nicht zeitgemäß und hindert den Kampf der kurdischen Bevölkerung gegen den IS massivst.

4. Um unsere Forderungen besser mitteilen zu können, fordern wir ein Gespräche mit einem Münchner Bundestagsabgeordneten und einem Mitglied der bayerischen Staatsregierung.

9. Oktober, Verband der Studierenden aus Kurdistan - YXK & Cîwanên Azad

yxkonline.com

Polizei Niedersachsen informiert:

Hier werden sie überwacht.

Vor kurzem reagierte unter anderem die Polizeidirektion Hannover auf Bedenken besorgter Bürger_innen, in Unwissenheit über das Ausmaß staatlicher Überwachungsmaßnahmen zu sein. So wurde eine Standortliste aller (?) in Hannover und Niedersachsen aufgestellten polizeilichen Überwachungskameras publiziert und jene besorgten Bürger_innen zugleich versichert, die 124 für Niedersachsen gelisteten Kameras dienen ihrem Wohle und der besseren Handhabe gegen Störenfried_innen. Zum millionsten Male wird heruntergeleiert, dass jene, die nichts zu verbergen haben, sich auch nicht sorgen müssen. Uns ist egal, wer etwas zu verbergen hat. Es gibt zahlreiche gute Gründe, Dinge vor den Augen des Staates zu verbergen. Wir wollen den Staat und seine Überwachung nicht in unseren Leben. Zur besseren Situationseinschätzung und auch als kleine Handlungsmotivation, gibt es hier eine Aufzählung der im Stadtgebiet Hannover aufgestellten Kameras. Die Polizeidirektion Hannover stellt im Internet sogar Bilder der Standorte zur Verfügung. Weitere solcher Listen gibt es für die Region sowie für Göttingen, Braunschweig, Oldenburg, Lüneburg und Osnabrück. Unter folgender Adresse findet ihr die gesamte Liste: ***http://cc4.co/HXWV***

Die Nutzung von Tor und Tails empfiehlt sich (torproject.org. - tails.boum.org)

*„Kameras mit **aktivierter Aufzeichnungstechnik** sind in der Liste **fett** gekennzeichnet. Die Aufzeichnung erfolgt auf einem Ringspeicher. Nach fünf Tagen, fünf Stunden und 32 Minuten wird das aufgezeichnete Signal wieder automatisch überschrieben. Alle Kameras sind schwenkbar und verfügen über eine Zoomfunktion. Eine Überprüfung hinsichtlich der Aufzeichnungsaktivierung erfolgt wiederkehrend auf Grundlage von Lagebildern oder aktueller Ereignisse.“*

Aegidientorplatz * **Am Küchengarten** * **Am Marstall** * **Am Schützenplatz** * **An der Christuskirche** * **Arndtstraße** * Berliner Platz Langenhagen * Berliner Allee/Schiffgraben * Berliner Allee/Marienstr. * Braunschweiger Platz * Bruchmeisterallee/Arthur-Menge-Ufer * Deisterplatz * **Emmichplatz** * Emmy-Noether-Allee/Cousteaustraße* **Ernst-August-Platz/HBF** * **Friederikenplatz** * **Goethestr./Leibnzufer** * **Goetheplat**z * **Hamburger Allee/ Celler Str.** * **Haeckelstraße** * Hildesheimer Str./ Garkenburgstr. * Hildesheimer Str./Am Mittelfelde * Hildesheimer Str./Kronsbergstr. * Karlsruher Straße/Hermesallee* **Karmarschstraße/Marktstraße** * **Klagesmarkt** * Königsworther Platz * **Kröpcke** * Kronsbergstr./Karlsruher Str. * Kronsbergstr./Gutenbergstr* **Landtag*** Landwehrkreisel * Lissabonner Allee/Weltausstellungsallee * Lister Platz * **Lister Tor*** Messe/Hermesturm * Mecklenheidestr./Am Leineufer * **Opernplatz** * Podbielskistr./Hermann-Bahlsen-Allee * Ricklinger Kreisel * Rudolf-v.-Bennigsen-Ufer/Arthur-Menge-Ufer * **Schwarzer Bär** * Stadion/HDI-Arena * Walter-Rodekamp-Platz * **Steintor** * **Steintor/Münzstraße 7** * Theodor-Heuss-Platz * Thielenplatz * Tönniesberg * **Trammplatz** * TUI-Arena * Vahrenwalder Str./Sahlkamp * Vahrenwalderstr./Niedersachsenring * Vahrenwalder Platz * Vier Grenzen * Waterlooplatz * Wülfeler Str./Laatzener Str.

AB

BKA fordert Mautdaten für Ermittlungen

Verkehrsminister Dobrindt will für die von ihm geplante Pkw-Maut Nummernschilder elektronisch erfassen und mit den Zahlungen abgleichen lassen. Die Maut soll für alle Autos und Wohnmobile auf Autobahnen und Bundesstraßen erhoben werden. Man darf sich die Vignette nicht so vorstellen wie das „Pickerl" in Österreich. Die Vignette soll stattdessen „elektronisch" funktionieren, ähnlich wie jetzt schon bei der Lkw-Maut. Dazu soll das Bundesamt für Güterkraftverkehr die Nummernschilder über fest installierte oder mobile Geräte per Fotoabgleich kontrollieren. Das entsprechende Register (auch mit den Nummernschildern ausländischer Fahrer_innen, die sich per Internet oder in einer Tankstelle angemeldet haben) wird beim Kraftfahrzeugbundesamt geführt. Der Gesetzentwurf, den Dobrindt kürzlich vorlegte, schließt die Nutzung der Pkw-Mautdaten für die Strafverfolgung bislang ausdrücklich aus. Sobald ein Nummernschild abgeglichen wurde, sollen die Daten gelöscht werden.

Doch schon jetzt fordert der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Jörg Ziercke, die für 2016 geplante Erfassung der Kennzeichen auch für Ermittler_innen zugänglich zu machen. „In besonderen Ausnahmefällen der Schwerstkriminalität halte ich es für sinnvoll, wenn wir Mautdaten für Ermittlungen nutzen können." Er sei sich sicher, „dass dies in bestimmten Fallkonstellationen zu einer schnelleren Täterermittlung führen würde". Und wir wissen aus vielen anderen Fällen, dass technische Möglichkeiten der Überwachung, die einmal geschaffen wurden über kurz oder lang auch genutzt und ausgedehnt werden. Man kann drauf wetten wann es soweit sein wird und welche Zwischenschritte gemacht werden bis die Mautdaten automatisiert gespeichert und ausgewertet werden. Aktuell argumentiert der BKA-Chef z.B. mit dem jahrelang gesuchten Autobahnschützen. Wenn das nicht reicht, wartet er halt etwas ab bis die nächste Welle der medial aufgebauschten Bedrohung von „Terroristen" oder „Kinderschändern" ansteht. Er weiß er wird kriegen was er will. Erst kürzlich hatte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig das automatische Scannen von Autokennzeichen in Bayern für rechtens erklärt. Damit darf die Polizei dort mit stationären und mobilen Kameras weiter etwa acht Millionen Nummernschilder im Monat erfassen und abgleichen. Auch dieses Beispiel verdeutlicht, wie sehr die Daten von Verkehrsteilnehmer_innen für Sicherheitsbehörden an Bedeutung gewinnen. Wobei wir dem CSU-Verkehrsexperten Ulrich Lange ausnahmsweise zustimmen. Er verwies darauf, dass auch die Lkw-Maut seit Jahren elektronisch erfasst wird.

Wer fürchte, mit den Daten könnten Bewegungsprofile erstellt werden, solle sich lieber Gedanken über die möglichen Spuren des eigenen Handys machen. Auch wenn er das sicher nicht meinte, die Maut ist ein weiterer Baustein auf dem Weg in die totale Kontrollgesellschaft, die umfassend bekämpft werden muss. Allerdings kann man dabei sein Handy auch ausschalten, liegen lassen oder wegwerfen, wohingegen unkontrolliertes reisen immer schwieriger wird. Denn zukünftig werden nicht nur Bahnhöfe und Autobahnen voll mit Kameras sein, sondern auch die Kennzeichenerfassung von den Autobahnen auf die Bundesstraßen ausgedehnt. ***AB***

Bonner Polizeipräsidium sponsert antimilitaristische Kunstaktion mit 1671 €

Sonntag, 2. und Montag, 3.Oktober 2011 NRW Tag (Jahrestag der Gründung des Landes NRW) und Tag der deutschen Einheit unter dem Motto „ FreiheitEinheitFreude" in Bonn. Ca 800 000 Besucher*innen. Nationales Bratwurstgetümmel auf den Bonner Rheinwiesen und militaristische Bespielung durch die nationalen Streitkräfte. Bundeswehr, Feuerwehr, Wasserschutzpolizei und Rettungsorganisationen üben sich in zivilmilitärischer Zusammenarbeit auf dem Rhein.

Der Protest

Und es gibt auch Protest gegen die offiziellen Veranstaltungen. Zwei Demonstrationen eine am Sonntag die zweite am Montag skandieren „Nie wieder Deutschland!" und die gemeinsamen Manöver auf dem Rhein und den Rheinufern werden von Friedensfreund*innen und Kriegsgegner*innen kritisiert und gestört. Es werden Flugblätter gegen die Präsenz der Bundeswehr verteilt, Mahnwachen abgehalten und am Rheinufer gegenüber mit unübersehbaren Großbuchstaben die Rekrutierungspraxis der Bundeswehr gegeißelt: „Kein Werben fürs Sterben"

Die Kunst

Die Antimilitarist*innen der Gruppe „bundeswehr wegtreten" haben am 2.10. eine künstlerische Aktion vorbereitet, mit der sie das Sterben thematisieren und dabei das Manöver auf dem Fluss stören wollen. Mit einem Boot sollen 10 als „Soldatensärge" hergerichtete Styroporblöcke (schwarzrotgelb angemalt mit Stahlhelm obenauf) in den Bereich der Bundeswehrmeile gezogen werden.

So soll ihnen ihre Technik- und Logistik-Show versaut werden und das Publikum an das erinnert werden, was in der Rekrutierungspraxis gern verschwiegen wird: an das Sterben. Doch die Choreografie der Aktion geht schief. Der Motor am Boot setzt aus und die „Särge" müssen mit Hilfe von Paddeln weiterkommen; der Überraschungseffekt ist dahin!

Aber auch die zivilmilitärische Zusammenarbeit hat zu kämpfen. Ein Schlauchboot der Bundeswehr lauert hinter einem Brückenpfeiler, weil das Aktionsboot aber nicht schnell genug dahin kommt, übernimmt ein Boot

der Wasserschutzpolizei Bonn die Verfolgung. Aber in den seichten Uferbereich, wo nach dem Ausfall des Motors der Protest-Geleitzug im Handbetrieb per Paddel rumdümpelt, kann das Polizeiboot wegen seines Tiefgangs nicht folgen. Die Kavallerie wird eingesetzt, aber auch sie kommt nicht voran, weil die Pferde das Wasser nicht mögen. Schließlich übernimmt ein Landungsboot der Feuerwehr, das auch im seichten Wasser manövrieren kann. Die Personalien der beiden Künstler werden aufgenommen und Boot und 9 Kunstobjekte (Eines wurde vor Ort verschenkt) als Beweismittel widerrechtlich beschlagnahmt.

Die Ermittlung

Laut Kurzbericht von der Bonner Polizei vom 2.10. gibt es eine Anzeige der Wasserschutzpolizei wegen des Verdachts eines „gefährlichen Eingriffs in den Schiffsverkehr". Das Ermittlungsverfahren wird bereits am 11.11. 2011 eingestellt. Ob es an dem fürs Rheinland magischen Datum lag oder an der Einsicht der Behörde, dass die widerrechtliche Beschlagnahme als bewusster Rechtsbruch der Polizei gewertet werden musste, wissen wir nicht. Danach ist jedenfalls ein ¾ Jahr Ruhe von allen beteiligten rheinländischen Polizeibehörden.

Die Posse

- 17.8.2012. Brief der Wasserschutzpolizei Bonn an den Eigner der Objekte:. „Nachdem das Verfahren eingstellt ist, können die Sachen nun an Sie ausgehändigt oder vernichtet werden"
- 05.9.2012 Eigner verlangt Übergabe. Danach passiert fast ein Jahr nichts.
- 20.8.2013 erinnert der Eigner die Wasserschutzpolizei in Bonn an die ausstehende Übergabe
- 22.8.2013 Brief des Polizeihauptkommissars im Polizeipräsidium Duisburg, Direktion Wasserschutzpolizei: „...Ihr an die Wasserschutzpolizei Bonn gerichteter Brief vom 20.8. 2013 wurde von mir zuständigkeitshalber an das Polizeipräsidium Bonn weitergeleitet..."
- 30.8.2013 Brief vom Polizeipräsidium Bonn:

„....Ihr Schreiben vom 20.8.2013 ist hier eingegangen ....Den von Ihnen geschilderten Sachverhalt werde ich überprüfen...."

- 25.10.2013 Brief des Polizeipräsidiums Bonn mit der Mitteilung, dass sie seiner Zeit von der Wasserschutzpolizei Bonn die Einlagerung der Särge übernommen hatten, weil dort nicht genug Platz war. Und dann passierte das Malheur. „Da es sich nicht um eine Sicherstellung des Polizeipräsidiums Bonn handelte, wurden die Styroporblöcke....nicht als Asservat gekennzeichnet. Im Rahmen einer Brandschau durch die Feuerwehr der Stadt Bonn im April 2012 wurden sie als unzulässige Brandlast deklariert und daraufhin entsorgt. Lediglich ein und ein halber Styroporblock wurden nicht der Müllverwertung zugefügt......Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich für die versehentliche Entsorgung der Styroporblöcke entschuldigen......Sollte eine Schadensersatzforderung für Sie in Betracht kommen, stellen Sie bitte einen ....formlosen Antrag."

- 30.11.2013 Der Eigner stellt den formlosen Antrag und fordert Schadensersatz. Und weiter: „Eine Kostenaufstellung werde ich Ihnen übermitteln nach Rückgabe des letzten der von Ihrer Behörde widerrechtlich beschlagnahmten ..."Soldatensärge"(was den halben Sarg angeht, verweigere ich die Rücknahme!).."

-6. 02.2014 Eigner macht die Rechnung auf: Idee, Gestaltung 230 Euro, Materialien (Baumarktniedrigpreise) 405 Euro, 8 Schutzhelme 124 Euro, Arbeitslohn (42 Stunden a 20 Euro) 840 Euro, juristische Beratung 72 Euro = 1671 Euro.

Das Ergebnis

-25.2.2014 Brief des Polizeipräsidiums Bonn: „Sehr geehrter Herr......, ich habe die Landeskasse Düsseldorf angewiesen, den Schadensbetrag in Höhe von 1671 Euro auf das von Ihnen genannte Konto zu überweisen. Na, geht doch!

bundeswehr wegtreten

Dokumentation:

Anschlag auf CDU-Zentrale

Wir haben gestern Nacht im Vorfeld der sogenannten Einheitsfeierlichkeiten die Zentrale des CDU Landesverbandes Niedersachsen in Hannover mit Steinen angegriffen und grossflächig entglast.

Die CDU ist einer der zentralen Akteure deutscher Standortpolitik nach innen und aussen. Unter ihrer Führung presst Deutschland Spardiktate gegen die Länder des europäischen Südens durch, weswegen dort inzwischen wieder Menschen an leicht heilbaren Krankeiten sterben. Zugleich wird eine mörderische Flüchtlingspolitik perfektioniert, das Unglück von Lampedusa ist heute genau ein Jahr her. Auch nach innen wird die Unterordnung der Menschen unter den Leistungszwang der kapitalistischen Standortkonkurrenz betrieben.

Unsere Aktion wird die Freudenstimmung, darüber, dass Deutschland auf dem Rücken der Menschen hier und anderswo „gestärkt aus der Krise hervorgegangen ist" (Merkel), zumindest ein wenig trüben. Gegen die nationalistiche Ideologie, die die Feigheit vor dem eigenen Kapital auch noch in eine Tugend umdeutet, kann sie aber nur ein Anfang sein.

Solidarität mit den sozialen Kämpfen gegen das deutsche Krisenregime!

Und nächstes Jahr: EZB-Erföffnung in Frankfurt verhindern!

AG Nationalismus raus aus den Köpfen.

Refugees and me

Dieser Text versucht entlang der Erzählungen einer Veranstaltung vom SudaneseRefugeeProtestCamp Hannover am 1.10.2014 Gedanken und Fragen zu einer eigenen solidarischen Verortung gegenüber den aktuellen Flüchtlingskämpfen zu sammeln. Der Text kann und will keine Antworten geben. Vielleicht kommt er auch nicht über die konstatierte Ratlosigkeit hinaus. Was er aber sein will: Ein Aufruf dazu, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, sich an solidarischen Verortungen zu versuchen. Er spricht allen, die sich nach langen Reisen in Proteste und Kämpfe begeben Respekt aus. Er will kein Urteil und keine Bewertung der Kämpfe von Refugees vornehmen, sich aber kritisch mit ihnen auseinandersetzen, im Fokus jedoch steht die Frage nach der eigenen Position(ierung).
Kürzungen innerhalb der Zitate sind durch [...] kenntlich gemacht.

Auf einem Flyer, der die Veranstaltung des SudaneseRefugeeProtestCamps bewirbt, lese ich eine Reihe Fragen. Ein bißchen scheint es das zu sein, worauf ich gewartet habe..

„- Was sind die aktuellen politischen Forderungen des Protestcamps?
- Was hat sich seit der Gründung des Camps verändert? Welche inhaltlichen Diskussionen/
Dispute gab es im Camp? Welche Aktionen fanden statt?
- Was hält Leute aus dem „Korn-Umfeld" von konkretem Support ab? Geht es um Zeit? Um
politischen Dissenz? Fehlende persönliche Kontakte? Was sonst?
- Was bedeutet es, das Camp im Winter fortzuführen? Welche Herausforderungen kommen
auf die Bewohner*innen zu, was wird von Supporter*innen benötigt?"

*Ich trage mir die Veranstaltung in den Kalender ein, nehme mir fest vor, hinzugehen. Ein Raum zum Reden, für Austausch. Um Gemeinsames zu finden?
Die Frage danach, warum ich selbst in Reichweite eines Ortes der aktuellen Refugee Proteste lebe, warum aber weder ich noch meine Freund_innen es schaffen, sich wirklich in eine Beziehung zu dem Camp und zu den Refugees zu setzen, beschäftigt mich. Das Camp befindet sich schon Monate lang hinter dem Hauptbahnhof, manchmal war ich dort, zu einer Demo, für eine Nachtschicht, um etwas Essen vorbeizubringen. Ich habe nie genug Zeit dort verbracht, um persönliche Kontakte zu knüpfen, um überhaupt einen Eindruck davon zu gewinnen, was die Menschen dort machen, ob es eine Verbindung zwischen uns geben und wie diese aussehen könnte. Ich habe manchmal, wenn ich etwas „von da" mitbekomme den Eindruck, dass es politische Differenzen gibt zwischen dem, was das Camp will und dem, wofür ich mit anderen kämpfen will. Oder wogegen. Es geht um Rechte, den Zugang zum bürgerlichen Leben. Ich will den Rechtsstaat angreifen. Aber: ja, die Bedingungen sind andere von denen aus ich das tun kann, weil ich schon Rechte habe. Ja, ich bin dafür, dass Residenzpflicht und die gesamte Asylgesetzgebung abgeschafft werden, dass alle bleiben können, dass ... ja, Rechte. Trotzdem: Geht es Leuten auf dem Camp eigentlich darum, Teil dieser Gesellschaft zu sein, in der ich nicht so viel Gutes finden kann? Und: Gibt es das Camp so überhaupt? Ja, es gibt Äußerungen und Aktionen, aber mir ist klar: die Menschen und Ideen und Forderungen sind heterogen. Manche wollen vielleicht Teil dieser Gesellschaft sein, manche sicherlich nicht so wie sie jetzt ist. Meistens gelingt es mir, über all diese Fragen gar nicht so viel nachzudenken oder andere Prioritäten zu setzen. Und dann sticht mir plötzlich so scharf ins Auge, wie sehr ich diese Realität ganz in meiner Nähe ignoriere. Ich bin unzufrieden. Meine eigene Ratlosigkeit darüber, nicht zu wissen: Wie? und Was? einfach mit Ignoranz zu bewältigen finde ich falsch.*

Solidarität kann es auch trotz Dissenz geben. Aber was heißt das schon konkret, Solidarität? Das Camp rein praktisch zu unterstützen? Und was heißt das? Welche Rolle habe ich dann darin, welche Rolle möchte ich haben? Wo könnte Solidarität außerhalb des Camps stattfinden?

Ist das Problem, dass wir diesen Kampf zu wenig als gemeinsamen begreifen, auch wenn nicht wir die Betroffenen sind - dass es trotzdem auch für uns selbst wichtig ist, für unsere Kämpfe, diesen Kampf der Refugees mitzutragen?

*Und andererseits meine eigene große Skepsis denjenigen gegenüber, die sich eine Identität als „Supporter*in", als „Aktivist*in" zulegen, die davon sprechen, sie würden so detailliert wie möglich das tun, was Refugees von ihnen wollen, die davon sprechen, dieses Camp müsse ein Beweis dafür werden, dass eine bessere Welt möglich ist. Ja, ich finde es richtig, den Refugees zuzuhören, nicht gegen ihren Willen zu handeln - aber ebenso wichtig, sich gegenseitig ernst zu nehmen, eigene Meinungen zu haben und sich nicht bloß als „Ausführende" zu verstehen. Um dann oft genug doch subtil Macht auszuüben. Oder Menschen nicht als politische Subjekte zu sehen, mit denen diskutiert und gestritten wird. Ja, es mag sein, dass es an Entwürfen mangelt für eine emanzipatorische Gesellschaft aber - und vielleicht ist das hoffnungslos pessimistisch: Ich glaube nicht an sie, die bessere Welt, die möglich ist und die wir nur aufzeigen müssen. Noch weniger glaube ich daran, dass dies mit einem Zeltcamp hinterm Bahnhof möglich ist. Vielleicht besteht die Stärke eines solchen Camps gerade darin, dass sich in ihm auch die Absage an das Bestehende in Form einer absoluten Verneinung zeigen kann. Verneinung im Sinne von: Nein, es ist nichts besser. Einfach da zu sein, mit der eigenen Existenz und nicht auf etwas Besseres zu verweisen, sondern mit der beschissenen Realität zu konfrontieren. Allein das, da zu sein: eine Kampfansage. Auch das Camp: kein Ort außerhalb von der Beschissenheit der Verhältnisse. Und trotzdem, sicherlich, eine kollektive Erfahrung gemeinsamer Organisation, die*

anderes - zumindest teilweise - versucht.
*Aber wo stelle ich mich hin, mit dieser eventuell leicht nihilistischen, zumindest nicht sonderlich protest-positiven Haltung, gegenüber einem solchen Camp? Ich kann mit realpolitisch angestrebten „Erfolgen“ ebenso wenig anfangen wie mit der stoischen, oft auch mehr oder minder latent christlich-märtyrerhaften Haltung, die nicht selten Teil von Supporter*innen-Identitäten zu sein scheint: „Irgendwer muss es ja machen“. - Ja, die Dinge sind dringlich und oft kann dieser Pragmatismus sicherlich Vieles schaffen - aber für mich muss die Basis, von der zusammen aus ich mit andern kämpfe, eine andere sein. Nur: welche? Mit wem sich wie zu was verbünden...? Ich denke wir müssen reden, überlegen, uns ins Verhältnis setzen - zuallererst und immer wieder auch: zuhören.*

Die Veranstaltung beginnt.

„Seit dem 24. Mai 2014 gibt es das Protestcamp auf dem Weißekreuz-Platz von sudanesischen Flüchtlingen, die einerseits auf ihre Situation hier in Deutschland aufmerksam machen wollen, auf drohende Abschiebungen und andererseits auf die Situation im Sudan und die Tatsache, dass die Bürgerkriegssituation und die Diktatur durch Al Washea hier nicht entsprechend wahrgenommen wird, auch nicht durch das Bundesamt, das über Asylanträge entscheidet.“

„Ich spreche im Namen der Refugees vom Weißekreuzplatz-Protest-Camp. Und tatsächlich haben wir das Gefühl, dass der Support des Camps mit Problemen konfrontiert ist. Am Anfang hatten wir den Eindruck, dass die Unterstützung schwach ist, weil die Aktivitäten, die vom Camp ausgingen, auch schwach waren, weil unsere Selbstorganisation oder unsere alltäglichen Aktivitäten nicht in Ordnung waren. Aber später hatten wir das Gefühl, dass der Prozess des Supports selbst anfing, schwach zu sein.
Aber zunächst müssen wir über die Geschichte des Camps sprechen, die vor 9 oder 10, nicht erst vor 4 Monaten begann. [...] Bevor wir mit diesem Camp anfingen, sprachen wir tatsächlich über Unterstützung, [...] wir sprachen auch über die Frage nach der sudanesischen Community, wir dachten kritisch über die Frage nach: Ist es ein sudanesisches Refugee Camp oder ein Refugee Camp? Das war zu jener Zeit auch eine Frage. Wir dachten über nagative und positive Punkte des Oranienplatzes nach und wir dachten auch an Lampedusa in Hamburg, was positiv und was negativ daran ist. Und danach fingen wir an, mit anderen Flüchtlingen zu reden und uns auf dieses Camp vorzubereiten. Das heißt die Geschichte begann vor mehr als 4 Monaten. Und nach dieser langen Zeit des Redens und der Vorbereitung haben wir jetzt eine praktische Erfahrung. [...] Als wir dieses Camp am 24. Mai [2014] begannen hatten wir sehr viel Unterstützung, aber wir waren unmittelbar mit inneren Problemen konfrontiert - Ich meine: Selbstorganisation der Refugees, auch Differenzen innerhalb der Community der Refugees, Konfliktpunkte und Verschiedenes. Zu dieser Zeit hatten wir das Gefühl, dass wir sehr große Unterstützung von verschiedenen Gruppen verschiedener Menschen hatten und ein, zwei, drei Wochen später wurde die Unterstützung schwächer und schwächer. Wie ich schon gesagt habe, als wir die Diskussion begannen, fokussierten wir uns auf die Schwäche der Selbstorganisation der Refugees und die Schwäche innerhalb der Community der Refugees - denn: meistens wenn wir Aktivitäten hatten, konnten wir Unterstützung finden, aber meistens hatten wir nicht irgendwelche Aktivitäten wie Demonstrationen, Workshops... unser Fokus zu dieser Zeit war: Wie beantworten wir verschiedene Fragen? - Alkohol im Camp - wir haben viel Zeit damit verbracht, die Auswirkungen von Alkoholkonsum im Camp zu bekämpfen, vorallem durch Refugees, Differenzen und Konflikte zwischen Refugees - wir haben viel Zeit damit verbracht, wir haben viel Kraft und Energie darein gesteckt, das unter Kontrolle zu bekommen, auch Probleme zwischen Refugees und der Community der Supporter_innen.

Politisch war es eine totale Überraschung und ein Schock für die Autoritäten, als wir diese Bewegung begannen. Und wir haben genau gespürt, dass sie keine Erfahrung damit hatten, mit so einem Camp in der Stadt umzugehen und sie fingen an zu reden und zu reden und am Anfang dachten sie, das wäre etwas, wogegen sie was unternehmen könnten - ich meine es in einer oder zwei Wochen oder so zu beenden, sie haben viel ausprobiert, um es zu beenden. Eine Strategie, die sie verwendeten war, uns einen Preis zu bieten - ich meine; diese Leute, die verhandeln - die versuchen zu sagen: Okay, wir können das so oder so machen; aber das würde in Richtung der Lösung unserer persönlichen Probleme gehen. Sie haben viel gemacht, um das Camp zu beenden. Und nach 4 oder 5 Tagen versuchte die Polizei das Camp komplett zu räumen, aber auch das konnten wir unter Kontrolle bringen. Aber während wir mit all diesen Verhandlungen und Problemen konfrontiert waren, brauchten die internen Probleme und während der ersten Wochen etwas über die Community der Refugees zu lernen und darüber, wie wir eine relativ stabile Community bilden könnten, mehr Kraft. Zu dieser Zeit hatten wir viel Unterstützung, gleichzeitig aber wenig Aktivitäten im Camp. Und dann haben wir gesehen, was auf dem Oranienplatz passierte und was mit Lampedusa Hamburg passiert war; eine Taktik, die sie benutzen ist sehr altmodisch: die Refugees selbst zu kriminalisieren und das, was die Refugees die ganze Zeit machen. [...] Diese Idee von Kriminalität und das, was beim Oranienplatz und Lampedusa passierte, brachte uns zu dieser Strategie, die auf drei Faktoren basiert, die wir mehrmals wiederholt haben:

1. Wir sagen: Nein zum Konflikt mit den Autoritäten. Das ist eine weitere Gegen-Taktik.“

Was soll das heißen: Nein zum Konflikt mit den Autoritäten? Ich denke: Ja! In den Konflikt treten. In offener Feindschaft...? Befinden sie, befinden wir uns nicht schon längst im Konflikt und ist die Frage nicht eher, wie offen wir ihn machen? Ein Camp in der Stadt aufzustellen ist doch schon eine Ansage - wenn die Autoritäten das

Camp nicht ablehnen würden, wäre es dann nicht eine Farce? Es geht um Kriminalisierung - kann die Beteuerung, unschuldig und „gut“ zu sein dem entgegenwirken? Verleugnet diese Strategie nicht, dass ihre Kriminalisierung nicht einem Konflikt anzulasten ist, sondern dem Rassismus? Der wird nicht durch die Vermeidung der Konflikthaftigkeit verschwinden... Andererseits: Ich haue mir innerlich selbst auf die Finger: Ich kann gut reden. Ich hab einen Pass, kann nicht von hier nach da abgeschoben werden. Ich merke, dass ich gar nicht genau weiß, was genau gemeint ist, wie das in dieser Situation konkret aussehen soll: Kein Konflikt mit den Autoritäten...

„2. Wir sagen: Nein zum Konflikt mit der Polizei. Denn die Polizei oder die Autoritäten versuchen immer, Refugees anzugreifen und in einen konfliktären Prozess zu verwickeln und das in den Medien zu reflektieren; diese Art von Spiel. [...] Also versuchen wir diese Gegen-Taktik zu verfolgen, uns nicht in einen Konflikt mit der Polizei zu begeben.“



Es geht also darum, dem nicht auf den Leim zu gehen... Konfliktualität als Strategie der Autoritäten... aber haben sie nicht auch Strategien, wenn sich alle „nichts zu Schulden kommen lassen“, kooperativ und diplomatisch sind...? Ist das Problem nicht eher, zu schwach zu sein im Konflikt, dass die Unterstützung fehlt, die gegen die Bullen ankommt? Okay, aber wenn sie nicht da ist, ist sie nicht da. Müsste die Frage nicht eher lauten: Wenn es gute Gründe gibt, dass sich die Refugess nicht vom Camp aus in Konflikt mit den Bullen begeben wollen, wie können wir den Konflikt auf einen anderen Schauplatz bringen...? Einen Ort, an dem wir fähig sind zu agieren ohne das Camp und die Leute dort zu gefährden. Ein Schauplatz, den wir bestimmen, der uns stärker macht, nicht schwächer...

„Als sie das nach 5 oder 6 Tagen dieses Camps versuchten, konnten wir im Verhandlungszimmer spüren, dass wir so stark sind und dass sie deshalb so nervös sind, und schließlich entschieden sie, das ganze Camp zu räumen. Und sie sagten: „Okay, ihr könnt 10 Zelte haben, nicht mehr.“ Zu dieser Zeit hatten wir 20 und sie sagten, sie würden die anderen mitnehmen, 20 oder 30, aber zuerst sagten sie uns, dass wir das selbst tun müssen. Sie gaben uns eine bestimmte Zeit, Mittwoch, und sagten: „Ihr müsst sie abbauen“ und wir haben das verweigert und gesagt: „Wenn ihr uns 20 Zelte gebt - die Frage für uns ist nicht die Anzahl der Zelte, die Frage sind unsere Rechte, also fühlt euch frei, zu kommen und die anderen Zelte mit zu nehmen“. Und sie sagten: „Okay, wenn ihr es nicht selbst macht, werden wir das ganze Camp räumen.“, um mehr Druck auf uns auszuüben, und wir sagten: „Okay, es ist eure Pflicht als Polizei oder was auch immer, wenn ihr sie mitnehmen wollt: Nehmt sie mit! Nehmt alle Zelte mit, dann werden wir hier auf der Wiese bleiben, überhaupt kein Problem.“ Und ich weiß nicht, ob sich manche hier daran erinnern oder nicht; sie versuchten, Druck auf uns auszuüben und wir haben friedlich Widerstand geleistet und dann haben sie uns 7 Zelte gelassen. [...]“

Von jetzt aus betrachtet: Das Camp ist mit einer Räumung im Winter, einer Art politischem, aber auch ganz materiellem Erfrierenlassen konfrontiert, Stadt und Bullen untersagen, das Camp winterfest zu machen... Die Bullen sind ja auf der anderen Seite zumindest teilweise auch um ihr Image besorgt oder handeln strategisch : in dem Fall war es vielleicht einfach strategisch schlau, das Camp zunächst auszudünnen, keine Presse mit prügelnden Bullen zu haben, zu warten, bis Aufmerksamkeit und Unterstützung nicht mehr so riesig sind... und es dann nach Monaten verschwinden zu lassen...

Mir ist auch klar, dass es nicht viele andere Möglichkeiten gibt, sich zu verhalten, wenn Zelte mitgenommen werden. Mir ist klar, dass ich nicht für die Refugees entscheiden kann und will und sowieso nicht in deren Position bin. Aber genau deshalb: Müssten wir uns diesen Ereignissen nicht viel kämpferischer entgegenstellen? Aber vielleicht eben an anderer Stelle... und wenn das überall dort passieren würde, wo Refugees kämpfen, Protestcamps aufschlagen, Besetzungen machen, dann...

„Was ich versuche zu sagen: Wir versuchen, Druck auf sie auszuüben, indem wir uns nicht in Konflikt mit ihnen begeben und sie haben es mehrmals versucht.
Der dritte Punkt ist, der gesamten deutschen Gesellschaft zu sagen: Wir sind offen für viele Arten der Unterstützung. Weil sie immer versuchen, der Refugee Bewegung ein Label zu geben, die Linken oder was auch immer. Und sie versuchen es so darzustellen, als wären Refugees ein Werkzeug in den Händen anderer.“

*Ja, darum geht es auch: wie ordnen sich Leute eigentlich selber zu, mit wem wollen sie wofür kämpfen? Wenn wir uns verhalten ist es wohl immer wichtig zu sagen: „Wir tun das für **uns**. Wir haben mit Leuten geredet, manche Kämpfe teilen wir, andere nicht. Aber niemand hat uns beauftragt das oder jenes zu tun. Alle treffen ihre eigenen Entscheidungen. Uns ist klar, dass die Rahmen dafür unterschiedlich sind. Uns ist klar, dass wir nicht alle das selbe wollen.“*

„Deshalb konzentrieren wir uns darauf, zu sagen: Wir sind offen für alle Arten der Unterstützung; Süßigkeiten, Brot, Kleider, demonstrieren - was auch immer, welche Art der Unterstützung den Kapazitäten der Leute entsprechend. Und in unser aller Bewegung gehen wir von dieser Basis aus - Unterstützung. [...]
Die Frage ist immer, ob diese Unterstützung auf den Forderungen der Flüchtlinge basiert oder auf den Kapazitäten der Unterstützer_innen; das ist der Kern der ganzen Diskussion. Und zu welchem Grad die Unterstützung das Gefühl für Awareness und Verantwortung innerhalb der Refugees Community erhöhen wird. [...]

Am Anfang dachten wir, dass diese Schwäche mit der Schwäche der Aktivitäten im Camp zu tun hat, später konnten wir sehen, dass es für uns etwas ist, das mit der Community der Unterstützer_innen zusammenhängt."

Wer sucht die Probleme bei wem? Unterstützer_innen sollten sich besser überlegen was bei ihnen los ist, anstatt dass die Refugees zuerst überlegen, was sie „falsch" machen...

„Ich hatte mehrere Gespräche mit verschiedenen Leute und wir haben verschiedene Fragen aufgeworfen: Gibt es Konflikte zwischen einigen Gruppen? Wenn die eine Gruppe unterstützt, unterstützt die andere dann nicht? Ist es eine politische Frage? Zum Beispiel Nationalismus. Denn jetzt basiert das Camp auf Nationalität, auf sudanesischer Nationalität. Und ich weiß, dass einige Leute eine Position zu Nationalismus haben. Liegt es an etwas, das Sexismus genannt wird? Hierzu muss ich sagen: Es gibt einen kompletten Unterschied zwischen sudanesischer politischer Artikulation und deutscher politischer Artikulation in der Unterstützung, wenn wir über Nationalismus, Sexismus und so weiter, verschiedene Begriffe, aus der linken Szene hauptsächlich, reden - das existiert nicht in sudanesischer Politik, im sudanesichen Bewusstsein und in der Community. Meistens reden die Leute davon, dass wir den Diktator stürzen müssen, wir denken über Demokratie nach, vielleicht über die Freiheit von Frauen, diejenigen, die so fortgeschritten sind politisch, Freiheit von ---, über Entwicklung, über Wirtschaft, es wird nicht über sehr genaue Begriffe geredet in der sudanesischen Politik. Das waren aber die Fragen bezüglich der Schwäche der Unterstützung. Der andere Faktor ist: unser Eindruck war, dass manche Unterstützer_innen kaum Erfahrung hatten mit Communities von Refugees. Als sie zu uns kamen hatte ich das Gefühl, dass sie so überrascht und schockiert von manchen Handlungen oder Dingen waren, neues Wissen für sie, es war also gut für sie, diese Erfahrung zu machen.



Was ich sagen will: Wir machen uns solche Sorgen wegen des Schwindens der Unterstützung des Camps und deshalb haben wir zu diesem Treffen eingeladen. Was die aktuelle Situation des Camps ist - unser Camp war schon zwei Mal mit schwierigen Zeiten konfrontiert. Weil einige Leute im Camp beschlossen, es zu beenden. [...] Zum Beispiel derjenige, der das Camp angemeldet hat in seinem Namen - er sagte deshalb und deshalb will ich das Camp beenden. Und er fand Unterstüzung von einigen Refugees. [...] Wegen des hohen Drucks auf die Refugees und Problemen mit verschiedenen Dingen, aber wir konnten das kontrollieren. In der jetzigen Situation haben wir immer noch Probleme mit der Selbstorganisation, wir haben einige Formen von Aktivismus zum Beispiel Kunstaktionen, Mahnwachen und Demonstrationen, aber immer noch kannst du zu unserm Camp kommen und uns dort die ganze Zeit im Pavillon sitzend finden und was mit unseren Smartphones oder dem Internet machen sehen, oder uns unterhalten oder irgendwas, ich meine der politische Aktivismus im alltäglichen Leben ist nicht sehr gut, aber ich kann sagen befriedigend [...]. Jetzt haben wir das Gefühl, dass die meisten Politiker_innen, die mit uns reden, versuchen zu sagen: : „Bitte, beendet es" und wir sagen: „Ok, von Anfang an hatten wir eine sehr klare Position, dass wir etwas brauchen, wir wollen nicht sagen, wir brauchen das oder jenes..., wir brauchen etwas, um es zu beenden", von Anfang an arbeiten wir zusammen, reden, verhandeln, sind offen, kein Vertrauen, aber das heißt: „Ihr solltet das richtig verstehen - Wir verhandeln nicht über unsere Rechte. Wir können verhandeln: Wie können wir diese Rechte bekommen. Ok. Aber wenn ihr darüber verhandelt, das Camp ohne etwas zu verlassen, ist das für mich keine gute Art der Verhandlung." [...] Jedenfalls boten uns einige Politiker_innen an, eine Lösung für Dublin Fälle zu geben. Und diese Lösung sagt: Alle aus der Community der Refugees, die Dublin Fälle haben, können versuchen, ihre Asylanträge in Deutschland starten zu lassen. Das heißt nicht nach Italien oder Bulgarien oder wohin auch immer abgeschoben zu werden und, dass sie hier zuerst nach den Familien schauen würden und danach nach den kranken Personen und dann nach denen mit psychischen Problemen. [...] Wir fragten: „Was erwarten sie von uns, wenn sie uns das anbieten?" Und ich glaube es gab keine Antwort aber wenigstens hatten wir eine Antwort und wir sagten ganz klar, dass wir jede Form von Unterstützung willkommen heißen und diese Richtung unterstützen, aber dass das nichts mit der Beendigung des Camps zu tun hat oder mit einer Veränderung der Situation überhaupt. Wenn sie damit einverstanden sind können wir wieder reden sogar darüber - Ja, wir stimmen zu, dass die Asylanträge von Familien hier angenommen werden und die derjenigen, die krank sind, ja. Jetzt sagen sie, wir hätten keine Antwort gegeben, sie reden jetzt untereinander, sie warten auf unsere Antwort, obwohl wir klar gesagt haben: „Wir stimmen dem zu, aber das hat nichts damit zu tun, das Camp zu beenden. Irgendwie hatten wir das Gefühl, aus den Gesprächen mit den Politiker_innen, dass sie sagen: „bitte, beendet es", aber das hat nichts damit zu tun, jemanden darum zu bitten oder anzuflehen, sondern damit, ein klares Angebot zu machen, und hierin zeigen wir uns sehr flexibel, weil wir etwas gewinnen wollen..."

Es spricht viel Stärke, Konsequenz aus diesen Worten. Ich habe Angst, in meinem Kopf so Bewertungen aufzumachen, als könnte ich über die Strategien des Camps urteilen, als wäre das überhaupt wichtig, dass ich das tue. Vielleicht eher das: ernst nehmen, diese Ausrich-

tungen, sie respektieren, sie auch als das respektieren, was sie sind: ein Kampf. Aber danach suchen, wie ich mich dazu ins Verhältnis setzen kann.

„Jetzt sind wir ca. 30 Menschen im Camp, die immer da sind, wir haben eine offene Küche, nicht in einem Zelt, und wir haben sehr kranke Menschen - die meisten der Refugees sind krank, mit allen Arten von Krankheiten - und der Winter kommt. Wir haben unsere Stimme mehrmals erhoben, mit Flyern, Demonstrationen oder indem wir mit Leuten der Unterstützer_innen geredet haben, dass dieses Camp unterstützt werden sollte in seiner Infrastruktur, wegen des Winters. Und jetzt ist der erste Oktober und wir haben den Eindruck, dass die Unterstützung immer noch sehr schwach ist. [...]

Das Camp braucht dringend Unterstützung bezüglich des kommenden Winters, bezüglich Demonstrationen auf der Straße [...], wir müssen zeigen, dass dieses Camp total unterstützt wird von Leuten aus Hannover und den Leuten in Niedersachsen. Ich habe erfahren, dass die Stadt oder ich weiß nicht wer, Fragebögen verteilt in der Nachbarschaft, mit Fragen wie: „Wollt ihr das Camp hier? Ist dieses Camp nett? Ihr müsst eure Kinder..." Ich weiß nicht, was sie geschrieben haben, aber wir stehen unter Druck und verschiedene leute wollen das Camp beenden. Sogar die von der SPD oder den Grünen, die mit uns reden, wollen das Camp beenden, denn dieses Camp übt Druck aus auf diejenigen, die die Autoritäten der Opposition sind. Das Ende der Unterstützung, der politischen Unterstützung, ist dieser Winter."

Die Diskussion geht gleicht pragmatisch los: Was wird für den Winter gebraucht - tatsächlich ja auch das, weshalb Refugees eingeladen haben - aber wurden während der Veranstaltung nicht noch viel komplexere Fragen aufgeworfen über die Gründe, Fragen nach einem Mangel an Unterstützung? Wäre es nicht wichtig, diese zu diskutieren?

Ich denke: Ist es selbstverständlich, dass das die Strategie ist, das Camp fortzusetzen? Wenn es darum geht, den Druck zu erhöhen, müsste das nicht einfach noch auf viel mehr Ebenen, intensiv, passieren? Und das wäre dann aber fernab dieser großen Runde zu besprechen. Besprechen das Leute? Ich habe nicht den Eindruck. Woran liegt das? Einmal losgehen, eine Ausländerbehörde angreifen, ja, aber daraus eine Strategie machen, die auch mit der Existenz eines solchen Camps zu tun haben kann - die auf anderer Ebene mitkämpft, die tatsächlich den Druck erhöht? Warum kommen Leute nicht in ihrer Ratlosigkeit zu Überlegungen in diese Richtung, zu größeren als einmal zu fünft ein paar Farbbeutel an eine Wand zu klatschen? Kann das überhaupt die Strategie sein? Ist das Problem, dieser Mangel daran, sich selbst ins Verhältnis zu setzen, stattdessen nur zu unterstützen und das aber dann auch nicht mal. Weil vielleicht das eigene Interesse an tatsächlicher Veränderung auch zu klein ist? Weil es nämlich eigentlich bequemer ist, wenn alles so bleibt wie es ist. Oder: Weil die militant geführten Kämpfe, die Versuche solcher Kämpfe auch immer wieder viel eher auf unsere Schwäche verweisen, als dass sie anderes bewirken...? Und: Was bringt es, festzustellen, wie schwach wir sind? Muss ich dann nicht eher von den 5 Leuten ausgehen, mit denen ich Pläne schmieden kann, als darauf zu warten, dass Leute gemeinsam Strategien finden...?

Es kommt noch eine längere Diskussion zum Thema Sexismus und zum Umgang damit auf dem Camp auf. Ich finde wichtig, dass der Satz fällt, dass es den Sexismus überall gibt, um diese Diskussion wegzunehmen von rassistischen, kulturalisierenden oder sonstigen Zuschreibungen. Trotzdem wird deutlich, es ist wichtig darüber zu reden. Von einem Konzept ist die Rede, auch auf einem Flyer habe ich davor schon gelesen:

„Refugees und Unterstützer_innen sind sich bewusst über oft genannte Gründe des Fernbleibens von Unterstützer_innen: Es gab in Einzelfällen berechtigte Kritik am Umgang mit Sexismus und sexistischen Übergriffen, intransparenten Strukturen, fehlender und unklarer Information für Menschen, die unterstützen wollen oder wollten und evtl. auch an der unklaren oder uneinheitlichen politischen Richtung.
Fakt ist: Diese Punkte wurden angesprochen und werden auch momentan diskutiert, es wurde reagiert. In manchen Fällen evtl. zu spät, aber es wurden Konsequenzen gezogen: Entsprechende Leute (bis auf einen Fall keine Bewohner_innen des Camps) wurden des Camps verwiesen und ein Bewusstsein geschaffen.
Das heißt natürlich nicht, dass Fehlverhalten in Zukunft komplett ausgeschlossen ist, allerdings soll damit deutlich gemacht werden, dass diese Vorkommnisse nicht unausgesprochen oder unreflektiert geblieben sind und dass es nun ein Konzept dagegen gibt. Das Konzept besteht darin, dass Betroffene Ansprechpartner finden können, die umgehend ermitteln und Konsequenzen ziehen. Auch für Strukturkritik ist man offen."

*Ich weiß nicht, wer diesen Text formuliert hat, er ist unter dem Namen des Camps veröffentlicht. Es geht um Communityarbeit und um die Bearbeitung konkreter Probleme und das find ich ist ein emanzipatorischer Versuch. Ich erschrecke trotzdem vor Worten wie „Fehlverhalten", „ermitteln"... vielleicht nur sprachliche Feinheiten? Ich finde es gut, damit offensiv umzugehen, das zu thematisieren, nicht so zu tun, als liese sich ein sicherer Raum garantieren. Aber über die strukturellen Probleme kommen wir nicht hinweg, na klar. Dieses ganze Camp ist von den sexistischen Strukturen der Gesellschaft durchzogen, wie auch nicht, aber vielleicht gibt es Faktoren, die es zuspitzen: das ohnehin schwierige Verhältnis Supporter*innen/ Refugees - wer hat welche Position, welche Rolle? Welche Rolle kann und will ich haben als weiblich sozialisierte weiße Person, die sich auf einem Camp bewegt, das ein sehr männlich dominierter Raum ist, die meisten der anwesenden Männer allerdings von Rassismus betroffen sind, während ich strukturell von diesem Verhältnis profitiere? Und auch die männlich sozialisierten Supporter*innen nehmen ganz bestimmte Haltungen und Positionen ein, können sich eher auf die Rolle der Pragmaten, die für ein*

Problem wie Sexismus eben einfach eine Lösung finden - nämlich ein Konzept -zurückziehen.
Das bestehende Geschlechterverhältnis - eine weitere Schlucht in der Frage danach, wie ich mich selbst auf diesem Feld bewegen will und kann...

„Die meisten in diesem Camp haben keinerlei Erfahrung mit Refugees Communities, vielleicht haben einige beim Oranienplatz teilgenommen, manche beim Marsch nach Brüssel, aber die Großzahl der Leute aus dem Camp waren nicht in Refugee Bewegungen involviert. Das heißt sie müssen ihre Erfahrungen hier machen, jetzt, in diesem Camp. [...] Es gibt viel, was wir von hier lernen können, in diesem Prozess der Selbstbildung, auch, zu entscheiden, was die Strategien während der nächsten Zeit sein werden, ich sage euch: Wir werden unseren Druck auf sie erhöhen mit verschiedenen politischen Mitteln. Vor zwei Monaten gab es keine Mahnwache vor dem Landtag, jetzt sind wir schon fünf Mal vor dem Parlament, dem Landtag, gewesen, wir werden nächsten Monat eine Demo machen, aber wir organisieren all das mit sehr wenig Kapazitäten, auch von der Community der Refugees aus. Wir setzen unsere Strategie fort, Druck auf die Autoritäten auszuüben. Wir haben eine klare politische Position: Wir brauchen unsere Rechte. Das ist eine sehr klare politische Position und wir haben eine politische Aktivität, das Camp, um unsere Rechte zu fordern, zum Beispiel waren wir vor zwei Wochen auf der Straße für eine Demonstration, wir haben politische Forderungen, wir haben Aktivitäten, also können sich die Leute frei fühlen, sich diesen politischen Aktivitäten anzuschließen. Politische Aufmerksameit gegenüber unserem Problem zu zeigen, ich glaube das ist das wichtigste. Ich weiß nicht - vielleicht Briefe an die Autoritäten schicken, über unser Camp informieren. Ich denke die meisten von euch sind Teil von Gruppen oder so und sie können das, was wir heute diskutiert haben, reflektieren und weitermachen..."

Ja, denke ich: Das ist unsere Aufgabe, uns auseinanderzusetzen und Wege zu suchen, auch andere als Briefe und Informieren...

anonym

Stellungnahme autonomer Antifaschist*innen zur

Räumungsaufforderung des Refugeecamp Hannover durch die CDU

Die CDU-Ratsfraktion hat am 29.10.2014 in einer Presseerklärung Oberbürgermeister Schostok zur Räumung des Refugeecamp Hannover auf dem Weißekreuzplatz aufgefordert. Seit Ende Mai protestieren dort Geflüchtete aus dem Sudan für ihre Rechte. Zentrale Forderungen sind die Anerkennung des Sudans als Bürgerkriegsland und die Anerkennung ihrer Asylverfahren über die Anwendung des §23 des Asylgesetzes.

Im Artikel der Neuen Presse vom 29.10.2014 heißt es:

> Emmelmann erklärte gestern, die „Dauerdemonstration" müsse beseitigt werden. „Wir fordern die Stadtspitze auf, tätig zu werden und nicht feige auf den Winter zu warten. Der Platz muss geräumt werden." Er verstehe nicht, wieso die Stadt eine „Umgehung der Reglungen für Kundgebungen" gestattet und zudem dafür noch einen öffentlichen Platz - scheinbar unbefristet - zur Verfügung stellt, so Emmelmann. Es sei „bizarr", dass die Stadt auch noch Toiletten zur Verfügung stelle und den Müll kostenlos abhole. „Die Stadtspitze wirkt abermals überfordert; sie weiß nicht was und vor allem wie sie es tun soll. Es kann doch nicht sein, dass sich ein Oberbürgermeister am Nasenring durch die Manege ziehen lässt."

Diese Aufforderung zur Räumung kommt nur zwei Tage nach der Erklärung der Refugees, das Protestcamp auch im Winter, fortzusetzen, obwohl ihnen die Polizei untersagte das Camp winterfest zu machen. Wenn der wirtschaftspolitische(!) Sprecher der CDU-Ratsfraktion Emmelmann von der „Beseitigung" des Camps spricht, erinnert das nur allzu sehr an die Rethorik die zu den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen, Solingen und Mölln führte...

Sein Parteifreund Dirk Toepfer, Vorsitzender der CDU Hannover und im Landtag zuständig für Wirtschaft und Europaangelegeheiten erklärte:

> Die Sprecher der Demonstranten bewegten sich „hart an der Grenze", wenn sie für ihre Anliegen immer neue Sonderrechte in Anspruch nähmen. „Auch wenn die Not der im Sudan lebenden Menschen noch so groß ist, müssen sich auch Flüchtlinge an die in unserem Land geltenden Regelungen halten", sagt der Landtagsabgeordnete Toepffer. Politik und Bevölkerung, insbesondere aber die Anlieger des Weißekreuzplatzes, hätten in den vergangenen Monaten ein Höchstmaß an Toleranz bewiesen. Nun sei es an der Zeit, auch einmal Respekt vor den Gastgebern zu zeigen und deren politische und gesellschaftliche Umgangsformen zu akzeptieren, heißt es in der Mitteilung von Toepffer.

Die erwähnten „Sonderrechte" beziehen sich auf die durch die Stadt bezahlte Abholung einer Mülltonne. Zum geforderten „Respekt" und den „politischen und gesellschaftlichen Umgangsformen": Die Refugees haben seit Ende Mai immer wieder erklärt, dass sie keine Konfrontation mit den Cops suchen und für Gespräche mit der Politik offen sind. Dies hieß in der Vergangenheit das sie sich an die Auflagen der Cops hielten und auch mit den Cops kooperierten. In den vergangenen Monaten suchten sie immer wieder das

Gespräch mit den Parteien, luden zum gemeinsamen Fastenbrechen und zu Diskussionsrunden ein. Selbst nachdem die Cops in den ersten Tagen des Camps eine Vielzahl der Zelte räumte und ihnen leidiglich sechs Zelte ließ und obwohl die Cops zuließen, dass im Sommer nachts eine Gruppe Nazis nach dem Nazi-Aufmarsch in Dresden das Camp angriff (wobei Refuugees und Supporter*innen die Angreifenden vetreiben konnten), bemühten sie sich um ein gutes Verhältnis.

Wie die „politischen und gesellschaftlichen Umgangsformen“ in Hannover aussehen haben die Refugees erlebt. Im Juni wurde ein Aktivist des Camps in Hildesheim auf dem Rückweg von Cops aufgeriffen und nach Italien abgeschoben. Eine weitere nächtliche Abschiebung eines Refugees aus dem Camp konnte Ende August durch eine Sitzblockade verhindert werden. Die Versprechen und angekündigten Bemühungen der Bezirks- und (der) Stadtpolitik sind bisher im Sande verlaufen. An der Ausgrenzung und dem bewussten mundtot machen des politischen Kampfes der Refugees beteiligte sich jüngst auch „Haus und Grundeigentum“, eine Vereinigung für die Interessen von Immobilienbesitzer*innen. Mit einem manipulativen Umfragebogen versuchten sie die Anwohner*innen des Weißekreuzplatzes für ihre Interessen einzuspannen. Angeblich seien 60% der Befragten für ein Ende des Protestcamps (Rücklauf 40%). Hinzu kommen tägliche rassistische Äußerungen einiger Anwohner*innen und Passant*innen.

Der berechtigte Kampf der Refugees wird durch eine Allianz aus Cops, Politik, Rassist*innen und Wirtschaftsinteressenten torpediert.
Die Forderung nach der Räumung des Refugeecamp Hannover ist nicht neu. Erst Anfang des Monats hatte die rechtspoulistische Partei „Die Hannoveraner“ in einem Antrag an den Stadtrat die Räumung beantragt. Nun stößt die CDU ins gleiche Horn.

Dieser offen zur Schau gestellte Rassismus der hannoverschen Stadtgesellschaft bettet sich ein in eine rassistische Grundstimmung in der Gesellschaft dessen Zeugnisse diverse Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte, die jüngst bekannt gewordenen rassistischen Missbrauchsfälle durch Sicherheitskräfte in Unterkünften in NRW und der tobende rassistische Mob aus Nazis und rassistischen Hooligans in Köln sind.

Wir werden nicht tatenlos zusehen wie Cops, Politiker*innen, andere Rassist*innen und Vertreter der Wirtschaft weiter gegen Menschen hetzen und den Nährboden für einen rassistischen Mob bereiten. Wenn das Refugeecamp geräumt wird, werden wir den rassistischen Flächenbrand zu den Verantwortlichen zurücktragen!

Wir fordern:

**Anerkennung der Refugees
des Refugeeprotestcamp Hannover!
Winterschutz für das Camp zulassen!
Bleiberecht überall - Kein Mensch ist illegal!
Emmelmann und andere geistige Brandstifter
angreifen!**

Autonome Antifaschist*innen

Flucht, Besetzung, Kampf

*„Solidarität muss praktisch werden. Aber wie?
Der Schanzenfestsalon verbindet Politik und Diskussion mit der Form eines Straßenfestes. Geflüchtete und antirassistische Gruppen berichten von ihren Kämpfen. Ein Erfahrungsaustausch über politische Zielsetzungen, der Aktionsformen und Proteste beleben soll.“*

abgetippter Mitschnitt vom Schanzenfest in Hamburg am 29.9.2014

Autonome Schule Zürich

Die Autonome Schule Zürich ist ein antirassistisches, politisches , selbstverwaltetes Bildungsprojekt. Es wurde Ende 2008, Anfang 2009 gegründet, damals gab es in Zürich eine starke politische Bewegung. Aktivist_innen und Geflüchtete haben eine Kirche besetzt, die Predigerkirche in Zentralzürich. Am Anfang [...] haben wir immer wieder besetzt und sind eine Weile geblieben, bis die Polizei uns geräumt hat und wir wieder zum nächsten Ort gegangen sind. Bis jetzt haben wir wahrscheinlich 12 Mal besetzt. Wir machen in der Autonomen Schule verschiedene Projekte, hauptsächlich lernen wir Deutsch, aber wir haben auch andere Kurse: Englisch, Französisch, Spanisch und Arabisch, Türkisch, Kurdisch. Wir haben Computerkurse, wir haben Ausstellungen gemacht, Kunstmalerei, politische Ausstellungen. Unsere Ausrichtung ist politisch, egal worum es geht, ob Theater oder sonst was. Wir organisieren auch Demos gegen Rassismus, entweder organisieren wir sie selbst oder wir nehmen Teil, wenn andere Gruppen sie organisieren oder machen das mit ihnen zusammen. Wir hatten auch eine Weile eine Gruppe zum Abschiebegefängnis, die Leute da besuchte. Wir haben auch eine Zeitung, die in der Schule geschrieben wird, die papierlose Zeitung. Und noch ein Detail: Wir sind jetzt in einer legalen Zwischenlösung und zur Zeit keine Hausbesetzer. Und wir sind kein Wohnort.

Wie ist die Situation von Leuten, deren Asylanträge abgelehnt wurden, in der Schweiz? Haben Leute außerhalb des Asylverfahrens ein Recht auf Unterkunft?
Es ist in der Schweiz tatsächlich anders - damit haben auch diese ganzen Proteste 2009 begonnen, weil die abgewiesenen Asylbewerber aus der Sozialhilfe gekippt wurden und es gibt ein sogenanntes Nothilfeprogramm - also die Menschen bekommen dann Unterkunft und ursprünglich mal Mikro - also das ist eine Supermarktkette in der Schweiz- Gutscheine für 8 Franken

50 pro Tag und sind dann in irgendwelchen Zivilschutzanlagen unter der Erde, wo sonst niemand hinkommt, untergebracht. Diese Nothilfeunterkünfte sind auch ein Repressionsinstrument - die sind dann ja registrierte Illegale, also Illegalisierte. Und die Leute, wenn man sie dann abschieben kann, sind jederzeit verfügbar. Das Zweite ist, dass die Polizei dann regelmäßig vor diesen Nothilfezentren mal „zufällig" eine Kontrolle macht, das liest sich im Polizeirapport so wie: „Wir fuhren da lang und die sahen ein bisschen so aus, als könnten die eventuell Illegale sein, deshalb haben wir die kontrolliert" und dann kommen die halt wegen illegalen Aufenthalts in den Knast für drei, vier Monate, wo sie wieder raus gelassen werden und sich sofort des gleichen Vergehens wieder schuldig machen. Eine verstärkte Repressionsmaßnahme ist, dass vor allem junge Männer in die sogenannte Sieben-Tage-Regelung, oder wie sie das auch nennen: die „Dynamisierung", kommen. Das heißt sie werden jede Woche in ein anderes Nothilfezentrum gesteckt, damit da wirklich keine Strukturen aufgebaut werden können.

Macht es einen Unterschied, ob es sich um legale oder illegale Häuser und Orte handelt?

Ich würde mal sagen, dass bei uns die Frage ob besetzt oder nicht besetzt, relativ wenig ausmacht. Wir haben vor der Zwischennutzung, wo wir jetzt sind, drei Jahre in einer besetzten Liegenschaft die Schule gemacht, wo wir große Probleme hatten mit Polizeikontrollen davor, die man dann aber erfolgreich bekämpft hat, indem man einfach die ganze Zeit Demo gemacht hat. Das finden die Polizisten nicht lustig, weil die haben zu viele Überstunden und die müssen dann immer mit einem großen Aufgebot kommen und man hat auf diesem Weg und übers Hintertürchen Gespräche mit der Polizeiführung gehabt und geschaut, dass das gefälligst mal aufhört. Und das hat auch funktioniert.

Jetzt sind wir in der legalen Lösung und das Problem zieht grade wieder an. Wir versuchen auch jetzt eine bisschen breitere Kampagne gegen dieses racial profiling zu machen, weil die sagen: Ja, ob das jetzt eure Schüler oder Kursteilnehmer oder Aktivisten sind, das sehen wir nicht, die sehen ja auch alle gleich aus.

Wir sind ein sehr großes Projekt, etwa 300 Kursteilnehmende pro Tag und es ist ein bisschen speziell, dass mittlerweile auch die Asylbehörden uns entdeckt haben als Gratisschule, die man in den Asylheimen angeben kann; „geht da hin", dann kommen die Leute da zur Schule, dann muss man erst mal erklären, dass wir nicht vom Staat sind und auch kein Geld bekommen für unsere Arbeit. Also wir haben da schon auch Probleme - ich denke, wir machen politische Dinge, aber wir können den Raum noch viel besser nutzen. Vielleicht müssen wir auch wirklich mal politische Kurse anbieten und nicht alles in die Deutschkurse reinpacken. Wir sind schon noch an einem Punkt, das ganze ist ja ein Experiment, es ist jetzt nicht so, dass wir sagen können, wir sind zufrieden mit unserem politischen Gewicht.

Es gibt auch einzelne Aktionen, es sind Leute von der Autonomen Schule aus nach Lampedusa gegangen. Aber es ist sehr schwierig, langsam verkommen wir zu einem Hilfswerk, wenn wir nicht das Politische weiter betreiben. Aber der Ursprung der Schule war ja die Forderung nach Bleiberecht und dann gibt es das alltägliche Problem mit den Abschiebungen; viele Kollegen von uns sind auch in Abschiebehaft gelandet und da organisieren wir natürlich Protestdemos vor den Knästen. Aber es ist sehr sehr schwierig, die Schweizer sind sehr sehr repressiv und effektiv.

Das ist auch ein Problem in der Schule; viele sind keine Aktivisten, die kommen nur um zu essen, um deutsch zu lernen oder um andere Leute zu treffen. Und wenn es Mitkämpfende gibt, das sind dann die, die nicht mehr hier sind, die dann abgeschoben werden, das ist das Problem.

Wir sind ja in einer legalen Zwischennutzung. Zuletzt haben wir im November 2012 ein Haus besetzt, also vor zwei Jahren. Die Politik ist so: sobald man besetzt hat, muss man Kontakt zu dem Besitzer aufnehmen und sobald man ein Banner nach draußen hängt und drauf schreibt: Es ist besetzt, ist es besetzt. Aber wenn lauter ausländisch aussehende oder illegalisierte Menschen anfangen zu besetzen, dann ist es Einbruch, weil... deswegen ist es eigentlich schon gut, dass das am Anfang die Weißen machen. Damals haben wir gesagt, die Sans Papiers sollen nicht kommen, bis das durchgekommen ist, sondern erst später. Sie sind ja dann ausgeliefert. Obwohl - es wäre gut, wenn 300 oder 400 von denen was machen oder von uns, dann wäre es super. Aber ich glaube es ist gut, dass die Aktivist_innen das zuerst machen.

Ich denke wir müssen stärker an unserem politischen Profil arbeiten, an der Selbstorganisation der Geflüchteten. Auf der anderen Seite glaube ich auch, dass der schweizerische Staat sehr geschickt ist, immer gerade soviel zu geben, damit es nicht zur Revolte kommt, wir kennen keine Residenzpflicht, es gibt die Nothilfe, die danach ein wunderbares Kontroll- und Herrschaftsinstrument ist. Ich persönlich bin nicht so optimistisch, dass eine starke, kämpferische Flüchtlingsbewegung im Sinne von Besetzungen, Platzbesetzungen und so entstehen wird, das heißt für mich aber kein Pessimismus in Bezug auf die autonome Schule, weil antirassistische Arbeit hat ganz viele Aspekte wie zum Beispiel mit der Zeitung und andere Dinge.

we are here! Amsterdam

Wir haben 2012 angefangen mit einem Zeltcamp im Park und seitdem 12 Gebäude besetzt, immer von einem zum andern. Und jetzt haben wir gerade 3 Gebäude besetzt. Die Situation ist immer so, dass wir nach ein oder zwei Monaten oder vielleicht nach einem

halben Jahr rausgeschmissen werden und wieder einen neuen Platz besetzen. Wir haben uns das selbst beigebracht, zu Hausbesetzerinnen und Hausbesetzern zu werden, wir haben aber auch Austausch mit verschiedenen Gruppen, die Häuser in Amsterdam besetzen und lernen auch mit denen zusammen rumzufahren und zu gucken: Wo steht gerade was leer, wie kommen wir da rein? Da arbeiten wir zusammen. Wir sind sehr viele in unserer Gruppe und im Moment ist es so, dass 100 Leute an einem Ort sind, 100 an einem anderen Ort und nochmal 50. Wir sind so eine große Gruppe, 250 Leute, dass es ein bisschen mühsam ist, mehrere neue Orte zu suchen.

Wir sind eine Gruppe, die vor allem aus Leuten besteht, die nach dem Recht in den Niederlanden ausreisen müssten, und denen keine Rechte zugesprochen werden, aber wir sehen in unserer Gruppe, dass wir uns diese Rechte nehmen, also dass wir mit Spenden Essen kriegen, dass die Kraken (das heißt auf niederländisch Hausbesetzer_innen) - Bewegung, dass wir mit denen zusammen Häuser besetzen, Demos organisieren, dass wir für unsere Rechte kämpfen und diese auch ganz praktisch nehmen und bekommen. Für mich selber muss ich sagen, wenn ich mir jetzt die Hausbesetzungsbewegung in Amsterdam angucke und die Hausbesetzungsflüchtlingsbewegung, dann gibts da eigentlich keinen Unterschied, wir machen das zusammen.

Wir haben gute Erfahrungen gemacht seit zwei Jahren und inzwischen wissen wir, wie wir uns organisieren, wie wir mit der Regierung umgehen, wie wir Häuser besetzen können usw.. Wir
haben viel Kontakt zu andern Gruppen in Amsterdam und den ganzen Niederlanden, mit denen wir zusammen Aktionen machen. Zum Beispiel geht es um das Abschiebegefängnis, da viele Flüchtlinge in den Niederlanden jetzt auch in Abschiebegefängnissen sind, davon bedroht, abgeschoben zu werden, ohne Rechte. Weil die Situation schwierig ist, brauchen wir viel Solidarität von verschiedenen Gruppen, von anarchistischen Gruppen, von Menschenrechtsgruppen, um zusammen zu kämpfen gegen die starke Regierung in den Niederlanden.

Inwieweit sind die konkreten Orte eher Schutz- oder eher Angriffsorte? Auch vor solchen Situationen, die es ja auch in den Niederlanden geben wird, dass die Polizei Razzien macht vor solchen Orten, wo sie sich sicher sein kann, dass sie Leute mit illegalisiertem Aufenthalt auch antrifft?

In Amsterdam ist es sowohl ein Schutz- als auch ein Wohnort, denn Flüchtlinge können auch auf der Straße aufgegriffen werden, die Straße ist ein gefährlicher Ort - wo können sie einen Platz zum Schlafen und etwas zu Essen finden? In den Niederlanden schickt die Regierung Leute ohne alles auf die Straße, deshalb ist ein solcher Platz so wichtig.

In die von uns besetzten Gebäude kommt die Polizei nicht, um jemanden mitzunehmen. Die Aufenthaltstitel unserer ganzen Gruppe sind eigentlich so, dass sie die Niederlande verlassen müssten, aber zum Glück sind da die Behörden sehr ängstlich gegenüber den Medien und unsere Medienarbeit ist so gut, dass wenn die in ein Gebäude kommen würden mit über 100 Flüchtlingen, wir so ein großes Problem machen würden - das würden die sich nicht trauen. Aber natürlich passiert es, dass sie einfach Leute auf der Straße mitnehmen und sie in diese berühmten niederländischen Abschiebegefängnisse stecken, wo Leute einen Tag bis 18 Monate bleiben. Wir haben aber auch eine Gruppe von Anwält_innen und sind so gut vernetzt, dass wenn so etwas passiert, die Leute besucht werden, beraten werden...

Wir als Gruppe We are here! bekommen viel Solidarität von anarchistischen Gruppen und Gruppen von Besetzer_innen, jetzt haben wir auch Erfahrung und machen es alleine, manchmal zusammen in Solidarität. Ich glaube das ist ein wichtiges Werkzeug für uns, um Druck auf die Regierung auszuüben, weil wir ein Recht auf Unterkunft haben und so besser durchsetzen können. Außerdem bekommen wir so viele Refugees von der Straße weg. Wir wissen gut über den Kampf Bescheid, wir kämpfen gut zusammen und haben auch offen Kontakt zu anarchistischen Gruppen, wir kämpfen auch mit ihnen.

Wir haben jetzt auch von unserer Gruppe die We are here! Academy, die im September wieder startet. Zusammen mit Freiwilligen organisieren wir, dass Leute über Asylrecht, über politische Sachen Kurse belegen können und wir da zusammen lernen. Das ist wichtig, dass das nicht von der Regierung ist, sondern dass wir zusammen mit unseren Unterstützer_innen überlegen, was soll da gelehrt werden und wer weiß über was mehr und wenn jemand über etwas gut Bescheid was, kann das Wissen geteilt werden. Noch kurz zur rechtlichen Situation: das mit dem Besetzen ist seit 2010 auch in den Niederlanden schwieriger geworden und ist nicht mehr so gut legal möglich, aber gleichzeitig haben wir beim Europäischen Menschengerichtshof gewonnen, gegen die Niederlande, dass sie jetzt verpflichtet werden, für Asylsuchende und solche, die eine Ablehnung bekommen haben, Unterkunft und Essen zur Verfügung stellen müssen. Ab November muss das umgesetzt werden, aber wir bleiben sehr, sehr wachsam, ob das passiert und wie das passiert, das bedeutet nicht das Ende für unsere Gruppe. Es ist für uns wichtig, dass wir als Gruppe zusammenbleiben wollen und weiter besetzen wollen, dass wir entscheiden, wo wir wohnen.

Ich habe etwas Erfahrung im Zusammenspiel von der Hausbesetzer_innen Szene und der Geflüchteten Gruppe, vorallem mit Leuten, die keinen Aufenthalt haben. Wenn wir besetzen ist das Ding; wenn ich dahin gehe und die Polizei sieht schon: Ohja, die Person sieht aus, als könnte sie irgendwie geflüchtet sein, dann nehmen die uns sofort fest und bringen uns ins Gefängnis und wenn da jemand ankommt, richtig gekleidet, europäisch szene-mäßig und für die Leute aussieht, als wäre er oder sie europäisch, dann nehmen die die nicht mit. Wenn wir Häuser besetzen, dann haben wir alle Erfahrung damit, wie man diese Häuser aufkriegt,

wie man die von innen verbarrikadiert, das können wir so zu sagen alle selber machen, aber es sind immer Aktivistinnen und Aktivisten mit uns, die so zu sagen zum Schutz außen sind. Also falls wir in das Gebäude reingehen, haben wir immer eine große Gruppe mit uns, die außen das abschirmt. Aus unserer Gruppe gibt es, dadurch, dass wir immer wieder Orte besetzen mittlerweile auch einige, die richtige Besetzungsexpert_innen geworden sind, das heißt wir unterstützen natürlich auch andere Gruppen, die Häuser besetzen. Es ist ja nicht so, dass wir die einzigen wären, die keinen Wohnraum haben, sondern wir helfen natürlich auch studentischen und anderen Gruppen, die Häuser besetzen und untertsützen uns da gegenseitig.

Ich muss ganz ehrlich sagen, nach zwei Jahren in Amsterdam sind die meisten von uns auch sehr müde vom Kämpfen und wir haben ein ähnliches Problem, als dass wir im November aus der Fluchtgarage ausziehen müssen, die wir besetzt halten. Und wir das in Amsterdam machen ist, dass wir jetzt anfangen müssen, Häuser zu suchen und zwar nicht nur eine Möglichkeit, wo wir hingehen können, sondern vier, fünf und die jetzt immer kontrollieren und gucken, wie da eine Besetzung möglich wäre, und an dem Tag, an dem wir aus der Fluchtgarage ausziehen, ziehen wir in ein neues Haus ein. Es passiert auch manchmal, dass man in 24 Stunden ein Haus wieder verlassen muss oder in weniger, deshalb brauchen wir vier oder fünf Möglichkeiten, wenn wir aus der Fluchtgarage ausziehen und aus einem anderen Haus wieder rausgeschmissen werden, dann gehen wir halt in das nächste. Das wichtige ist, sich gut vorzubereiten auf sowas. Das Problem, wenn wir uns nicht zusammenschließen und auf der Straße bleiben, dann werden wir immer müder vom kämpfen. Die Energie, die nötig ist für unseren Kampf bekommen wir nur, wenn wir zusammen losgehen und das machen.

Refugee Protest Camp Vienna

Angefangen hat es bei uns Ende 2012, wo von Dreyskirchen, das ist ein großes Aufnahmezentrum in der Nähe von Wien, Flüchtlinge aus ganz Österreich, sich dort gefunden haben und zusammen nach Wien marschiert sind und dann im Votivpark, genau vor der Votivkirche, ein Camp aufgestellt haben. Das wurde dann von der Polizei geräumt, daraufhin haben sich viele Refugees in die Votivkirche begeben und haben dort Schutz gesucht. Am Anfang hieß es immer: das ist keine Besetzung. Denn sobald du in Österreich von einer Besetzung sprichst, ist es ein Fall für die Polizei. Sie haben da Hilfe gesucht und die ganzen kirchlichen Gemeinden haben dann gesagt: Ja, wir tun was. Dann war ziemlich schnell die Caritas da und hat Versprechungen gemacht, immer wieder. Es gab dort wochenlang Hungerstreiks, getan hat sich nichts, es gab nur immer wieder Versprechungen, nach ein paar Monaten wurde dann das Servitenkloster angeboten, ein ehemaliges Kloster, was leer stand, wo dann einige Refugees untergekommen sind. Das ganze ging bis Ende September letzten Jahres und dann wurden sie auf die Straße gesetzt. Es gab spontan nochmal eine Besetzung der Votivkirche, die aber nach wenigen Stunden von der Polizei geräumt wurde. Dann gings zurück ins Servitenkloster. Ende Oktober wurde für ein paar Tage die Akademie der Bildenden Künste besetzt. Die Akademie ist vielleicht wichtig, weil Ende 2012 hat bei uns ja auch „Uni brennt" angefangen mit der Akademiebesetzung, das heißt, Studierende haben dort die Uni besetzt und genau mit den Leuten wurde gesprochen und versucht gemeinsam eine Lösung zu finden. Auch da musste man dann wieder raus und die Refugees sind auf verschiedene Wohnungen aufgeteilt. Das wichtige für den Protest war, dass man zusammen ist, jeden Tag Plenum hat, das funktioniert einfach nicht ohne die Räumlichkeiten. Dadurch gab es auch viel Streit. Wenn man keinen festen Wohnsitz in Wien hat bekommt man keine Grundversorgung, also 40 Euro die Woche, was notwendig ist zum leben, was viel zu wenig ist, aber wo es dann halt so Einzellösungen gibt: es gibt ganz viele Flüchtlingsheime überall, die viel zu wenig Platz haben, jetzt wird Wien am Montag 600 Flüchtlinge aufnehmen für 4 Monate. Was danach ist, wissen wir nicht.

Und was vielleicht auch ein wichtiger Punkt ist: letzten Sommer wurden 8 Refugees nach Pakistan abgeschoben, einen Tag vorher wurden 10 verhaftet. Seit diesem Jahr im März sind 8 Refugees angeklagt, Mitglieder einer kriminellen Organisation zu sein, die Schleppereien durchgeführt habe. Die Verhaftungen waren kein Zufall, letztes Jahr war Wahlkampf bei uns und die ÖVP, die Konservativen, haben dann gemeinsam mit unserm Innenministerin in den Medien Stunk gemacht, sie hätten jetzt den Zugriff auf eine Schleppermafia, die schwangere Frauen aus den Autos schmeißt. Letztes Jahr gab es diese beiden SoKos, Süd und Nord, die zuständig sind, die Flüchtlingsströme zu kontrollieren und diese Schleppermafia, die es angeblich gibt, zu finden und haben sich dann damit gebrüstet: nach so und so viel Monaten hatten wir schon einen Erfolg. Der Erfolg sieht jetzt halt so aus, dass es 74 Anklagepunkte und etwa 12 000 Polizeiprotokolle gibt. Das heißt, sie haben Monate lang während des Protestes Telefone überwacht, Gespräche, aber auch Verbindungen - und nicht nur von Refugees. Wir sehen an den Protokollen, da gehts um: du hast eine Mitfahrgelegenheit organisiert, du hast im Internet geschaut und da angerufen, das ist alles vermerkt. Wir wussten, dass es die Möglichkeit gibt, überwacht zu werden, das hat in Österreich auch Tradition. Aber wenn man dann vor Gericht sitzt und sich die Telefongespräche immer und immer wieder anhört, dann sieht man: sie haben halt einfach nichts. Also nichts Konkretes, nicht dieses: wir hätten jetzt so und soviel Menschen illegal über die Grenze befördert. Bei uns ist der Paragraf so: wenn du Mitglied einer kriminellen Vereinigung bist, muss halt gegeben sein, dass du das entgeltlich gemacht hast und das ein illegaler Grenzübergang ist. Bei vielen ist es einfach so, man hat die eigene Flucht auch angeklagt - die Richterin sagt immer: „Eigenschleppung". Oder wenn du durch Dublin II ein Ausreisezertifikat hast, wenn du diesen Leuten hilfst, weil sie sowieso raus müssen, auch solche Sachen sind angeklagt.

Wir versuchen durch die Prozess-Support-Ticker jeden

Tag was nach außen zu tragen, wie absurd das ist kann man kaum fassen. Es kommt immer wieder zu Übersetzungsfehlern, die Dolmetscher vor Ort übersetzen auch falsch und allein wie mit den Angeklagten umgegangen wird; sie haben jetzt zum ersten Mal die Chance, zu reden und die Dolmetscher halten es aber gar nicht für nötig, alles zu übersetzen. Sie berichten zum Beispiel, wie sie geflohen sind, das wird abgewürgt, weil darum geht es nicht, sie berichten von der Abschiebepraxis, auch das wird abgewürgt. Bis 4. Dezember haben wir jetzt noch Prozesstermine, vielleicht bei www.prozessreport einfach mal mitlesen und das teilen, weil ich glaube, wir schaffen es nur, wenn wir gemeinsam Öffentlichkeit erzeugen, dass es zu Freisprüchen kommt. Der politische Druck ist da, man will sie kriminalisieren, sie waren teilweise 6 bis 8 Monate in U-Haft dafür und die brauchen den Support. Im Gerichtssaal sind sehr wenige, wir haben in Österreich sehr viele politische Prozesse gerade, also es ist nicht so, dass wir auch andere Dinge tun sollten, aber man merkt halt, der Support der Refugees ist sehr, sehr wenig da. Wenig Aufmerksamkeit, wenig Geld - das ist kein Zufall, dass nur Refugees angeklagt sind und wir Supporter_innen haben genau die selben Sachen gemacht und sind nicht angeklagt.

Die Pizzeria Anarchia war ja bis vor kurzem besetzt, das waren nicht mehr als 9, 10, Besetzer_innen und da kamen dann 1400 Polizist_innen mit Wasserwerfern und Co, das heißt die Repression ist da sehr stark. Was wir gelernt haben bei den gemeinsamen Besetzungen mit den Refugees: es braucht auf jeden Fall Vorarbeit, wenn man so in Häuser geht wie Kirchen, dann ist es immer gut, schon im Vorhinein zu wissen, welche Medien man mitnehmen kann, weil dann erlaubt sich die Polizei nicht, gewaltsam zu räumen. Das skandalisiert dann auch die österreichische Medienlandschaft...

Dadurch, dass wir in der Öffentlichkeit waren, gab es dann auch Leute, die mit uns gemeinsam Häuser gesucht haben, zum Beispiel mit den Refugees. Was wir aber auch bedenken sollten: wir, die einen Aufenthaltsstatus haben, sollten dafür sorgen, dass wir diejenigen sind, die zur Not rausgetragen werden, weil unsere Konsequenzen sind auch nicht so extrem wie die der Refugees. Wir haben uns auch immer rechtlichen rat eingeholt, weil je nach Aufenthaltsstatus ist es natürlich schwierig und auch einen Plan B zu haben - was machen wir, wenn die Besetzung schief geht, sie können ja nicht auf der Straße sein, dass wir so was immer klären: Wer kann wen mit nach Hause nehmen, wo sind Hinterausgänge, dass sie von der Polizei nicht gesehen werden, solche Sachen waren immer ganz wichtig.

Refugee Welcome Center Hamburg

Das Refugee Welcome Center ist am ersten Mai bei einer Demo von Recht auf Stadt hier aus der Taufe gehoben worden, indem spontan das Gebäude in der Leisstraße, eine alte Grundschule, besetzt worden ist. Es wurde für alle zugänglich gemacht, es haben sich auch viele an dem Tag angeschaut, weil auch die Demo dort ihren Endpunkt hatte. Es gab auch an dem Tag gleich mehrere Vollversammlungen, auf denen darüber gesprochen worden ist, was man sich unter einem Refugee Welcome Center vorstellt und wie man das Ganze auch hier in Hamburg durchsetzen möchte. Es kam dann am gleichen Tag auch zu der Räumung, es gab eine Vollversammlung, in der dann beschlossen worden ist, das Gebäude aufrecht zu verlassen und nicht rausgeknüppelt zu werden, weil es eben auch nicht machbar war, das Gebäude in irgendeiner Form durchgängig zu besetzen. Das Refugee Welcome Center Hamburg ist eigentlich auch mehr eine Idee, eine Forderung, die genau da ansetzt: dass es eigentlich keinen richtigen Ort gibt, an dem Flüchtlinge und Unterstützer_innen arbeiten können, das gibt es auch hier in Hamburg nicht. Ein Refugee Welcome Center würde bedeuten, dass Aktivist_innen mit Refugees gemeinsame Punkte ausarbeiten können, wie man mit der Asylpolitik in Deutschland, speziell auch hier in Hamburg, umgeht, und selber Forderungen zu formulieren. Es gab auch weitere Vollversammlungen, auf denen diskutiert wurde, wo auch Leute von Lampedusa in Hamburg dabei waren, über den Sommer war dann ein bißchen Ruhe. [...]

Wir haben hier viel Leerstand in Hamburg und Hausbesetzungen halte ich persönlich für eine Option.
Ich glaube das ist in Deutschland an sich schwer zu realisieren, da noch längerfristig Hausprojekte besetzt aufrecht zu erhalten, da muss man schon wirklich sehr gute Konzepte haben mit sehr viel Unterstützung und Supportern und das ist dann doch immer ein Problem, weil es doch sehr viele unterschiedliche Gruppen auch hier in Hamburg gibt, die alle sehr viel Raum benötigen, um politisch arbeiten zu können und so viele Hausbesetzungen zu realisieren wird einfach schwierig. Von daher - ja, 4 bis 6 Stunden ist zwar nicht lange, aber es ist eine Möglichkeit, darauf aufmerksam zu machen, was wir hier in Hamburg für einen Leerstand haben und auf welche Art und Weise man diesen Leerstand nutzen könnte. Es ist ja nicht so, dass wir diesen Leerstand nur für politische Gruppen nutzen könnten oder für Refugees, wir haben in Hamburg auch ein Mietenproblem, von daher ist es immer gut, darauf aufmerksam zu machen und vor allem: es erhöht den politischen Druck. Und dabei geht es uns auch beim Refugee Welcome Center, diese Thematik immer wieder in den Vordergrund zu holen, den Druck auf die hiesige Politik zu wiederholen, im Kontext auch von den anderen Gruppen, die es gibt, auch diese ganze Lampedusa Gruppe, es gibt ja auch weitere Gruppen, die für Demos auf den Straßen beispielsweise sorgen, und darin sehe ich einfach eine Perspektive; dass wir den Druck Stück für Stück erhöhen, dass wir Öffentlichkeitsarbeit leisten, dass wir mehr Menschen versuchen, dafür zu gewinnen, uns darin zu unterstützen um dann auch so was, was wir hier aus Zürich oder Amsterdam hören, realisieren zu können. Wir haben es ja gehört: wenn wir zum Beispiel

ein Refugee Welcome Center besetzen würden und diesen Besetzt-Status aufrecht erhalten würden, wäre die Situation, dass man auch dringend drumherum Support braucht, damit da nicht Refugees abgegriffen werden bzw, dass in so einem Fall dann auch wirklich Support da ist. Und das muss hier in Hamburg erst etabliert werden.

Für mich ist Hausbesetzung ein Mittel, um den Druck zu erhöhen und kurzfristig Lösungen zu finden, so wie für Lampedusa in Hamburg, die jetzt auch wieder vor dem Problem stehen, diesen Winter wieder auf der Straße zu sein. Aber wie ihr jetzt aus Amsterdam erzählt, ihr seid auch von Räumung bedroht - also es ist eben nicht die langfristige Lösung. Also wenn wir Häuser besetzen müssen wir eben auch gleichzeitig die politische Arbeit leisten, dafür zu sorgen, dass es langfristig auch andere Lösungen gibt, Flüchtlinge auch dementsprechend irgendwie unterzubringen. Das ist auch zeit und Kraft, die investiert werden muss, aber das ist nötig, denn wir werden es nicht langfristig schaffen hier oder anderswo in Europa, über mehrere Jahre solche besetzten Zentren zu erhalten oder immer wieder zu besetzen, um solche Möglichkeiten, solche Orte zu schaffen.

Lampedusa in Hamburg

Wir sind eine Gruppe von Leuten, die alle in Lybien gearbeitet haben und 2011 wurden wir dort vertrieben. Wir sind alle gemeinsam in Italien gelandet und wurden dort irregularisiert, zusammen sind wir dann nach Deutschland, Hamburg, gekommen und haben uns in einer katastrophalen Situation wiedergefunden, wir waren ohne alles. Wir haben uns also organisiert, um für unsere Rechte, unsere Würde, für ein Bleiberecht und ein Recht auf Arbeit zu kämpfen. Wir sind hierher gekommen als unmittelbare Opfer des von den westlichen kapitalistischen Mächten organisierten Krieges in Lybien. Und jetzt erleben wir hier jeden Tag so großen Rassismus. Wir sind 350. Wir haben verschiedene Probleme, weil wir Plätze zum Schlafen brauchen, etwas zu essen, Fahrkarten, alles. Und im Moment haben wir nur dieses kleine Infozelt beim Hauptbahnhof um von dort aus Demos und anderes zu organisieren und brauchen einen Ort, um zusammen zu wohnen und unsere Aktivitäten zu organisieren. Jetzt gerade leben wir mit den Supporter_innen, die ihre Wohnungen, alles, mit uns teilen und uns direkt unterstützen. Das Refugees Welcome-Center ist eine großartige Initiative, wir brauchen wirklich diesen Ort. Wir wissen, dass es schwierig ist, in Hamburg Häuser zu besetzen, aber trotzdem erwarten wir uns viel von diesem Projekt, und dass wir es schaffen können mit Unterstützung aus der Stadt. Der Ort ist sehr wichtig, weil wir zusammen stark sind. Uns fehlt dieser Ort, um gemeinsam unseren Kampf fortzusetzen. Das soll auch kein Platz sein nur für die Gruppe Lampedusa in Hamburg, sondern für alle Geflüchteten hier, um stärker zu werden, gegen dieses System zu kämpfen. Mit den Leuten, mit denen ich beim March of Freedom gekämpft habe wollen wir gemeinsame Strategien um gemeinsam über die Grenzen hinweg für eine Welt zu kämpfen ohne Grenzen. All die Kämpfe sind sehr wichtig. Wir sind zum Beispiel auch nach Calais gegangen, um da die Kämpfe zu unterstützen, wir müssen auch die Kämpfe in Marokko unterstützen, wo die Bedingungen grauenvoll sind, die Flüchtlinge täglich grauenvolle Dinge erleben. Eine Strategie kann nur erfolgreich sein, indem wir die Kämpfe über die Grenzen hinaus tragen. Die Perspektive ist momentan, dass wir auch probieren, internationale Aktionstage zu organisieren, ganz konkrete Aktionen, zum Beispiel am gleichen Tag zur gleichen Uhrzeit in verschiedenen Städten in Europa Demos zu organisieren, denn es ist wichtig zu verstehen, dass das System, das wir bekämpfen ein europäisches System ist, dass Gesetze in Brüssel beschlossen werden und es kann nicht sein, dass wir uns zurückziehen auf lokale Kämpfe, sondern wir müssen dieses System auch international angehen. Vom 12. bis 16. November findet beispielsweise in Rom eine internationale Aktionswoche statt und ich lade alle dazu ein, daran teilzunehmen.

Ich habe keine Erfahrung mit Hausbesetzungen. Aber die allererste Aktion, die wir als Gruppe gemacht haben, war, dass wir als Gruppe nur mit 2 oder 3 Unterstützer_innen in die Bürgerratsversammlung gegangen sind mit einem Transparent. Das war ein sehr kraftvoller Moment, der vielleicht auch die ganze Solidaritätswelle ausgelöst hat. Im Nachhinein denke ich aber, was wir hätten machen sollen, was ich jetzt von anderen Gruppen gelernt habe, ist, dass wir vielleicht von Anfang hätten ein Haus besetzen sollen und uns nicht hätten auf andere Aktionen beschränken sollen.
Es ist momentan sehr, sehr schwer für die Gruppe, hier in Hamburg noch zu überleben, die Situation ist katastrophal, jetzt kommt der nächste Winter, wir sind immer noch auf der Straße und es ist sehr schwer, dadurch, dass die Leute so versprengt sind - 4 Leute hier, 4 Leute da - die Leute dazu zu motivieren, raus zu gehen und einen Ort zu besetzen, irgendwie ist dieser Moment grade gar nicht mehr da. Aber es muss dringend etwas passieren, hoffentlich wird es auf eine Besetzung hinaus laufen, genug ist genug!

Die Leute sind müde von dem langen Kampf, die Bewegung von einem Jahr ist sehr abgeflacht, aber ich hoffe, dass es nochmal ein großes Treffen mit vielen gibt, auch weil der Winter kommt. In ein paar Tagen wird nochmal ein Schlafplatz von 15 Leuten zugemacht und der Winter kommt, es ist einfach eine unglaublich dringende Situation grade.

Es ist nicht so, dass wir mit den gleichen Situationen konfrontiert sind, in den Niederlanden, Deutschland, Österreich... und das macht es auch schwierig. Und wenn Leute lange unterwegs waren, von Lampedusa zum Beispiel, sind sie auch müde, wenn sie ankommen, dass sie nicht sofort bereit sind, größere Anstrengungen auf sich zu nehmen. Darum glaub ich auch, die Regularisierten müssen den Kampf machen!

AB

Diesen und weiter Mittschnitte könnt ihr euch auch anhören: ***www.freie-radios.net/66299***

Schlepper oder Fluchthelfer?

Wie die Bundespolizei Flüchtlinge bekämpft

In Syrien herrscht Krieg. Millionen von Menschen sind auf der Flucht. Deutschland erkennt Flüchtlinge, die ihre Flucht selbst organisieren und Asyl beantragen, zu über 95 Prozent an. Außerdem hat Deutschland zugesagt, 20.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Faktisch sind nur einige Hundert aufgenommen worden, die anderen sind noch in Jordanien, Libanon oder der Türkei, weil die „Aufnahme-Bürokratie" nicht auf Rettung von Menschenleben, sondern die Verwaltung von Anträgen eingerichtet ist. Viele Familien organisieren deshalb die Flucht ihrer Angehörigen nach Deutschland, ohne auf die Einhaltung des Versprechens zu warten.

Die Bundespolizei hat die Aufgabe, die deutschen Grenzen zu schützen, und zwar die Außengrenzen zu den Nachbarländern genauso wie den Einlass über die Flughäfen. Wer aus Syrien kommt und ohne Visum reist, -reist illegal. Die Bundespolizei bemüht sich, durch Kontrollen und weitere Fahndungsmaßnahmen nicht nur diese „illegalen Grenzübertritte" zu verhindern, sondern auch die Hinterleute und „Drahtzieher" aufzuspüren.

Am 19. Oktober 2011 wurden in Brandenburg in der Nähe der Grenze 14 Personen festgenommen. Es waren syrische Flüchtlinge, die ohne Visum morgens zwischen 6 und 7 Uhr in einem LKW über die Grenze gebracht wurden, der LKW-Fahrer war schon weg, als die Bundespolizei den LKW umstellte. In der Nähe wurden neun andere Syrer und (eingebürgerte) Deutsche festgestellt, die die Flüchtlinge mit ihrem PKW abholen wollten. Die Abholer kamen aus Bayern, Nord-rhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt. Die „unerlaubt Eingereisten" waren zwischen 15 und 45 Jahre alt, männlich, alle sollten in Syrien zu Assads Armee eingezogen werden und sind deshalb geflohen.

Die Bundespolizei weiß durch die Abholer, dass es sich um eine organisierte Flucht handelt. Hier lebende Verwandte der Flüchtlinge wussten, an welcher Stelle und wann die Flüchtlinge über die Grenze kommen. Es wurde festgestellt, dass sie drei Tage vorher von der Türkei nach Bulgarien gekommen waren. Durch „Imsi-Catcher" bekam die Bundespolizei alle Telefonnummern, über die im fraglichen Zeitraum in der Gegend mobil telefoniert worden war, zum Teil mit polnischer oder türkischer Mobiltelefon-Vorwahl.

Die 14 Flüchtlinge beantragten Asyl und wurden anerkannt. Aber gegen die Abholer wurden Strafverfahren eingeleitet, und in der Folge beantragte und bekam die Bundespolizei eine Reihe von Abhör-Erlaubnissen für Mobilfunk-Telefonnummern. Die führten zu Syrern in Griechenland und Frankreich, zu Syrern und (eingebürgerten) Deutschen in Deutschland.

Fast zwei Jahre später, am 29. Januar 2013 werden in 37 Orten in Deutschland Wohnungen durchsucht und Verdächtige festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, seit Kriegbeginn 270 Flüchtlinge nach Deutschland „geschleust" zu haben. Die hier lebenden Familien hätten zwischen 4.500 und 17.000 Euro pro Schleusung bezahlt, die höheren Summen betrafen Familien mit Kindern. Die Schleuser hätten, so die Bundespolizei, mehrere Hunderttausend Euro daran verdient. Um einen Punkt vorweg zu nehmen: Diesen Vorwurf nahm die Bundespolizei in der späteren Hauptverhandlung zurück, insgesamt sind vielleicht 4.000 Euro an den 270 Schleusungen verdient worden.

Der Journalist Stefan Buchen zeichnet in diesem Buch das Ermittlungsverfahren „Cash" der Bundespolizei akribisch nach. Die Bundespolizei unterstellt den „Schleppern" Gewinnabsicht, obwohl alle Flüchtlinge Familienmitglieder sind oder aus dem gleichen Dorf kommen. Die Bundespolizei unterstellt den Flüchtlinge „Illegalität", obwohl alle 270 Flüchtlinge, ohne Ausnahme alle 270, in Deutschland als Flüchtlinge anerkannt worden sind. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention kann der Grenzübertritt der Flüchtlinge also nicht illegal sein. Die Beihilfe dazu, so die Bundespolizei, ist sehr wohl illegal, in Deutschland verboten.

Die gute Nachricht: Auch in der Bundespolizei gibt es einen Menschen. Dieser hat der Panorama-Redaktion (NDR), für die der Autor arbeitet, anonym die gesamte Ermittlungsakte kopiert. Sie enthält tausende von Seiten abgehörter Telefonate, alle im Wortlaut oder als Zusammenfassung ins Deutsche übersetzt. Der Autor hatte so Gelegenheit, mit den Flüchtlinge (die alle mit Namen und Adresse in der Ermittlungsakte stehen) genauso zu sprechen wie mit den Angeklagten und auch den ÜbersetzerInnen und DolmetscherInnen, die beim Abhören geholfen haben. Er hat mit Bundespolizisten, Staatsanwälten, Verteidigern und Richtern gesprochen, wobei nicht alle mit ihm gesprochen haben, viele Fragen blieben auch unbeantwortet.

„Die Flüchtlinge haben sich an mich gewandt, weil sie aus dem gleichen Ort in Syrien kamen, wie ich. Man kennt sich seit Generationen. Die Flüchtlinge aus meiner Heimatregion haben meine Familie nach meiner Telefonnummer gefragt. Sie haben mich um Hilfe gebeten, wie hätte ich die Hilfe verweigern können?"

fragt sich Hame Darwish, der in Athen lebte, dort festgenommen und an Deutschland ausgeliefert wurde. Vor Gericht erklärte er, dass er für seine Landsleute Wohnungen, falsche Pässe und Flugtickets beschaffte und dafür auch Geld entgegennahm. Er wurde dafür zu drei Jahren Haft verurteilt.

Der Hauptbeschuldigte ist ein Deutscher, Ingenieur in einer großen Firma, der selbst vor langer Zeit als Ausländer nach Deutschland gekommen ist. Er hatte es für viele Familien übernommen, das Geld für die Flucht von Deutschland nach Griechenland, in die Türkei oder nach Syrien zu bringen. Dabei hatte er sich in den letzten Jahrzehnten einen Ruf aufgebaut, besonders zuverlässig zu sein. So gab er den Fluchthelfern in Syrien und der Türkei Nachricht, wenn er das Geld erhalten hatte, überwies es aber erst, wenn die Flüchtlinge selbst wohlbehalten in Deutschland angekommen sind, fungierte also als Treuhänder. In der Anklage wurde ihm vorgeworfen, das Leben der „Geschleusten" gefährdet zu haben, und zwar aus Gewinnsucht. Auch in Presseerklärungen der Bundespolizei und der Staatsanwaltschaft wurde mehrfach darauf verwiesen, dass die Flucht für die Flüchtlinge gefährlich wäre und die „Schlepper" dafür verantwortlich seien. Wie gefährlich die Entscheidung gewesen wäre, nicht aus Syrien zu fliehen - darauf wollten weder Bundespolizei noch Staatsanwaltschaft antworten.

Der Vorwurf der „Gewinnabsicht" wurde später von der Staatsanwaltschaft fallen gelassen, da die Angeklagten nur wenige Prozent der pauschal bezahlten Beträge behalten hatten, die in der Summe wohl geringer waren als die Kosten. Der Vorwurf des „Einschleusens" wurde allerdings vor Gericht verhandelt, alle Angeklagten wurden zu Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt. Dass die Fluchthelfer die Verwandten, Brüder, Schwestern, Onkel und Tanten der Flüchtlinge waren, wurde zwar berücksichtigt, sollte aber ausdrücklich nicht zur Begründung einer Straffreiheit dienen. Ein Zeuge, der Geld an einen Angeklagten gezahlt hat, bedankt sich im Gericht für die sichere Ankunft seines Verwandten in Deutschland. Ein anderer Zeuge erklärt, er werde nach der Zeugenaussage jetzt auch die Flucht seines Vaters organisieren.

Am Schluss sitzen Angeklagte aus Griechenland, Polen, Frankreich und Deutschland auf der Anklagebank. Ihnen wird vorgeworfen, Geld bewegt zu haben, Flüchtlinge betreut zu haben, Flüchtlinge transportiert zu haben, Papiere gefälscht oder verfälscht zu haben, Flüge gebucht zu haben. Alles wird durch abgehörte Telefonanrufe, aber auch Aussagen von Flüchtlinge oder ihren hier lebenden Familienangehörigen, den Angeklagten belegt. Mehrere Angeklagte erzählen offen, was sie getan haben, damit Eltern und Geschwister, Nichten und Neffen nach Deutschland kommen. Einige sagen, auch wenn sie dafür bestraft würden, sie würden es selbstverständlich immer wieder tun. Denn Bruder oder Schwester im Krieg sterben zu lassen, nur weil Deutschland außer einem Protestbrief an den Innenminister alle weitere Hilfe unter Strafe stellt, kommt für niemanden in Frage.

Die „Bande", die sie gebildet haben und die Grundlage der Anklage ist, kommt erst im Gefängnis zustande. Sie haben zwar den gleichen Flüchtlingen geholfen, der eine von Syrien bis Griechenland, der nächste von Griechenland nach Frankreich, der nächste von Frankreich nach Deutschland, der letzte schließlich in Deutschland, kannten sich vorher nicht. Erst im Gefängnis lernen sie sich kennen, und gemeinsam stehen sie schließlich vor Gericht. Sie stammen aus der gleichen Stadt in Syrien, wo sie allerdings keinen Kontakt hatten, da sie zu sehr unterschiedlichen Zeiten in unterschiedliche Länder ausgewandert oder geflohen sind. Nur die beiden angeklagten Taxifahrer, die Flüchtlinge vom Pariser Flughafen zum normalen Fahrpreis, aber ohne Visum nach Deutschland gefahren haben, kennen sich aus Paris.

> ***„Hame Darwish hat mich und die anderen Flüchtlinge sehr gut behandelt. Wenn einer krank wurde, hat er ihn zum Arzt gebracht. Er hat uns nicht verhungern oder verdursten lassen. Er hat uns ein Dach über dem Kopf besorgt. Schleuser würde ich das nicht nennen, eher Helfer.“***
>
> sagt der 17-jährige Abdel Hanan, der monatelang vergeblich versuchte, legal zu seinem Onkel ins niedersächsische Steinfeld zu kommen und dann von den Verurteilten „geschleust“ wurde.

Gegen den Angeklagten Syrer aus Griechenland beantragt die Staatsanwaltschaft zwei Jahre und vier Monate Haft. Er habe zumindest an einem der 270 „Fälle" rund 300 Euro verdient, zumindest Kosten in dieser Höhe nicht nachgewiesen. Im Schlussplädoyer sagt der Staatsanwalt aber auch, er habe in Griechenland die Flüchtlinge betreut, ihnen geholfen und sie versorgt. Das Gericht verhängt drei Jahre Gefängnis. Begründet wird das mit der „abstrakten Gefahr" bei der Überquerung von Flüssen und anderen Grenzen, der zwar kein Flüchtling in diesem Verfahren ausgesetzt war (sie sind allesamt in Griechenland in ein Flugzeug gesetzt worden), es sei aber eine Begleiterscheinung des Schleusens an sich. Außerdem habe sich der Angeklagte öffentlich als humanitärer Helfer dargestellt, für das „Panorama"-Interview im Gefängnis gibt es also einen Zuschlag. Der deutsche Hauptangeklagte bekommt eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren auf Bewährung und soll 110.000 Euro Strafe bezahlen, davon 30.000 an den Staat, den Rest an Hilfsorganisationen für Flüchtlinge. Die Fahrer bekommen etwas über zwei Jahre Haft, die sie absitzen müssen. Der Prozess endet vorläufig im Dezember 2013, allerdings will die Staatsanwaltschaft noch weitere Schleusungen anklagen.

Das Buch erzählt ein Stück deutsche Wirklichkeit. Wer im Fernsehen Innenminister und andere hört, die beklagen, die Nachbarländer Deutschlands würden viel zu wenige Flüchtlinge aufnehmen, während nur Deutschland ein größeres Kontingent zugesagt habe, sollte dies Buch zum Vergleich lesen. Man erfährt mehr über das Land, in dem wir leben.

Reinhard Pohl

„Die neuen Staatsfeinde - Wie die Helfer syrischer Kriegsflüchtlinge in Deutschland kriminalisiert werden“ von Stefan Buchen; Dietz-Verlag, Bonn
ISBN 9783801204518

Gedenken an Opfer des Rassismus

Am Samstag dem 23. August 2014, wurde in der Halskestraße 72 in Billwerder-Moorfleet (Hamburg) eine Gedenktafel aufgestellt. Im Rahmen einer Kundgebung erinnerten antirassistische und antifaschistische Gruppen an Anh Lân Dô und Ngoc Chau Nguyên, Opfer eines rassistischen Brandanschlages vor 34 Jahren.

Im Folgenden der Wortlaut der Tafel:
„Zum Gedenken an Ngoc Chau Nguyên und Anh Lân Dô, Opfer eines rassistischen Brandanschlages am 22. August 1980 auf das damalige Flüchtlingsheim in der Halskestraße.

In der Nacht vom 21. auf den 22. August 1980 verübten Mitglieder der terroristischen Neonazigruppe „Deutsche Aktionsgruppen" einen Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft, die sich damals hier in der Halskestraße 72 befand. Zu diesem Zeitpunkt waren in der Unterkunft ca. 240 Menschen untergebracht. Die Brandsätze trafen das Zimmer von Ngoc Chau Nguyên und Anh Lân Dô. Ngoc Chau Nguyên starb am Morgen nach dem Anschlag. Neun Tage später starb auch Anh Lân Dô an seinen schweren Brandverletzungen.

34 Jahre lang erinnerte nichts an diesem Ort an den Anschlag und die Ermordeten. Diese Tafel wurde im Rahmen einer Gedenkveranstaltung am 23. August 2014 aufgestellt. Sie steht für die Forderung nach einem würdigen Gedenken.

>>Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen. Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd. << (Christa Wolf)"

Neben Fotos sind auf der Tafel auch die Lebensdaten der beiden Ermordeten dokumentiert:

„Ngoc Chau Nguyên
geb. 26.7.1958
gest. 22.8.1980
Lehrer, geboren in Saigon, kam im April 1980 mit der Cap Anamur nach Hamburg.

Anh Lân Dô
geb. 10.3.1962
gest. 31.8.1980
Schüler, geboren in Cholon/Saigon, kam im Rahmen einer humanitären Hilfsaktion nach Hamburg."

Circa 60 Menschen nahmen an der Kundgebung teil. Es sprach zunächst ein Vertreter der Veranstaltungsgruppe und erläuterte die Gründe für heutige Veranstaltung in der Halskestraße:

„Die Idee zu dieser Gedenkkundgebung entwickelte sich aus der Veranstaltungsreihe: „Vom rassistischen Normalzustand zum Nationalsozialistischen Untergrund" heraus, die im September letzten Jahres startete und mittlerweile fast 20 Veranstaltungen rund um den Themenkomplex NSU hervorgebracht hat. Dabei entstand in der Vorbereitungsgruppe eine Dynamik, die uns von den eher überblicksartigen Veranstaltungen am Anfang später zu detaillierteren Fragestellungen führte und schließlich immer mehr die Frage des öffentlichen Gedenkens in den Blick nahm. … In Hamburg wurde häufig so getan, als wäre der Mord an Süleyman Taşköprü der erste rassistisch motivierte und von Nazis verübte Mord gewesen. In dem Bemühen, dieser Darstellung etwas entgegenzusetzen, stießen wir schließlich auch wieder auf den Anschlag hier in der Halskestraße. Die Überzeugung von der Notwendigkeit, diesem Ort seine Geschichte wieder vor Augen zu führen, das Verbrechen sichtbar zu machen und an die Opfer zu erinnern, wuchs sehr schnell."

Der freie Journalist Frank Keil, der mit seinem Artikel in der Zeit, „Der blanke Hass", die tragische Geschichte von Anh Lân Dô und Ngoc Chau Nguyên wieder ins Jetzt gerückt hat, sprach ebenfalls.
Im nächsten Redebeitrag erinnerte eine der Initiator_innen an weitere 6 Anschläge der terroristischen Neonazigruppe „Deutsche Aktionsgruppen" um Manfred Roeder, unter anderem an den Bombenanschlag auf die Schule am Bullenhuser Damm am 27.4.1980.

Ein damaliger Bewohner des Flüchtlingswohnheimes sprach in einer kurzen Rede über die Unmöglichkeit, das Erlebte zu vergessen. Zum Abschluss der Kundgebung führte er die Teilnehmer_innen auf die Rückseite des heutigen Hotels und zeigte ihnen das Fenster, in das in der Nacht auf den 22.8.1980 die Brandsätze geschleudert wurden.

Zuvor waren von den Versammelten an der aus Anlass des 34. Jahrestages des Anschlages aufgestellten Gedenktafel Blumen niedergelegt worden

Ünal Zeran, ein Vertreter der Ramazan Avcı-Initiative, erinnerte in seinem Redebeitrag an eine Reihe weiterer Todesopfer des Rassismus in Hamburg und Norddeutschland und daran, dass das Erinnern an sie erkämpft werden muss. Er bekräftigte die Forderung nach einem dauerhaften und würdigen Gedenken an diesem Ort mit folgenden Sätzen:

„Wir wollen unsere Geschichte selbst bestimmen. Wir wollen keine institutionelle Erinnerungskultur etablieren, die jegliche Verantwortung von sich weist. Wir werden staatliche Institutionen nicht aus der Verantwortung für die Geschichte entlassen. Erinnern kann nur gemeinsam mit den Opfern rassistischer Taten und deren Familienangehörigen gelingen.

Heute bekunden wir noch einmal unsere Solidarität mit den Familien und Angehörigen aller ermordeten Migrant_innen und Opfern von Rassismus und Neofaschismus. Als erster sichtbarer Schritt ist die Gedenktafel anzusehen."

Veranstaltungsgruppe „Vom rassistischen Normalzustand zum Nationalsozialistischen Untergrund"

Ferguson: Mike Brown & die Riots gegen den Rassismus des 21. Jahrhunderts

Rassistische Spannungen in Missouri

Die rassistischen Spannung und Trennung sind konstant in der Geschichte Missouris. 1820 wurde der Missouri-Kompromiss verabschiedet, der Missouri als Sklavenstaat anerkannte, um das „Gleichgewicht der Macht" zwischen Sklaven- und freien Staaten im Kongress zu bewahren. St. Louis war eines der Haupt-Auktions-Zentren, wo Geschäftsleute und Einzelpersonen Sklaven kaufen und leihen konnten.

Im frühen 20. Jahrhundert stieg, aufgrund seines Industriezentrums und dem Reiz von Fabrikjobs die Afrikanisch-Amerikanische Immigration nach St. Louis an. Es kam zu Ressentiments und Spannungen von Weißen gegen die schwarzen Migrant_innen. Schließlich kochten die Spannungen im Sommer 1917 über, als weiße Mobs begannen, Feuer in den Häusern der schwarzen Siedlungen zu legen.

Ressentiments gegen Afroamerikaner_innen blieben über das Jahrhundert hinweg bestehen. Grundstücksmakler_innen und Stadtoberhäupter wirkten zusammen um Schwarze aus den Vorstädten fernzuhalten. Dies wurde durch Bebauungsverordnungen und restriktive Vereinbarungen erreicht. Diejenigen, die es schafften, sich in ein weißes Viertel einzukaufen, wurden mit Feindseligkeit empfangen. Später in diesem Jahrzehnt begannen diese Barrieren zu fallen und die Weißen zogen sogar noch weiter hinaus, wodurch das entstand, was als „weiße Flucht" bekannt ist. Zusätzlich dazu sind diese Gegenden bekannt als Rostgürtel, in dem der Rückgang der Industrie verarmte Viertel, unterfinanzierte Schulen und eine sich überall verringernde Lebendigkeit zurückließ.

In Ferguson kann man eine weiße Flucht in den 90ern erkennen, als die Stadt zu 73.8 % weiß und zu 25,1 % afroamerikanisch war. Um 2010 veränderten sich diese Zahlen und die Stadt war zu 29,3 % weiß, zu 67,4 % Afroamerikanisch. Das einzige hinsichtlich dessen, was sich in Ferguson nicht änderte, war, dass die Machtpositionen weitestgehend von Weißen besetzt blieben. Das mehrheitlich schwarze Ferguson hat eine sichtbare nur weiße Machtstruktur: einen weißen Bürgermeister, eine Schulbehörde mit sechs weißen Mitgliedern und einem Hispanischen, die kürzlich einen hoch anerkannten jungen schwarzen Schulleiter suspendierte; ein Stadtrat mit nur einem schwarzen Mitglied; und eine zu 6% schwarze Polizei.

Dies findet sein Echo in der Anzahl der Belästigungen und unfairen Behandlung, die den Bewohner_innen von Ferguson widerfährt. Im vergangen Jahr waren von 86% der Stopps durch die Polizei, von 92% der Durchsuchungen und von 93% der Festnahmen in Ferguson Schwarze betroffen – trotz der Tatsache, dass Polizist_innen mit viel geringerer Wahrscheinlichkeit Schmuggelware bei schwarzen Fahrer_innen fanden (22% im Vergleich zu 34% Prozent bei weißen Fahrer_innen). Das Endergebnis in Ferguson ist ein Beispiel wild gewordener weißer Macht.

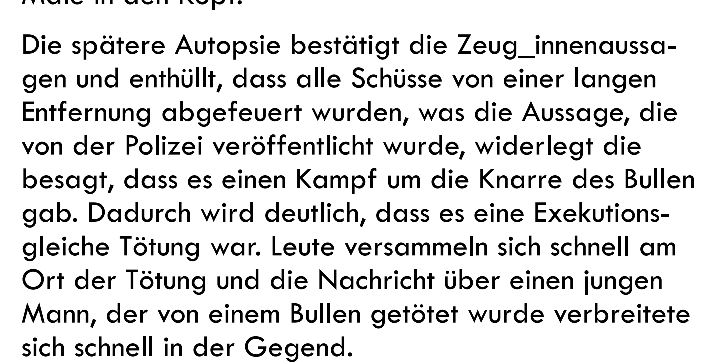
Michael Brown machte seinen Abschluss in einem nicht anerkannten Schulbezirk, der kurz bevor er getötet wurde, abgeschafft wurde. Ihm und seinen Mitschüler_innen – besonders die Streber_innen, die in einen besseren Schulbezirk wechseln wollten – wurde gesagt, dass bestimmte Bezirke in der Region sie nicht wollten. Es ist also keine Überraschung, dass der Mord an Mike Brown das Ventil für die Ungerechtigkeiten und den Missbrauch, die durch Handlungen von Polizeibrutalität erlitten wurden, war. Viele berichten von ihren Erfahrungen mit Polizeigewalt, die sie nun seit einiger Zeit erlitten haben. James Williams erlebte als 10 Jähriger den Tod seiner Mutter, als sie während einer Drogenrazzia von der Polizei erschossen wurde, da sie ein „leuchtendes Objekt" schwang. Der Staatsanwalt Robert P. Mc Culloch des St. Louis Bezirks lehnte ab, den Bullen anzuklagen, der seine Mutter erschossen hatte. Es ist derselbe Staatsanwalt, der für den Prozess wegen der Erschießung Mike Browns zuständig ist. Ein weiteres Beispiel brutaler Gewalt kann im Verprügeln des unschuldigen Henry Davis gesehen werden, der für jemand anders gehalten und festgenommen wurde, brutal geschlagen und dann verurteilt für die Zerstörung von Eigentum für das „Bluten auf Polizeiuniformen". Die frühere Polizistin aus Ferguson, Missouri, Kim Tihen, die an diesen Misshandlungen beteiligt war, ist jetzt Teil des Stadtrats, in dem sie die fünfte Weiße von 6 ist (einer ist Latino).

Die Erschießung von Michael Brown

Das Narrativ der aktuellen Erschießung ist ein Kampffeld, auf dem der Gewinner die Geschichte definieren und das Ereignis, seine Konsequenzen und seine tieferen Wurzeln legitimieren oder delegitimieren kann. Da die Tötung von mehreren Nachbar_innen beobachtet wurde, basiert die folgende Beschreibung auf ihren Berichten ebenso wie auf den Ergebnissen der Autopsie.

Am Mittag des 9. Augusts 2014, Samstag, gingen der 18-jährige schwarze Michael Brown und sein Freund Dorian Johnson auf dem Nachhauseweg vom Lebensmittelladen eine Straße in ihrem Viertel entlang. Hinter ihnen fuhr der weiße Polizist Darren Wilson in seinem Auto und sagte den beiden jungen Männern, sie sollten die Straße verlassen und den Gehweg benutzen. Er

fährt weiter, aber als er bermekt, dass die beiden seinem Befehl nicht folgen und weiter auf der Straße gehen, dreht er um. Er hält sein Auto direkt neben ihnen an und als er rausspringen will, schlägt die Tür zurück, weil sie aufgrund des geringen Abstandes zwischen Brown und dem Auto gegen diesen geschlagen ist. Wilson packt Brown durch das Fenster und fängt an ihn zu würgen und als Brown versucht, sich aus seinem Griff zu befreien, gibt der Bulle einen Schuss ab. In den Sekunden der Verwirrung rennen die beiden jungen Männer los, während Wilson aus seinem Auto steigt und auf Michael Brown zielt. Er dreht sich um, nimmt seine Hände hoch und sagt „Nicht schießen" - aber der Bulle tut genau das. Mindestens 6 Kugeln treffen Michael Brown, die ersten vier in den rechten Arm und die Schulter. Zeug_innen sagen, dass Brown in diesem Moment in die Knie ging, niedergebeugt und und aufgebend, noch am Leben. Wilson schießt ihn zwei weitere Male in den Kopf.



Die spätere Autopsie bestätigt die Zeug_innenaussagen und enthüllt, dass alle Schüsse von einer langen Entfernung abgefeuert wurden, was die Aussage, die von der Polizei veröffentlicht wurde, widerlegt die besagt, dass es einen Kampf um die Knarre des Bullen gab. Dadurch wird deutlich, dass es eine Exekutionsgleiche Tötung war. Leute versammeln sich schnell am Ort der Tötung und die Nachricht über einen jungen Mann, der von einem Bullen getötet wurde verbreitete sich schnell in der Gegend.

Chronik der Ereignisse

Sonntag, 10. August

Menschen aus der Nachbarschaft legen Rosen nieder an dem Ort, an dem Michael Brown getötet wurde und gehen gemeinsam zur örtlichen Polizeistation, um eine offizielle Stellungnahme bezüglich des Vorfalls und den Name des Mörders zu fordern. Dies wird verwehrt und Polizeireihen versuchen, die Leute zurückzudrängen. Abends gibt es eine Mahnwache mit vielen Kerzen vor dem Häuserblock, in dem Michael Brown lebte. ca 1500 Leuten ziehen anschließend Slogans rufend durch die Gegend. Die Bullen vor Ort sind gestresst, es ist offensichtlich, dass sie nie zuvor mit einer solchen Demo umgehen mussten. Während der ersten Stunde des Protests versuchen die meisten Leute, die Konfrontation mit den Bullen zu vermeiden, aus der Angst heraus, ebenso erschossen zu werden. Aber als Bullenketten versuchen, die Demo zu stoppen, geraten die Leute außer sich und fangen an, Flaschen auf sie zu werfen. Die Bullen fordern Verstärkung an, die dann auch angehalten und angegriffen wird, mehrere der Fenster der Bullenautos zerbrechen, Applaus und Jubeln ist zu hören. In diesem Moment haben die meisten Leute die Angst, erschossen zu werden, verloren. Es sind nicht nur junge Männer, die die Polizei angreifen, Geschlecht und Alter variieren.

An diesem Punkt wird offensichtlich, dass die Gegend nun den Demonstrant_innen gehört. Obwohl es Uneinigkeiten unter ihnen bezüglich der Strategien und dem Level an Gewalt gegenüber der Polizei gibt, gehen die Leute respektvoll miteinander um und betrachten sich gegenseitig als Gefährt_innen in einem Kampf gegen rassistische Polizeigewalt. Mit dem Anbruch der Nacht, beginnen die Leute zu plündern und die QuickTrip-Tankstelle niederzubrennen, von der gesagt wird, dass von hier aus die Bullen gegen Michael Brown gerufen wurden. Von nun an werden die Ruinen der Treffpunkt für die Rebellierenden, für ihre Kommunikation und Diskussionen. Mehrere andere Geschäfte werden ebenfalls geplündert.

Während der ersten Nacht gehört die Gegend komplett den Leuten, zurückerobert von einem Riot vollen Ausmaßes. Die Bullen versuchen, die Autorität wieder zu etablieren, indem sie wahllos Leute angreifen.

Es wird gesagt, dass die ersten Plünderungen zugelassen wurden, weil die Menge ihnen sonst die Rechnung dafür gegeben hätte, und sie nicht die Kapazitäten hatten, sie zu kontrollieren. Erst als die Demonstrant_innen den Wal-Mart erreichen, begannen sie, sich Sorgen zu machen, weil sie wussten, dass es eine Waffen- und Artillerie-Abteilung gab.

Montag, 11. August

Die Eltern von Michael Brown halten die erste Pressekonferenz ab. Die Demonstrationen gehen während dem Tag weiter, die Straßen sind entweder durch die Rebellierenden oder die Bullen blockiert. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die Leute mit der lokalen Polizei ohne Riot-Ausrüstung konfrontiert, dann wird die neu ausgerüstete lokale Riot-Polizei reingeschickt. In der Nacht intensivieren sich die Zusammenstöße, die Bullen verstärken den Tränengasbeschuss, Gummi- und Holzgeschosse werden auf Alle, die auf der Straße sind, abgefeuert. Die Gegend sieht langsam aus wie ein besetztes Kriegsgebiet.

Dienstag, 12. August

Ähnliche Szenen wie am vorigen Tag, die Situation verschärft sich, als im Laufe des Tages Zusammenstöße ausbrechen.

Mittwoch, 13. August

Der Aufruhr geht weiter, Soli-Aktionen und Erklärungen werden durch die sozialen Medien verbreitet. In der Zwischenzeit fängt die Polizei an, Journalist_innen festzunehmen und anzugreifen, um sie aus der Gegend weg zu bekommen. Ein Al-Jazeera-Kamera-Team wird mit Tränengas beschossen, als es versucht, einen Livestream zu installieren.

Donnerstag, 14. August

Die Hacker_innen-Gruppe Anonymous droht, die Identität und Informationen über den Bullen, den sie

für den Mörder Michael Browns halten, zu veröffentlichen. Der Gouverneur verändert die Polizeistrategie und setzt den Highway Streifenpolizisten Ron Johnson als Verantwortlichen für den Polizeieinsatz ein. Das ist ein billiger Versuch, das Bild einer hochgradig militarisierten und aggressiven Polizei zu mindern. Immer mehr Leute sind außer sich, Solidarität verbreitet sich weiter und die Menschen leisten weiter Widerstand, eine wachsende Zahl von Menschen übernehmen militante Strategien sich gegen die vergrößerte staatliche Besetzung zu wehren. Der Staat benötigt eine Deeskalation und eine Befriedung der Situation.

Ron Johnson ist ein schwarzer Bulle und wuchs selbst in Ferguson auf. Unter seiner Führung wird der Polizei befohlen, aufzuhören, Tränengas und Gummigeschosse zu benutzen, die militarisierte Polizei wird von den Demonstrationen abgezogen und wartet außer Sichtweite, während die reguläre Polizei in kleinerer Anzahl das Geschehen überwacht. Als Teil einer Image Kampagne, lässt sich Johnson fotografieren, wie er an einer friedlichen Demonstration teilnimmt und einen Community Aktivisten umarmt. Das Deeskalationskonzept scheint für diesen Tag und diese Nacht zu funktionieren.

Freitag, 15. August

Fergusons Polizeichef veröffentlicht den Name von Michael Browns Mörder: Darren Wilson. Wahrscheinlich ist dies auf den wachsenden Druck der Anonymous Aktion und die Wut auf den Straßen zurückzuführen.. Aber auch Präsident Obama hatte zuvor „mehr Transparenz“ gefordert. Definitiv ist Wilson das Bauernopfer in dieser fortschreitenden Befriedigungsstrategie. Allerdings ohne große Risiken, weil er den Staat bereits zusammen mit seiner Familie und ohne irgendwelche rechtlichen Anklagen verlassen hat.

Auf der selben Pressekonferenz, ziehen die Bullen eine Hetzkampagne gegen Michael Brown auf, indem sie ihn beschuldigen, kurz vor seinem Tod einen Laden ausgeraubt zu haben. Einige Menschen, sichtlich erleichtert, nehmen diese Geschichte auf, um die anhaltenden Proteste und Riots zu delegitimieren und Brown als Kriminellen darzustellen. Andere sind wütend über diese respektlose Hetzkampagne. Browns Eltern beschuldigen die Polizei, dass sie nicht nur das Leben ihres Sohnes, sondern auch sein Bild zerstört haben. Einige sagen, dass Michael Brown unschuldig und eine schüchterne und häusliche Person war. Und einige Community Anführer_innen und Aktivist_innen aus der Nachbarschaft, sagen nicht so viel in der Öffentlichkeit, sondern handeln: in der Nacht brechen erneut Riots aus. Die Leute plündern ein weiteres Mal und unter den kollektivierten Läden befindet sich der, von dem behauptet wird, dass Michael Brown dort gestohlen hatte.

Samstag, 16. August

Am frühen Morgen ist sowohl die Ruhe als auch das Polizei-Deeskalationskonzept von Donnerstag verschwunden. Im Laufe des Wochenendes steigt die Zahl der Unruhen und wieder wird die Riot Polizei eingesetzt, die die Rebellierenden mit Tränengas und Gummigeschossen angreift. Der Gouverneur ruft den Ausnahmezustand aus und kündigt eine Ausgangssperre für die Nacht an. Die Leute widersetzen sich dieser massiv. Eine Gruppe von 150 vorwiegend jungen Militanten baut Barrikaden. Sie ist vorbereitet auf eine Konfrontation mit der Polizei, bewaffnet mit Flaschen, Steinen, Molotovs und Knarren („Keine Gerechtigkeit – Keine Ausgangssperre“, „Wir sind bereit“).

Sonntag, 17. August

Eine große Menschenmenge versucht, zum Kommandozentrum der Polizei zu kommen, das außerhalb des Viertels neben einem Parkhaus liegt. Die Bullen schlagen die Menge mit großer Gewalt zurück. Die Plünderungen gehen weiter. Es gibt Schüsse auf eine Bullenwanne und Bullen werden von einem Dach aus mit Steinen und Molotovs angegriffen. Die Militanten scheinen sich weiter zu organisieren und ihre Pläne zu schmieden. Die Polizeikräfte als staatliche Okkupanten zu begreifen ist sehr etabliert im Viertel und Menschen versuchen, die Polizei daran zu hindern, die Straßen zu betreten und kämpfen, um sie zu verjagen. Die Bullen greifen aggressiv Personen an, sind aber zu ängstlich, um einzeln in den Straßen rumzustehen. Wannen von SWAT-Teams rasen durch die Straßen und jagen Menschen. Ein Rebellierender wird ins Bein geschossen, als eine Wanne vorbeifährt. Es wird gesagt, dass dies die gewaltvollste Nacht während der Ferguson Krise ist.

Montag, 18. August

Der Gouverneur zieht die Nationalgarde, eine auf Freiwilligen basierende innerstaatliche Militärreserve, hinzu. Er erklärt ebenso die Ausgangssperre für beendet, da es offensichtlich ist, dass die Leute diese nicht befolgen und sie die Atmosphäre aufheizt. Außerdem werden die Ergebnisse der Autopsie Michael Browns veröffentlicht. Obama erklärt, dass er den Generalstaatsanwalt Eric Holder nach Ferguson schicken wird, um den Fall zu untersuchen und mit Community Führer_innen zu sprechen. (Ein_e Generalstaatsanwalt_in ist eine Art Staatsanwalt_in und Justizminister_in. Eric Holder ist der erste Schwarze Generalstaatsanwalt in der Geschichte der USA.) Nachts gehen die Zusammenstöße weiter, die Bullen schießen direkt auf Rebellierende, die wiederum zurückschießen.

Dienstag, 19. August

Capt. Ron Johnson, der immer noch die Polizeikräfte kommandiert, ruft die Leute dazu auf, tagsüber zu protestieren aufgrund „gefährlicher Dynamiken während der Nacht“. Die Bullen versuchen den Rebellierenden ihren zentralen Treffpunkt wegzunehmen, indem sie die Ruinen von QuickTrip umzäunen.

Nachmittags verbreitet sich die Nachricht, dass die Bullen erneut einen schwarzen Mann auf einer Straße in St. Louis erschossen haben, nicht weit von Ferguson entfernt. In Ferguson verkleinert sich die Zahl der Rebellierenden und der Zusammenstöße.

Die Nacht bleibt relativ ruhig.

Mittwoch, 20. August

Generalstaatsanwalt Holder trifft sich mit Community Führer_innen, FBI Ermittler_innen und der Grand Jury, um „Frieden und Gerechtigkeit“ einzuführen. Tag und Nacht bleiben relativ ruhig, dank Community Aktivist_innen, die einen befriedenden Effekt auf die Jugendlichen haben, wie Ron Johnson es formuliert. Die Polizei veröffentlicht die bisherigen Festnahmen: insgesamt 155, 123 davon dafür angeklagt, sich geweigert zu haben, zu zerstreuen, einige andere für den „ungesetzmäßigen Gebrauch von Waffen“. Das Büro des Gouverneurs wird von Unterstützer_innen blockiert, die 90Jährige Holocaust-Überlebende Hedy Epstein wird festgenommen.

Am Montag, den 25. August, findet das öffentliche Begräbnis von Michael Brown statt.

Nähere Analyse

Die USA sind ein global aktives Empire, das auf einer Geschichte von rassistischen und Klassen-geteilten Genoziden aufgebaut ist, mit einer Struktur, die grundsätzlich als solche bis heute besteht. Ein Empire dieser Art, das auf größeren Einfluss und Produktion außerhalb seines staatlichen Territoriums zielt, in anderen Worten, konstant Kriege auf der anderen Seite des Globus führt, kämpft den gleichen Krieg auch im Innern. Obwohl die permanente Krise und Konflikte präsent sind, muss der soziale Frieden für die Reproduktion des Empires erzwungen werden. Ein Deckel muss auf den kochenden Topf gesetzt werden, jede Äußerung des Widerspruchs muss zum Schweigen gebracht oder in die Worte der herrschenden Klasse gefasst werden, jeder Ausbruch der bestehenden Konflikte muss unterdrückt werden. Während dies geschieht sind Begriffe wie Krieg und Frieden, Front und Hinterland nicht voneinander zu trennen, sondern ihre gegenseitige Bedingungen. Wir haben gesehen, dass die (im Moment des Schreibens immer noch anhaltenden) Proteste und Riots nach dem Tod von Michael Brown schwer zu stoppen und zum Schweigen zu bringen waren. Während der ersten Tage versuchten die Bullen aggressiv, jede Ansammlung von Menschen zu zerstreuen und die Medien zum Schweigen zu bringen. Als dies keinen Erfolg zeigte und sich die Ausbrüche des Konflikts sogar noch vergrößerten, fingen sie damit an, Deeskalations- und Befriedungsstrategien anzuwenden. Jetzt, inmitten der fragwürdigen und instabilen Ruhe der letzten Tage, wurde eine neue Debatte über Rassismus in den USA ausgelöst. Wo diese hinführen wird, ist noch nicht abzusehen.

Wir haben hier auch beschrieben, dass die Ermordung Michael Browns auf einer tiefer liegenden sozialen Struktur von Klassen und rassistischer Trennung mit einer langen Geschichte beruht. Weil die Kontinuität dieser Geschichte nicht gebrochen werden wird und die Trennung nicht durch die überwunden werden wird, die von ihr profitieren, sondern von denen, die gegen diese kämpfen, finden wir es wichtig, einen Blick auf das volle Ausmaß der Aufstandsbekämpfungsstrategien, mit denen wir konfrontiert sind, zu werfen.

Aufstandsbekämpfungsstrategien

Die offensichtlichste Kraft, die die Aufstände bekämpft, ist die Polizei. In den frühen 1990ern, nach dem Zerfall der Sowjetunion und dadurch dem Verlust eines strategisch wichtigen äußeren Feindes, besaßen die USA ein extrem ausgebautes Militär. Eine Entwaffnung würde zu einer Verringerung der Produktion führen. Deshalb wurde der Transfer militärischen Equipments vom Verteidigungsministerium an lokale Behörden erlaubt. In den folgenden Jahren sammelten die regulären, lokalen Bullenwachen schwere militärische Ausrüstung und Spezialkommandos wurden ausgebildet. Dies macht schwer ausgerüstete Truppen sogar in den kleinsten Regionen erreichbar. Mit dem zunehmenden Fokus der NATO auf crowd control (Aufstandsbekämpfung) und die Occupy-Bewegung in den USA 2011/2012, beginnen die Bullen, diese Ausrüstung und die militärischen Taktiken gegen Demonstrationen und Aufstände anzuwenden.

Die Bullen haben in Ferguson folgende Ausrüstung verwendet:

Camouflage Uniformen für ein einschüchterndes und autoritäres Erscheinungsbild, Pfefferspray, Schlagstöcke, Handfeuerwaffen, Automatikgewehre und Scharfschützenknarren, alle auf Rebellierende und Journalist_innen gerichtet, mehrmals abgefeuert, Granatwerfer, Tränengasbeschuss und Lärmgranaten, Gummi- und Holzgeschosse, Schrotflinten, mit denen Gummigeschosse abgefeuert wurden (Dutzende kleiner Gummigeschosse), gepanzerte Personentransporter, mit Bullen bereit um runterzuspringen oder von dort zu schießen, wenn sie vorbeifahren, Langstrecken Akustikgeräte (Long Range Acoustic Device = LRAD), eine Lärmkanone, die normalerweise auf dem Dach eines LKWs befestigt wird. Der Lärm, den sie macht, ist nicht nur schmerzhaft laut, sondern auch auf einer Frequenz, die psychische Instabilität, starkes Unwohlsein und Panik verursacht. Drohnen und Helikopter zur Überwachung

In den ersten Tagen der Michael Brown Unruhen wurde dieses Equipment exzessiv zu ihrer Einschüchterung und Niederschlagung verwendet. Als offensichtlich wurde, dass sich die Leute nicht von dieser Machtpräsentation einschüchtern ließen, sondern stattdessen viel mehr außer sich gerieten und sich in Reaktion darauf begannen, als Militante zu organisieren und als Szenen des offenbar anhaltenden Bürgerkriegs international öffentlich bekannt wurden, setzten die Staatsbeamt_innen und ihre Helfer_innen ein Deeskalationskonzept ein. Es ist wichtig, zu erwähnen, dass die exzessive Gewalt der ersten Tage nicht notwendigerweise eine

Überreaktion ist, sondern vielmehr ein Versuch, die Wut der Leute so schnell wie möglich zu ersticken. Als das nicht funktionierte, wurde weiter versucht die Menge zu kontrollieren und Zeit zu gewinnen, bis eine „bessere“ Strategie konzipiert und ausgeführt werden konnte.

Dieses Deeskalationskonzept in Ferguson wurde offiziell angefangen zu erproben, als Capt. Ron Johnson die Führung übernahm. Allein seine Person ist bereits Teil des Konzepts, da er ein schwarzer Bulle aus der Gegend ist, der behauptete, „die Proteste zu verstehen“. Die vorherige offen sichtbar rassistische Polizeistruktur vernebelt ihr Antlitz. Unter seinem Kommando wurden die Proteste erlaubt, so lange sie „friedlich und gewaltfrei“ blieben, überwacht von ein paar Offizieren in gewöhnlichen Uniformen, während die gleichen militärischen Polizeikräfte der Tage davor außerhalb der Gegend warteten, bereit einzugreifen, falls nötig. Johnson erklärte, dass sich die Zeiten in Ferguson jetzt verändern würden und die Community von den Bullen akzeptiert werden würde. Das Deeskalationskonzept ist natürlicherweise stark begrenzt und funktioniert nur, wenn die Mehrheit der Leute gehorcht und sich beruhigt. Erst für einen Tag erprobt, hatte das Konzept seine erste Krise mit den erneuten Riots aufgrund der Hetzkampagne gegen Michael Brown. Diese setze gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Namens seines Mörders ein. Das heißt nicht, dass das Deeskalationskonzept vergessen wurde, aber dass es verstärkt werden und mit anderen militärischen Strategien verbunden werden musste.

Eine davon war eine Nacht der Ausgangssperre, die für das Wochenende angekündigt wurde, natürlich dann, als eine größere Masse an Personen auf die Straßen gehen würden. Sie machte es legal möglich, jede_n, die_der nachts auf der Straße war, festzunehmen und hatte zum Ziel, die Straßen durch Festnahmen und das Einschüchtern von Menschen zu säubern. Nicht ohne Grund fanden die meisten Festnahmen in der Zeit von der Ausgangssperre statt, die Mehrzahl davon aufgrund von „Verweigerung der Zerstreuung“. Die Ausgangssperre ist ein Werkzeug, um die Bewegungsfreiheit in der Gegend einzuschränken. Ebenso wie die Bullenketten und Checkpoints, welche die Gegend durchschneiden, die das Passieren jeglicher ziviler Autos verhinderten und es praktisch unmöglich machten, zu Fuß durchzukommen. Es ist unnötig zu sagen, dass der gesamte öffentliche Verkehr schon eine ganze Weile vorher eingestellt wurde. Die Bullen schneiden die Gegend von der Außenwelt ab und teilen sie selbst in kontrollierbare Stücke. Leute widersetzten sich massiv der Ausgangssperre, was zu einer Intensivierung der Zusammenstöße führte; Menschen bereiteten sich auf militante Angriffe auf die Bullen vor und mehr Menschen realisierten den Terror der staatlichen Besetzung. Es ist unklar, ob die Ausgangssperre aufgrund dieser Intensivierung und anhaltenden Ungehorsams eingestellt wurde oder einfach nur weil das Wochenende vorbei war und es keinen weiteren Bedarf dafür gab.

Fakt ist, dass die Leute in diesen Tagen militanter wurden und die Bullen in manchen Situation ernsthaft in Gefahr gerieten. In den Nächten der heftigsten Zusammenstöße, mussten sie ihre Präsenz auf eine Art und Weise ändern, die die Aufstellung der staatlichen Besetzung am sichtbarsten machte.



Vor dem Bekämpfungsgebiet befindet sich das Bullenhauptquartier, ihre Kommandozentrale. Auf einem großen Parkhaus eines Einkaufszentrums. Dieses Hauptquartier ist ein strategisch wichtiger Ort, mit einer großen Hauptstraße, die direkt in die Nachbarschaft führt. Entlang dieser Straße befinden sich schwere Checkpoints, an jeder Ecke stehen volle Bullenautos, entlang der Straßenseiten Wannen mit Maschinengewehren auf ihren Dächern, die auf die vorbeifahrenden Autos zielen und sie kontrollieren. Am Ende dieser Straße, näher der Nachbarschaft, stehen schwere Bullenketten und weitere Checkpoints, die Leute kontrollieren oder davon abhalten, die Gegend zu betreten. Außerdem halten sie die Leute innerhalb der Gegend davon ab, diese zu verlassen. Innerhalb der Konfliktzone befinden sich weitere Bullenketten, die die Bewegungsfreiheit einschränken oder die Massen daran hindern, sich an einen bestimmten Ort zu bewegen. Gruppen von Bullen stehen an Straßenecken, überwachen und greifen ein. Manchmal wurde dies zu gefährlich und dann fuhren bewaffnete Fahrzeuge durch die Straßen der Nachbarschaft, die alle auf der Straße schnell angriffen, Tränengas schossen, Gummigeschosse oder scharfe Munition und dann wieder verschwanden.

Eine andere wichtige Waffe der Aufstandsbekämpfung ist Information. Die Leute sollen keine Informationen aus irgendwelchen Quellen bekommen. Die einzigen Informationen, die sie bekommen sollen, waren die staatlichen. Nicht nur, dass die Bullen Journalist_innen angreifen und festnehmen und sie in ihrem kontrollierten Hauptquartier festhalten, wo die einzige Person, mit der du sprechen kannst, der Sprecher der Bullen ist, sondern ebenso wurde das Kabelfernsehen in Ferguson abgestellt. Aber nicht alle Sender, da ansonsten die Leute aus ihren Häusern kommen und auf die Straße gehen würden. Zeug_innen sagen, dass sie den Disney Kanal empfangen konnten, aber keinen Nachrichtensender. Ein Informationsmonopol wird dazu verwendet, um Wissen vorzuenthalten und stattdessen Befehle zu erteilen, Diskurse in eine bestimmte Richtung zu lenken und Rebellierende zu deligitimieren und zu entmutigen, so wurde Michael Brown beschuldigt, ein Krimineller zu sein.

Zuletzt wollen wir über den befriedenden Effekt, den der sogenannte soziale Dialog hat, schreiben. Wahrscheinlich ist dies einer der essentiellen Aspekte der Aufstandsbekämpfung und reproduziert eine „funkti-

onierende“ Gesellschaft entlang der Bedürfnisse des Kapitalismus und der rassistischen Ungleichheit. Die Beziehung zwischen den Menschen und dem Staat ist nicht nur eine einfache Auseinandersetzung, Aufstandsbekämpfung ist nicht nur Tränengasbeschuss auf eine Menschenmenge. Der Staat hat den Fuß in unserer Tür und kontrolliert uns nicht nur mit brutaler Gewalt, sondern auch mit Dialog und Kompromissen.

Bullen, Konservative und Präsident Obama haben Community Führer_innen, Aktivist_innen und Sprecher_innen dazu aufgerufen, in den Dialog mit ihrer Nachbarschaft zu treten, sie zu beruhigen und mit den Staatsbeamt_innen selbst zu reden. Eins der ersten Dinge die Ron Johnson, Kommandeur des Bulleneinsatzes in Ferguson, tat, war, sich dabei fotografieren zu lassen, wie er einen der bekannten Community Aktivist_innen umarmt und zu Anfang des Deeskalationskonzepts und mit pro-staatlich orientierten Rebellierenden für „soziale Gerechtigkeit“ marschierte. Obama schickte Generalstaatsanwalt Holder nach Ferguson, um mit Community Aktivist_innen und Sprecher_innen zu reden und einen Dialog zu eröffnen. Im Allgemeinen gehören diese „Community Führer_innen“ einer bestimmten Gruppe an, die ein bestimmtes soziales Kapital und Wert und Funktion als eine Brücke zwischen Staat und Bevölkerung haben. Auf einer lokalen Ebene sind das Mitglieder der Kirche, Bildungseinrichtungen, lokale Politiker_innen, Aktivist_innen, die sich selbst der Nachbarschaft und „sozialer Gerechtigkeit“ verschreiben oder bloß den Nachbar_innen schmeicheln. In einem größeren Rahmen können es bekannte Leute, mit einem bestimmten Ansehen, sein – zum Beispiel besuchte der Rapper Nelly Ferguson und hielt eine Rede auf der Straße, rief zum Frieden auf mit der Argumentation, den Rassist_innen keine Argumente durch gewalttätiges Handeln zu liefern. Glücklicherweise wurde er ausgebuht. Während der ersten Tage des Aufstands, besuchte Reverend Al Sharpton Ferguson und gab eine Pressekonferenz zusammen mit den Eltern von Michael Brown, was seinen Worten Legitimation verlieh. Al Sharpton ist ein sehr reicher schwarzer Mann mit großem sozialen Kapital und Anerkennung. Er ist ein selbsterklärter Sprecher der „Schwarzen Community in den USA“ und gilt als „radikaler Kritiker sozialer und rassistischer Ungerechtigkeit“ während er zur selben Zeit zu Frieden und zum Dialog mit den Unterdrücker_innen aufruft und Berichten zufolge Militante verpfiffen haben soll. „Fuck Al Sharpton, Fuck Obama“, schreien die maskierten Jugendlichen Fergusons.

Im Alltag innerhalb der Community gibt es Leute, die die Stimmen der Menschen übertönen, indem sie als Sprecher_innen fungieren, die einen Riot beenden, bevor er überhaupt begonnen hat, indem sie eine Kultur des sozialen Dialogs predigen, der Frieden herstellen will, wo konstanter Krieg herrscht. Sie arbeiten zusammen mit den staatlichen Autoritäten, nicht als eine Verschwörung, sondern bloß weil das der Ort ist, wo sie ihre Macht und ihr Kapital gewinnen: die Brücke zu sein zwischen den Unterdrücker_innen und den Unterdrückten, den Deckel auf dem Topf zu halten und den Fluss der Wut zu kanalisieren.

Dann gibt es noch die politischen Aktivist_innen, deren Job es ist, Politik zu machen. Es geht nicht darum, Wissen zu teilen, Strategien zu teilen, Sehnsüchte zu befreien und neue Kollektivitäten herzustellen, für sie geht es darum, Rekrut_innen für ihr politisches Programm zu finden. Für sie ist eine Menschenmenge eine Herde Schafe und sie selbst predigen die Wahrheit. In Ferguson gab es die Linken, die versuchten, sich zu organisieren und die Bewegungen zu institutionalisieren, sie in einen anderen Dialog mit der Macht zu stellen und die Organisation zur einzigen hörbaren Stimme zu machen. Da gab es die Neue Black Panther Partei, die die Komplizenschaft zwischen Schwarzen und weißen Militanten tadelte, um ihre eigene identitätsbasierte und befriedete Politik zu stärken. Diese Gruppen müssen als Teil des Aufstandsbekämpfungsprogramms gelten. „Die Bullen können mit einem Dutzend Anführer_innen oder so umgehen, sie können nicht eine Straße mit mehr als 1000 Leuten kontrollieren. […] Mit den Bullen und der Regierung zusammenzuarbeiten, um Gerechtigkeit für Mike Mike zu bekommen, ist eine Sackgasse, die absichtlich hergestellt wurde, um unsere Energie zu zerstören und uns wieder unsere Stärke zu nehmen.“, schreiben Anarchist_innen von St. Louis.

Die Aufständischen von Ferguson stellen eine Perspektive her, wenn sie die großen Medien angreifen, anstatt vor der Kamera zu reden, wenn sie ihre Stimme erheben, um Sprecher_innen auszubuhen, wenn sie mit ihren Freund_innen zusammenkommen und Pläne machen, anstatt sich politischen Gruppen anzuschließen, wenn sie sich maskieren, um ihr wahres Gesicht zu zeigen, wenn sie Bullenbesetzer_innen angreifen anstatt sie zu respektieren und wenn sie Politiker_innen negieren, anstatt Hoffnung in sie zu setzen.

Es ist wichtig, die Aufständischen von Ferguson zu unterstützen und internationale Solidarität herzustellen. Nicht nur, weil wir auch mit Aufstandsbekämpfungsstrategien konfrontiert sind, sondern auch, weil wir ebenso gegen Rassismus, Klassentrennung und die Kolonisierung unserer Leben kämpfen.

Ihr könnt an einen Rechtshilfefonds spenden, der von Anarchist_innen in St. Louis gegründet wurde. Das Geld geht an die in Ferguson Festgenommenen:

secure.piryx.com/donate/mS25KFCe/MORE/mikebrown

Nichtsdestoweniger lasst euch vom Mut des Aufstands und der Militanten von Ferguson inspirieren. Nehmt am Kampf und an den Debatten teil, egal wo ihr seid, schickt Solidaritätsworte und -aktionen an diejenigen, die in den USA kämpfen.

antistatestl.noblogs.org - A clearinghouse for anti-capitalist news & analyses in metro St. Louis

für AB übersetzte und gekürzte gleichnamige Broschüre

Moderne Sabotage und kaputte Kabel

Seit 2011 gab es in Berlin mehrfach militante Aktionen gegen Infrastruktureinrichtungen, die z.T. große Beeinträchtigungen des Personen-, Waren- und Mobilfunk- und Internet-Verkehrs zur Folge hatten. Vor allem Teile des S-Bahn-, Nah- und Fernzug-Verkehrs wurden teilweise mehrtägig lahmgelegt. Auch Kabel von Telekommunikationsfirmen, die ebenfalls entlang von Bahnlinien verlaufen, wurden getroffen. Im November 2013 wurde ein Vodafone Funkmast/ Knotenpunkt in Brand gesetzt. Einige der Aktionen wurden von Gruppen ausgeführt, die Erklärungen dazu veröffentlichten und sich nach Vulkanen benannten, andere blieben anonym.

Eine derartige Sabotage-Praxis scheint sich zu verbreiten. Jedenfalls kam es in den letzten Monaten erneut zu Aktionen gegen Infrastruktureinrichtungen und großen Beeinträchtigungen. Ebenso gab es erneut z.T. vehemente Kritik an der Praxis an sich und an den Erklärungen. Offensichtlich gibt es Diskussionsbedarf, aber diese Zusammenstellung kann dazu gerade nichts beitragen, sondern nur dokumentieren was es gab und was es für Auswirkungen hatte. Vielleicht trägt die Verbreitung des Wissens was andere gemacht haben und was möglich ist, trotzdem dazu bei, dass diese Praxis diskutiert wird. Egal ob Aktionen anonym oder mit Erklärung und Namen versehen stattfinden und egal ob sie zielgerichtet gegen eine bestimmte Einrichtung gerichtet sind oder allgemein gesellschaftliche Zustände und Abläufe angreifen, eins steht fest: Es gibt Gruppen, die auf der Suche nach Mitteln sind, trotz der gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit der Linken effektiv in die Offensive zu gehen und lahmzulegen was sie stört, statt Forderungen zu stellen. Das ist beachtlich und diskussionswürdig.

Eine aufmerksame Beobachterin

Dokumentation:

Feuer und Flamme für Berlin!

heute nacht wurde gegen 4 uhr morgens mittels einer handelsüblichen menge benzin, gepaart mit zwei zeitzündern, ein teil des berliner S-bahn -betriebs lahm gelegt.

während ein paar meter entfernt vom S-bhf treptower park einige menschen auf dem dach eines hostels für nichts, als ihr recht zu bleiben - um zu leben - kämpfen, stehen hier dutzende von menschen tagtäglich lethargisch in reih und glied, um auf ihre S-bahn zur arbeit, in die schule oder zum einkaufen zu warten.

kein gedanke wird verschwendet an diejenigen, die wegen der deutschen profitgier, daraus resultierender armut und krieg, ihre heimat verlassen müssen. und wenn man doch einmal auf den gedanken kommt, so werden ausschließlich rassistische stereotype repräsentiert und von selbstreflektion gibt es keine spur. der pressesprecher der deutschen bahn drückte heute sein unverständnis über diese aktion aus und sprach davon, dass diejenigen, die getroffen wurden, die einfachen bürger*innen berlins und brandenburgs seien. diese sind es, die getroffen werden sollten. Getroffen deshalb, weil niemand mehr Betroffen ist, weil wir in einer gesellschaft ohne verständnis und solidarität leben. es fehlt an betroffenheit für die dinge, die außerhalb der eigenen kleinen lebensrealitäten passieren. etwas, was dazu fehlen könnte, ist zeit. es wurden nicht die „armen“ getroffen, sondern eine reiche gesellschaft für einen moment aus dem kapitalistischen alltag gerissen und zum pausieren gezwungen.

diejenigen, die heute warten müssen, verlieren ein wenig zeit. die, die in der ohlauer- oder gürtelstraße auf den dächern standen bzw. stehen, die die an den grenzen deutschlands oder der EU weggeschickt werden, die die mit überfüllten schlauchbooten jeden tag über das mittelmeer in eine vermeintlich bessere welt aufbrechen, verlieren im falle einer abschiebung ihre freiheit, ihre gesundheit und ihr leben.

vielleicht nutzen ja die wartenden menschen an den bahnhöfen die zeit, um über die herkunft ihres wohlstandes nachzudenken, über die gründe, warum es ihnen möglich ist ohne ständige bedrohung durch mord und folter in ruhe zu leben.

wer nicht in der lage ist zu denken, zu reflektieren, wer nicht versteht warum die eigene situation in absolutem zusammenhang mit dem übel der menschen in „weiter ferne“ steht, um die ist es nicht schade, falls sie warten müssen, ihren flug in den urlaub verpassen oder heute nicht in den fetisch der arbeit eintauchen können.

henkel, kolat und deren lakaien sollten sich bewusst sein das ihr handeln konsequenzen hat, ihre politik die menschen ein sicheres leben verwehrt, ihre lügen und ihre propaganda der habgier und des hasses wird nicht widerspruchslos hingenommen, diese gesellschaft und ihre vertreter in wirtschaft und politik sind angreifbar und das jeden tag und jede sekunde.

autonome gruppen

[geschehen am 28.08.2014 Ergänzung AB]

Radio Berlin Brandenburg zu den Auswirkungen: Brandanschlag legt S-Bahn für drei Tage lahm

Nach einem Kabelbrand herrscht Chaos auf dem Berliner S-Bahn-Ring: Am Verkehrsknotenpunkt im Berliner Südosten zwischen Ostkreuz, Neukölln und Baumschulenweg sind die Ringbahnlinien S41 und S42 und weitere Linien unterbrochen - und zwar bis Sonntagvormittag. Fahrgäste müssen auf Busse ausweichen. Damit ist etwa die S-Bahnverbindung zum Flughafen Schönefeld betroffen. Insgesamt trifft der Ausfall eine wichtige Verkehrsverbindung zwischen dem Südosten Berlins und der Innenstadt. Zwanzig Signalkabel müssten repariert und geprüft werden, dafür brauche man Zeit, sagte S-Bahn-Sprecher Ingo Priegnitz dem rbb am Donnerstag. Ein kompletter Schutz der Bahn-Anlagen sei nicht möglich, so Priegnitz im rbb-Inforadio: „Das Streckennetz der Deutschen Bahn umfasst in ganz Deutschland rund 34.000 km. In Berlin sind es alleine 3.000 km. Sie können diese Anlagen nicht so überwachen und schützen, dass jemand, der mit krimineller Energie da ran will, da nicht ran kommt.“ Der aktuelle Anschlag sei verübt worden, obwohl es einen Zaun und schwere Betonplatten auf dem Kabelschacht gegeben habe.

Blackouts bei Internet, Telefon und TV in Berlin

Ein Schnitt mit gravierenden Folgen: Unbekannte durchtrennten in Charlottenburg gezielt Glasfaserkabel von Kabel Deutschland. 160.000 Haushalte haben kein Telefon, TV und Internet mehr.

Der oder die Täter sind gezielt vorgegangen. Sie stiegen in Charlottenburg in einen gesicherten Schacht, in dem Bündelweise Glasfaserkabel der Firma Kabel Deutschland liegen. Etwa 400 Leitungen wurden gegen 6 Uhr früh durchtrennt. Die genaue Örtlichkeit des Anschlages nannte die Polizei auf Wunsch von Kabel Deutschland nicht.

Nach Angaben der Polizei sind 160 000 Haushalte Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau seitdem ohne Fernsehen, Internet und Telefon. Nach ersten Angaben soll der Schaden am Sonntagabend behoben sein. Von reinem Vandalismus geht die Polizei angesichts des Vorgehens des oder der Täter nicht aus. Bislang stand nur die Firma Vodafone im Fokus von Linksextremisten. 2013 hatte es in Berlin einen Brandanschlag auf einen Funkmasten gegeben. Betroffen waren Vodafone-Kunden mehrfach auch von Anschlägen auf die Bahn, da deren Kabel oft entlang von Gleisen verlaufen.

Tagesspiegel 10.08.2014

In der Nacht waren die Einbrecher in einen Kabelschacht in Berlin-Charlottenburg eingestiegen. Dort kappten sie die dünnen Glasfaserkabel. 160.000 Haushalte in mehreren Bezirken waren am vergangenen Wochenende bis zu 14 Stunden offline, ohne Internet, Telefon, Fernsehen – abgeschlossen vom Leben in der digitalen Welt.

Glasfaserkabel werden zu Lebensadern der Moderne. Die Zahl der Privathaushalte ohne Internet schrumpft auf ein Minimum. Ein stabiler und schneller Anschluss ist für Unternehmen mittlerweile unerlässlich. Der Vorfall vor ein paar Tagen zeigt nun, wie anfällig dieser Alltag ist.

Das Heikle daran: Mit dieser Gefahr wird man leben müssen. Kabelnetzbetreiber können ihre Infrastruktur nicht in vollem Umfang schützen. „Mit entsprechend hoher krimineller Energie lassen sich auch die besten Schutzmaßnahmen außer Kraft setzen“, erklärt ein Sprecher der Deutschen Telekom auf Anfrage. Bei Vodafone heißt es, „absoluter Schutz vor mutwilliger Beschädigung“ sei bei einem Netz, das 400.000 Kilometer umfasst, „nicht möglich“. Kabel Deutschland vertritt dieselbe Meinung. Und aus hochrangigen Sicherheitskreisen hört man, das Kabelnetz bleibe weiterhin ein potenzielles Angriffsziel.

In den vergangenen Jahren gab es an verschiedenen Orten in der Republik Manipulationen an Kabeln. Gleich mehrfach schlugen Täter in Leipzig zu. Zehntausende Einwohner waren jeweils betroffen. Der Schaden betrug etwa eine Million Euro. Vodafone setzte eine Prämie von 10.000 Euro aus, um die Angreifer zu finden. Zusätzlich bewachte ein privater Sicherheitsdienst die Kabel. Die Täter wurden nie gefasst.

Welt

Einkaufszentrum ohne Strom

20.10.2013: Im Olympia Einkaufszentrum in München/Moosbach kam es zu einem Brand im Technikraum des Erdgeschosses. Daraufhin fiel bei allen Geschäften der Strom aus und kurze Zeit Später wurde es auch bei 850 Moosbacher Haushalten dunkel. Zwar konnte der Brand recht schnell gelöscht werden, doch das Einkaufszentrum blieb den ganzen Tag verschlossen und die Kassen blieben leer.

Aus der Fernweh Nr. 6

Dokumentation:
Sabotage am Eisenbahnzubringer des Hamburger-Hafens

Smash Smart Port, Smash Smart City, Smash Smart World!

Für eine Entschleunigung und perspektivische Zerstörung kapitalistischer Warenzirkulation, Arbeits- und Konsumentenwelten!
Diese Ziele liegen uns am Herzen und deshalb haben wir uns heute den Hamburger Hafen vorgeknöpft. An zwei Punkten, in Neuwiedenthal und in Meckelfeld hinter dem Güterbahnhof Maschen haben wir Kabelschächte der Bahnstrecke, die zum Hamburger Hafen führen, in Brand gesetzt.

Der Hafen der Hansestadt Hamburg gilt als zweitgrößter Containerhafen und größter Eisenbahnhafen Europas. 9,3 Millionen Containereinheiten, 140 Millionen Tonnen wurden 2013 dort umgeschlagen. Unlängst verzeichneten die Hafenbehörden neue Rekordumschläge. Im April haben so viele Seegüter den Hafen passiert wie nie zuvor. Er ist Dreh- und Angelpunkt nach Nord- und Osteuropa und hat zentrale Bedeutung für den Handel mit Asien, vor allem China. In Hamburg gehen die in den chinesischen Weltmarktfabriken und Sweatshops hergestellten Klamotten- und Elektronikprodukte von Bord. Die Hafenbahn verfügt über 300km Schienennetz, über die letztens 57000 Züge rollten. Der Rangierbahnhof Maschen südlich vor den Toren Hamburgs ist der Europas größter Rangierbahnhof dessen Modernisierung soeben für 230 Millionen Euro abgeschlossen wurde. Maschen ist das bedeutendste Drehkreuz für den Hamburger Bahngüterverkehr in Norddeutschland und Skandinavien. 30% aller im Hamburger Hafen umgeschlagenen Güter fahren durch diesen Güterbahnhof; an einem durchschnittlichen Werktag werden 150 ankommende und abfahrende Züge durch diese Anlage geleitet.

Für eine gesteigerte Effizienz durch eine engere Taktung der Schiffsbewegungen ist dieses Jahr eine neue nautische Hafenzentrale geschaffen worden. Dieser neue Leitstand, „Port Monitor", überwacht mittels eines zentralen Computersystems Schiffe, Lastwagen, die Bahn, bewegliche Hub- und Klappbrücken, Pegelstände der Elbe u. ä. und optimiert den Informationsfluß über den Schiffsverkehr auf der Elbe und im Hafen sowie die logistische Anbindung an Schienen und Straße. Dafür kann auch auf die Bilder von 150 im Hafengebiet installierten Kameras zurückgegriffen werden. Produktion, Logistik und Infrastruktur sollen hochwirksam „intelligent" vernetzt und eine „smarte" Wertschöpfungskette erzielt werden. Das Frauenhofer Institut arbeitet u. a. an einer neuen Generation mitdenkender und selbsthandelnder Container, die selbständig alle mit GPS-Technik ausgerüstet sind. Übertragen auf den Organismus der gesamten Stadt ist von einer „smart city" die Rede. Hamburgs Regierungschef Scholz ist ein großer Anhäger dieser Ideen und hat für die Hansestadt eine Kooperation mit dem US-Konzern Cisco initiiert. Es geht um die Verbindung von Brücken, Schiffen, Autos, Ampeln, Parkplätzen, Straßenlaternen, ... übers Internet. Cisco spricht bereits vom „Internet der Dinge", IBM vom „smarten Planeten". Jährlich fließen angeblich bereits weltweit 190 Milliarden Euro in „smart city"-Projekte.

Damit der Warenstrom ungestört fließen kann, bedarf es einer ganzen Reihe verkehrspolitischer Großprojekte. Scholz sieht in der Verkehrspolitik die zentrale Aufgabe der Wirtschaftpolitik für die nächsten 15 Jahre. In Hamburg und Umland stehen Elbvertiefung, Hafenquerspange, Sanierung der Autobahn A7 und der Köhlbrandbrücke auf der Wunschliste der Wirtschaftschaftsverbände. Der Bund investiert 300 Millionen Euro bis 2020 in die Straßen und Schienenanbindung der Häfen.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass der Hamburger Hafen eine wichtige Drehscheibe im globalen Atombusiness ist. Besonders die Bewegungen von und nach Gronau und Lingen, Urananreicherungsanlagen und Brennelementeproduktion, treiben die Zahl der Atomtransporte durch den Hafen in die Höhe. Jeden dritten Tag findet ein Transport statt. Am 1.5.2013 kam es bei einem Brand des mit Tonnen von Brennelementen und Uranhexafluorid beladenen Schiffes Atlantic Carrier beinah zu einer Katastrophe.

Und Krieg beginnt auch hier. Jedes Jahr werden mehrere zehntausend Waffen (Schusswaffen, Panzerfahrzeuge, etc.) über den Hafen exportiert. Monatlich werden 1000 Tonnen Munition umgeschlagen. Im Hafengebiet sind etliche Firmen angesiedelt, die sich mit der Ausrüstung der Kriegsmarine befassen.
Mit unseren Aktivitäten greifen wir die entgrenzten (Alb)Träume einer perfekten, absolut vernetzten, reibungslos funktionierenden kapitalistischen „smarten" Welt an. Selbst mit bescheidenen Mitteln ist es möglich, die Abläufe zu sabotieren und zu entschleunigen. Das „smarte" System ist angreifbar.

Die Eisenbahnstrecke rund um den Hafen bieten z.B. viele Möglichkeiten. Vor wenigen Wochen kam es zu enormen Verzögerungen im Güterverkehr in Deutschland, weil aufgrund personeller Engpässe im Leitstand des Container Terminals Burchardskai Schichten ausfielen. Dies zeigt die hohe Anfälligkeit im Transportsektor.

Wir unterstützen die Aufrufe des Blockupy Bündnisses, der Destroika und des „Smash EZB" Papiers, die Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt/M. anzugreifen. Und die kommenden Monate zu einer umfassenden antikapitalistischen Mobilisierung zu nutzen.

Magma Antiatomgruppen 19.7.2014

Aus dem Hamburger Abendblatt zu den Auswirkungen:

Der Sachschaden beläuft sich auf mehrere Zehntausend Euro. Wie die Deutsche Bahn bereits mitteilte, kam es durch den Vorfall zu erheblichen Einschränkungen im Zugverkehr. Sowohl der Güterzug- als auch der Fernbahn- und der Nahverkehr mussten kurzzeitig eingestellt beziehungsweise umgeleitet werden. Die Reparatur der Gleisanlagen soll mehrere Tage andauern.

Ein zweiter Anschlag soll sich ebenfalls am Sonnabend auf einer Bahnstrecke in Neuwiedenthal ereignet haben, heißt es in dem zweiseitigen und mit Schreibmaschine verfassten Bekennertext. Wie das Abendblatt erfuhr, könnte es sich jedoch um eine Vorfall entlang der Hafenbahn handeln. Bestätigt ist der zweite Brandanschlag bislang nicht. Vielleicht wurde er aber auch noch nicht erkannt. Weder die Polizei noch die Hafenbehörde HPA konnten zu diesem Fall Auskunft geben.

Zusammenstellung Eine aufmerksame Beobachterin

Dokumentation:

Bahnanlagen sabotiert!

In der Nacht auf dem 8. November haben wir an mehreren Orten das Streckennetz der deutschen Bahn sabotiert, mit dem Ziel dieses zu stören und dem Konzern wirtschaftlichen Schaden zuzufügen. Unbeteiligte wurden durch unsere Aktion nicht gefährdet.

Das Verhältnis militanter Umweltaktist_innen zu DB ist unseres Erachtens der Öffentlichkeit bekannt und in der Vergangenheit hinlänglich durch Genoss_innen begründet worden. Gleiches gilt wohl für den sogenannten „Atomausstieg". Daher sparen wir uns heute den investigativen Teil und kommen gleich zum Punkt:

Wir gedenken mit dieser Aktion dem französischen anti-Atom Aktivisten Sebastién Briat, der vor 10 Jahren am 7. November 2004 beim Versuch einen Castortransport von la Hague nach Gorleben mit einer Anketaktion zu blockieren von einer Lok erfasst wurde und starb.

Sebasiéns Entscheidung Widerstand zu leisten war richtig, mutig und konsequent; sein Tod hingegen vollkommen sinnlos. Eine die Bewegung die das Leben liebt und bereit ist dafür zu kämpfen, braucht keine Held_innen und Märthyrer_innen. Sebastién starb nicht für seine Überzeugung, er wurde gewaltsam aus dem Leben gerissen. Ein vermeidbarer „Unfall", verschuldet von den politisch und wirtschaftlich verantwortlichen und Ihrer bezahlten Söldnerbanden. Genau so billigend in Kauf genommen, wir der potentielle Tod von Millionen den täglich der „Normalbetrieb" des atomaren Wahnsinns bedeutet.

Der Kampf gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen wird weitergehen. Egal ob gegen Herrschafts- und Vernichtungstechnologie, den kapitalistischen Raubbau an unseren Planeten, oder sinnlose Bauprojekte wie dem internationalen Großflughafen bei Nantes (ZAD), oder den Staudammbau in Südfrankreich, wo vorletzte Woche bei Auseinandersetzungen am Bauzaun der Aktivist Rémi Fraisse von einer Polizeigranate getötet wurde. So sind wir mit dem Herzen auch bei denen, deren Trauer und Wut über den gewaltsamen Tod Rémis dieser Tage auf den Straßen Frankreichs explodiert!

Für die Freiheit und das Leben!
Unser Widerstand kennt keine Grenzen!
Notre Résistance ne connait pas de frontière!

Autonome Gruppen. 08.11.2014

NDR zu den Auswirkungen: Bahn: Brand-Anschläge lassen auch Handys verstummen

Ausgerechnet am letzten Tag des vorzeitig beendeten Streiks der Lokführer gibt es am Sonnabend zusätzliche Behinderungen für Reisende. In Bremen sind am Samstagmorgen gleich an zehn Stellen die etwa 15 Kilogramm schweren Betonplatten von den Kabelschächten entfernt worden. Anschließend legten die unbekannten Täter Feuer. In Bad Bevensen setzten sie auf diese Weise zwei Kabelschächte in Brand. Ebenso im brandenburgischen Wittenberge. „Die Auswirkungen sind erheblich", sagte eine Bahnsprecherin. Mehrere Stellwerke und der Funkverkehr zu den Zügen sind ausgefallen. Zwischen Hamburg und Hannover kommt es laut Bahn deshalb zu Zugausfällen und Verspätungen. Zudem wurde durch die Anschläge ein Kabel des Mobilfunk-Unternehmens Vodafone zerstört. Betroffen sind knapp 70.000 Kunden im Großraum Bremen-Oldenburg, die mit ihrem Handy weder telefonieren können noch Zugang ins Internet haben.

Reflexionen über einen spezifischen Kampf

Keine Illusion, kein Justizzentrum, kein Kompromiss

München ist die am dichtesten besiedelte Stadt Deutschlands und es wird jeden Tag enger: Um knapp 100 Leute wird die Stadt täglich größer und da die Grenzen der Stadt festgelegt sind, wird der existierende Ballungsraum das Terrain auf dem sich das Leben und Wohnen von immer mehr Menschen konzentriert. Dieses enorme Wachstum ist für Staat und Kapital eine Möglichkeit urbane Umgestaltungsprozesse zu beschleunigen und zu lenken und zieht so im wesentlichen zweierlei Konsequenzen nach sich: Die Leute, die in Massen nach München ziehen, werden in erster Linie von dem attraktiven Berufsmarkt des industriellen Wirtschaftsmotors Bayerns oder den ansässigen „Elite-Unis" angelockt und müssen darüber hinaus reich genug sein um sich auf dem unfassbar teuren und stetig teurer werdenden Wohnungsmarkt behaupten zu können. Was dieser Prozess der Gentrifizierung und Yuppisierung für ärmere Bevölkerungsschichten heißt, liegt auf dem Tisch: Verdrängung an die Ränder der Stadt oder in zubetonierte komplett neu gebaute und konzipierte Viertel (wegen der ästhetischen Eintönigkeit und Monotonie im Volksmund „Schuhschachtelhäuser" genannt), oder letztendlich die Einsicht, dass in München schlicht kein Platz mehr für einen ist. Andererseits zieht das im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten schnellste städtische Wachstum eine dementsprechend schnelle Erneuerung der gesamten urbanen Infrastruktur nach sich. Da die Dichte der Bewohner steigt, müssen auch die Kapazitäten der Stadt steigen all diese aufzunehmen, zu transportieren, zu registrieren und vor allem zu kontrollieren. Aus Sicht der Stadt ist Wachstum immer positiv, da die Entwicklung und der Fortschritt des urbanen Raumes so noch schneller voran getrieben werden können. Dieser Fortschritt folgt immer der Logik der Kontrolle, da sich die gestellten Anforderungen immer an maximaler Sicherheit (der Herrschenden) und maximalen Profiten orientieren, und so ist jedes Stadtentwicklungsprojekt auch ein neuer Versuch diese Kontrolle auszuweiten. Konkrete Auswüchse dieses Fortschritts sind nicht nur das sich in der Stadt stetig ausweitende Bild von überall präsenten Großbaustellen, sondern auch der Ausbau des Nahverkehr (2. S-Bahn Stammstrecke), des Fernverkehrs (3. Landebahn), des Straßennetzes (Autobahntunnel), der staatlichen Verwaltungsstruktur (z.B. der Bau von Europas größtem Finanzamt) oder auch futuristische Pläne, wie die eventuelle Aufstockung der Stadtmitte um 25 bis 60 Meter, die sich immer mehr von dem traditionellen Bild Münchens als „Millionendorf" ohne Hochhäuser verabschieden.

Das andere Gesicht der Stadt...

Doch da die Schere zwischen Gewinnern und Verlieren auch im reichen München immer größer wird, werden Phänomene wie eine steigende Kriminalität, enorm wachsende Einbruchsraten, wachsende Obdachlosigkeit und Armut, mehr Bettler und Flüchtlinge, mehr Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse und ähnliches immer mehr zu Problemen, aus welchen noch ein Klotz am Bein des erfolgreichen Fortschritts und ein Risiko für den Ruf der reichsten und angeblich sichersten deutschen Großstadt werden könnte. So sieht sich der Staat gezwungen dieser im Schatten des Wachstums gedeihenden Marginalität mit einem umfangreichen Ausbau der repressiven Struktur zu antworten: Mehr Verhaftungen, mehr Polizei, mehr Kameraüberwachung, mehr Ticketkontrolleure, mehr Flüchtlingslager, die Einrichtung von Bettlerverbannungszonen, Kampagnen für mehr Anrufe, Unterstützung und Vertrauen zur Polizei, mehr Jugendheime und psychiatrische Einrichtungen, mehr Zwangsräumungen und Zwangseinweisungen u nd letztendlich das größte zukünftige Bauvorhaben Bayerns: Die Errichtung eines neuen Straf- und Justizzentrums.

Die Aufrüstung der Herrschaft

Der in dem Wohnviertel Neuhausen ab 2015 geplante Mammutbau des Straf- und Justizzentrums auf 38.000m² soll in Zukunft alle Gerichte und Staatsanwaltschaften beherbergen und ab 2019 der Arbeitsplatz für 1300 Justizangestellte und ihre Mitarbeiter werden. Der Entwurf für den Bau wurde 2013 mittels eines Architektenwettbewerbes ausgelost, an dem 15 Architektenbüros aus diversen Ländern teilnahmen. Der letztendliche Siegerentwurf des Justizzentrums aus dem Hause des Münchner Architektenbüros „Frick Krüger Nusser Plan2" zeichnet sich durch einen „hellen und freundlichen Eingangsbereich", „gut und einfach funktionierende Gefangenenzuführung" und eine „sicherheitstechnisch positive Bewertung" aus. „Urban, kompakt und grün" – so soll dieser sieben-stöckige Koloss erscheinen, der durch seine funktionale Architektur 1/3 des Platzes ungenutzt lässt, welcher jedoch bald mit noch mehr Justizgebäuden bebaut werden soll. Dieselben Architekten durften ihre Kenntnis und Fähigkeit einsperrende und bestrafende Institutionen modern und unscheinbar zu verpacken auch schon bei der Planung von bisher zwölf Gefängnissen in Deutschland, darunter der Münchner Frauen- und Jugendknast, sowie beim Entwerfen des Justizpalastes in Lyon und einem „EU-Prison-Standard"-Knast in Sarajevo , unter Beweis stellen.

Währenddessen umschließt der Plan zur Aufrüstung der bayerischen Justiz auch den Bau eines extra Hochsicherheitsgerichtssaal für Fälle des Staatsschutz, der organisierten Kriminalität und des Terrorismus im Münchner Riesen-Knast Stadelheim (1379 bis max. 2100 Plätze in Notständen), der bereits kürzlich begonnen wurde. Dieser zusätzliche Hochsicherheitsgerichtssaal erspart gefährliche und aufwändige Gefangenentransporte durch die ganze Stadt und wird zudem den ersten verriegelten Glaskasten für Angeklagte beherbergen.

Im Bauch der Bestie

Im Münchner Kontext reiht sich der Bau des Justizzentrum in ein Umfeld der ständig präsenten und generell spürbaren Repression. Das Trio aus Polizei, Gericht und Knast gibt sich in Bayerns Hauptstadt des Verbrechens redlich Mühe einen möglichst harten Kurs zu fahren und der „Münchner Linie" der Null-Toleranz möglichst gerecht zu werden. Dementsprechend werden schon minimale Anzeichen von Kriminalität nach der Logik des „wer nicht hören will, muss fühlen" rabiat bestraft, da sie der fruchtbare Boden für weitere Verbrechen sein könnten. Diese Erfahrung macht jeder und deswegen ist es auch eine plumpe Banalität, die Härte der Strafverfolgung Bayerns im Gegensatz zu anderen Orten zu betonen. Was ein solch ungebremstes und ungestörtes Herrschen und Bestrafen erst nachhaltig wirksam macht, ist das Maß an sozialer Befriedung, also das Ausmaß in dem die Bevölkerung all das toleriert, die Verbreitung der lähmenden Apathie unter den vom Spektakel umgebenen Ausgebeuteten und die Verinnerlichung einer Kultur der selbstauferlegten Kontrolle, Überwachung und des Verratens. Am erfolgreichsten ist dieser Krieg, diese Ausweitung der Kontrolle in jeder Facette unseres Lebens, wenn die Bekriegten nicht erkennen, dass er geführt wird.

Also braucht ein Repressionsapparat nicht nur eine herrschende Instanz, sondern auch eine Masse an Untergebenen, die ihrer sozialen Rolle gerecht werden, sich bereitwillig einen Bullen in den Kopf implantieren lassen und so erst das ungebremste Wirken einer generellen Repression ermöglichen. Das Bündnis zwischen Staat und erduldender und disziplinierter Bevölkerung ist der fruchtbare Boden für ein Szenario in dem Nichtkonformität mit den herrschenden Regeln sofort ins Auge sticht und gerade gebügelt wird, sich andeutende Risse im Mauerwerk der sozialen Befriedung sogleich mit dem Kitt der Integration und Vereinnahmung im Deckmantel des vorgegaukelten Verständnisses und der angeblichen Hilfsbereitschaft bereinigen lassen und Brüche mit der Herrschaft erfolgreich unsichtbar und in ihrem sozialen Kontext isoliert werden. Das Endprodukt all dessen ist die Verbreitung einer tiefsitzenden Angst aus der Reihe zu tanzen.

Im Sinne dieser groben Skizze stellt der Bau des 234 Millionen Euro teuren Straf- und Justizzentrums einen weiteren Schritt der Herrschaftssicherung dar, der den Justizapparat perfektionieren, zentralisieren, generalsanieren und sicherer gegenüber äußeren Gefahren machen soll. Durch die Konzentration aller Gerichte und Staatsanwaltschaften in einem einzelnen Gebäude wird ein schnelleres, besseres und sichereres Funktionieren der Justiz garantiert. Die Vorzüge liegen auf der Hand: Kürzere bzw. gar keine Wege zwischen verschiedenen Ämtern; weniger zu überwachende Flächen und Ein- und Ausgänge etc.. Langfristig heißt das eine schnellere Abwicklung von Verfahren und die Kapazität, schneller mehr Menschen verurteilen zu können. Darüber hinaus macht dieses Bauvorhaben letztendlich diverse urbane Prozesse sichtbar und greifbar, die den Ausbau dieser Stadt selbst zu einem Hochsicherheitsgerichtssaal, in dem wir unter ständiger Beobachtung, Beurteilung und Gefahr stehen, hinter Schloss und Riegel zu landen, konkretisieren.

Anzeichen der Unruhe

Doch seitdem der Bau des Justizzentrums angekündigt wurde, regt sich eine wachsende Unruhe gegen dieses Vorhaben. In tausenden im ganzen Stadtgebiet präsenten Plakaten und Stickern, in Flugblättern und Straßenzeitungen, auf Bannern und in gesprühten und gemalten Parolen und etlichen anderen Ausdrucksformen wird seit nun mehr als einem Jahr die Idee artikuliert, dass wir auf dieses Projekt der Herrschaft mit einem Kampf antworten müssen, der auf dessen Verhinderung zielt. Medien zu Folge sind die bisherige Konsequenz dieser Agitation zur Sabotage des Justizapparates, zu direkten Angriffen und zur Verhinderung des Baus, 220 Straftaten, und so wissen Journalisten von Farbbeutelanschlägen, eingeworfenen Fenstern und brennenden Autos zu berichten. Der Staat sieht sich bereits veranlasst, Bau- und Planungsbüros für diese subversiven Gefahren zu sensibilisieren, bestimmte Personen und Gebäude speziell zu schützen, auf das Mitführen von Aufklebern gegen den Bau des Justizzentrums mit Hausdurchsuchungen zu reagieren und bereits jetzt anzukündigen, dass die zukünftige Baustelle die sicherste der Stadt sein wird.

Diese aufmerksam vom Staat beobachtete Verbreitung diffuser Anzeichen von Unruhe, sei es die direkte Kommunikation von Feindschaften auf der Straße mittels Worten oder Taten, die versucht dieses spezifische Projekt der Justiz zum Anlass zu nehmen, um einerseits deutlich zu machen, dass wir alle davon betroffen sind, da der strafende Blick der Richter uns alle im Blick hat, und andererseits Diskussionen anzuregen, die fähig sind, eine scharfe Kritik an der Optimierung und Ausbreitung der staatlichen Kontrollstrukturen zu formulieren, zu konkretisieren und in die Praxis umzusetzen. Dies kann nur geschehen, wenn die Realität als die künstliche Fabrikation begriffen wird, die sie ist: Alles andere als unvermeidlich und abhängig von Feinmechanikern, Managern und Konstrukteuren, die für ihr ständiges Fortbestehen und ihre Weiterentwicklung verantwortlich sind. So macht die Perspektive der Verhinderung nichts anderes deutlich, als die Angreifbarkeit dieser alltäglichen Routine und die perma-

nente Möglichkeit, das Funktionieren dieser konstruierten Fabrikation ins Wanken zu bringen.

Zum Angriff!

Hierbei muss der Angriff die grundlegende Charakteristik eines Kampfes sein, der aufständische Momente ermöglichen will. Angriff, weil die Verhinderung des Justizzentrums keine Sache der Stadtverwaltung ist, sondern eine Sache unserer eigenen Hände. Angriff, weil es immerzu möglich und einfach ist, den eigenen Willen mit dem nötigen Mut und den nötigen Fähigkeiten zu bewaffnen und Theorie und Praxis so in Einklang zu bringen. Angriff, da nur so die Wellen eines Konflikts unseren eigenen Horizont verlassen und in einem sozialen Kontext sichtbar und generalisierbar werden. Wenn dieser Konflikt nicht die Pfade des Politischen einschlägt – die Pfade der Delegation und Repräsentation, der Kompromisse und Verhandlungen, der Effizienz und Zahlen – sondern danach strebt, soziale Dynamiken anzustoßen, müssen direkte, unmittelbare, selbstbestimmte Mittel des Konflikts und der Kommunikation gewählt werden.

Da es die Essenz der Revolte ist, vielfältig und kreativ zu sein, dürfen unsere Ideen, Vorschläge und Anregungen nie einen starren Rahmen annehmen. Die Idee einer unabhängigen, flexiblen und temporären Selbstorganisation mag für uns vielleicht die Form und Begrifflichkeiten einer informellen Affinitätsgruppe annehmen, für andere vielleicht aber die einer Graffiticrew, einer Straßenbande oder Nachbarschaftsvereinigung. Das, was zum verbindenden Element wird, ist nicht die Idee einer progressiven Veränderung, sondern die gemeinsame Attitüde gegenüber der Realität, die sich aus einer gemeinsamen Feindschaft speist: In Zeiten der wachsenden Krise und Repression, ist längst deutlich geworden, dass diese Welt keinen anderen Platz für uns übrig hat, als den, die Scheiße anderer wegzuwischen. Wenn wir für diese Erniedrigung nicht bereit sind, werden wir in eine der vielen Zellen der Stadt gepackt.

Keine Hoffnung, keine Illusion, keine Gegenutopie, keine Vorstellung einer anderen Verwaltung, sondern der Wille nach purer Negation ist die antreibende Kraft für den Kampf. Und dieser Kampf sieht in seiner natürlichsten Form nicht anders aus als durch die Straßen dieser Stadt zu ziehen und sie abzufucken, die Regulation von Menschen- und Warenströmen zu unterbrechen und als Spielball zwischen Ausgrenzung und Verdrängung der Idee des Vandalismus wieder Bedeutung einzuhauchen, indem es nur durch Zerstörung möglich wird, sich diese Stadt zu eigen zu machen. Wenn diese Zerstörungswut Form annimmt, sind Sprühdose, Pflasterstein, Bolzenschneider, Feuerzeug oder Brecheisen austauschbare Mittel in Händen der sich zusammenrottenden Horde. Als Anarchisten dürfen wir uns nicht die arrogante Illusion machen, dass unsere Mittel und Wege erhabener wären, im Gegenteil müssen wir die Bestäubung dieser unterschiedlichen Initiativen anregen und vorantreiben, in dem wir dafür sorgen, dass die Negation in ihren unterschiedlichen Ausdrucksformen ohne Berührungsangst immer und immer wieder die hässlichen Fratze der Stadt zerkratzt und so präsent und zugänglich wird.

Dieser Versuch muss damit verbunden werden, die Intensität eines sozialen Konflikts auf dem sozialen Terrain einzuschätzen und durch das Durchforsten und subjektive Erleben der gegebenen Realität die Angemessenheit der eigenen Mittel und Wegen zu erwägen. Das Ende der sozialen Befriedung zeichnet sich oft durch das Ende von Illusionen gegenüber dem Bestehenden aus, soziale Konflikte artikulieren sich oft irrational und nicht mittels Statistiken oder Medien und Kommunikation ist meist da fruchtbar, wo Leute auch dafür offen sind und soziale Beziehungen noch auf der Straße existieren und gelebt werden.

Ungewisse Experimente

Durch die Fokussierung auf eine bestimmte Struktur der Herrschaft und deren dahinterstehende Handlanger können Angriffe nicht nur gebündelt werden, sondern lässt sich die konkrete und lokale Ausweitung der Kontrolle in Form der Errichtung eines Gebäudes zum Versuchslabor machen, ob, wo und wie in einem spezifischen Kampf einer anarchistischen Minderheit eine Diffusion und Multiplizierung offensiver Initiativen angeregt und organisiert werden kann.

In diesem Versuch entstehen eine Vielzahl an Fragen, auf die es keine einfachen Antworten gibt: Kann der Bau eines einzelnen Gebäudes zu einem Thema für eine ganze Millionenstadt werden, von dem sich auch die Ausgeschlossenen in peripheren Gegenden direkt betroffen sehen? Wie können wir Räume und Gelegenheiten für Kommunikation öffnen oder uns diese Räume aneignen, ohne von der Straße in eine Nische zu verschwinden? Wie können wir der ständig präsenten Gefahr der Repression von Seiten der Polizei als auch vieler Bürger – ohne sie auszublenden – entgegentreten und trotzdem offen unsere Ideen, Vorschläge und Feindschaften artikulieren? Ist es überhaupt möglich und nötig Leuten den Sand der eigenen Illusionen aus den Augen zu reiben und sie aus dem Sumpf der Passivität zu ziehen? Was für Ideen einer informellen Organisation von Aktivitäten unter ganz unterschiedlichen Menschen, mit ganz unterschiedlichen Motivationen und Hintergründen haben wir? Und lässt sich letztendlich mit dem Kampf gegen international vernetzte und agierende Handlanger der Macht auch die Revolte internationalisieren? Wie und wo sich Antworten auf diese und ähnliche Fragen finden lassen, ist immer ein Experiment.

anonym

FREIHEIT FÜR BERNHARD HEIDBREDER

Keine Auslieferung nach Deutschland

Am 11. Juli 2014 wurde Bernhard Heidbreder von venezolanischen Sicherheitskräften in Mérida/Venezuela festgenommen. Deutsche Sicherheitsbehörden suchen ihn seit fast 20 Jahren, weil sie ihn verdächtigen an zwei Anschlägen der Gruppe Das K.O.M.I.T.E.E. beteiligt gewesen zu sein. Zudem wird ihm vorgeworfen, unter falschem Namen die Einbürgerung nach Venezuela betrieben zu haben. Der deutsche Staat hat seine Auslieferung beantragt – diese gilt es zu verhindern. Bernhard selber will in Venezuela bleiben. Nach seiner Verhaftung wurde Bernhard zu-nächst in die Büros von Interpol in Caracas gebracht. Anfang August haben seine Anwälte Beschwerde gegen die dortigen Haftbedingungen eingelegt. Nach mehreren Wochen wurde er Ende August verlegt. Seine Situation hat sich dadurch verbessert. Die weitere Entwicklung ist aber ungewiss. Grundsätzlich geht es um die Verhinderung seiner Auslieferung nach Deutschland.



Eine zwanzig Jahre alte Geschichte – aber genau so aktuell wie damals

Die Gruppe Das K.O.M.I.T.E.E. kam aus der radikalen Linken. Ihre erste Aktion am 27.10.1994 war ein Brandanschlag auf ein Gebäude der Bundeswehr in Bad Freienwalde. Die Aktion stand im Kontext der Auseinandersetzungen um Deutschlands Politik gegenüber dem kurdischen Befreiungskampf. Deutschland unterstützte den Krieg der Türkei gegen die kurdische Bewegung mit massiven Rüstungs-exporten und verbot die politische Organisierung der PKK in Deutschland. Die Aktion des K.O.M.I.T.E.E. richtete sich gegen die repressive Parteinahme gegen den kurdischen Befreiungskampf und griff diese praktisch und in ihrer Erklärung an: Deutschland ist „Kriegspartei im Völkermord in Kurdistan (...) – militärisch, ökonomisch, politisch".

Der geplante Anschlag auf den zukünftigen Abschiebeknast Berlin-Grünau ein halbes Jahr später reihte sich ein in den Protest gegen die deutsche Abschottungs- und Abschiebepolitik gegen Geflüchtete aus aller Welt. Das politische Klima Anfang der 90er Jahre war geprägt von der sogenannten Asyldebatte, mit der rassistische Angriffe auf Geflüchtete angeheizt und vorbereitet wurden. Im August 1992 erreichten diese rassistischen Angriffe ihren Höhepunkt in einem mehrtägigen Pogrom gegen Geflüchtete und vietnamesische Vertragsarbeiter_innen in Rostock-Lichtenhagen. In diesem gesellschaftlichen Klima gipfelte die „Asyldebatte" 1993 in einer Grundgesetzänderung, mit der das Grundrecht auf Asyl soweit ausgehöhlt wurde, dass man von einer faktischen Abschaffung sprechen kann. Gegen die rassistischen Angriffe und die Abschottungs- und Abschiebepolitik der deutschen Regierung gab es seit Jahren Widerstand verschiedener politischer Gruppen, von Kirchengemeinden bis zu militantem Widerstand.

Das K.O.M.I.T.E.E. wollte sich im April 1995 nicht mit einer symbolischen Aktion begnügen. Es ging darum, den im Umbau befindlichen, leerstehenden Abschiebeknast zu zerstören.

Zu der geplanten Sprengung des Gebäudes ist es jedoch leider nicht gekommen. Bernhard, Thomas und Peter werden aber seitdem aufgrund von Indizien beschuldigt, Mitglieder der Gruppe Das K.O.M.I.T.E.E. gewesen zu sein.

Das K.O.M.I.T.E.E. löste sich im September 1995 auf. An der Aktualität der Themen, die die Gruppe mit ihren zwei Aktionen aufgegriffen hat, hat sich bis heute nichts geändert: Heute sind die Kurd_innen der wichtigste Faktor für die Demokratisierung des Mittleren Ostens - trotzdem existiert das PKK-Verbot und die Repression gegen sie hier weiter. Die brutale Abschottungspolitik gegen Geflüchtete hat seit dem Jahr 2000 allein an den EU-Außengrenzen zu (laut UNHCR) geschätzten 23.000 Toten und Vermissten geführt.

Bernhard braucht unsere Solidarität!

Bernhard und die beiden anderen Beschuldigten haben sich der deutschen Justiz entzogen. Alle Drei konnten damals, vor fast 20 Jahren, abtauchen und anderswo ein neues Leben beginnen. Wir sind alte Freundinnen und Freunde von Bernhard und haben ihn in all der Zeit, die er weit weg von uns war, nicht vergessen. Bernhard ist seiner Haltung treu geblieben: Er ist ein aktiver Linker, der sich in Venezuela seit Jahren in der Basisbewegung engagiert. Wir wollen alles uns mögliche tun, um seine Auslieferung nach Deutschland zu verhindern.

Was können wir konkret tun?

Nutzt eure Kontakte nach Vezuela, um einen Appell an die venezolanische Öffentlichkeit zu verteilen. Den Appell als pdf und weitere aktuelle Informationen findet ihr auf der Webseite.

Nutzen wir alle Mittel und Wege, um eine Auslieferung zu verhindern!

Freiheit für Bernhard! No pasaran! Venceremos!

Solidarische Grüße an Thomas und Peter – wo immer ihr auch seid – passt auf euch auf!

Die Unterstützung von Bernhard kostet Geld:

Rote Hilfe e. V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE
Stichwort: Dageblieben

dageblieben.net

Die unglaubliche Geschichte einer

ins Rollen gekommenen Antirepressionsdemo

**Nachtrag zur Solidarität heißt Arsch hoch!
Demo gegen Repression am 10.10. in Berlin**

Zunächst einmal Danke für diesen tollen Abend!
Am Freitag Abend konnten wir eine Demo beobachten, die als gutes Beispiel für Spontanität und Dynamik im Gedächtnis bleibt.

Um 18.00 versammelten sich ca. 200 Teilnehmer*innen am und um den Spreewaldplatz. 20 min später setzte sich die Demo in Gang und das nicht wie sooft lustlos und langsam sondern unkontrollierbar, schnell und entschlossen.

Nach kürzester Zeit gelang es den Bullen schon nicht mehr an die Spitze zu gelangen. Es spielten sich lustige Bilder ab, ausgestiegene Beamte mussten ihren eigenen Autos hinterher rennen, weil diese gar nicht damit gerechnet hatten das es schon los geht und noch schneller weiter ging. Sie waren überfordert damit, dass keine Personen auf sie reagierten sich nicht stressen ließen und ihren weg fortsetzten..

Selbst der Lauti wurde in kürzester Zeit abgehängt und diese Gruppe hatte eine eigene entschlossene Demo mit ca 7 Menschen, die zunächst mit sehr viel Personenschutz ausgestattet waren. Die Fahrradfahrenden fuhren vom Spreewaldplatz durch die Ohlauer, Reichenberger, Skalitzer und weiter zur Oberbaumbrücke. Versuche der Cops die Leute aufzuhalten gelangen nicht, weil diese einfach durch die Ketten hindurch brausten und das blaue Diskolicht ignorierten, welches auch nach Außen hin gute Stimmung verbreitete, und für viel Aufmerksamkeit sorgte.

Obwohl die Cops bereits sagten, „dass könnt ihr vergessen, dass ihr nach der Warschauer einfach zum Dorfplatz weiter fahrt“, passierte eben dieses zunächst ungehindert, erst in der Rigaerstraße kam es zu einem Kesselversuch. Dort brachen aber alle aus und fuhren auf die Frankfurterallee. Die Cops standen derweil gut aufgestellt um den gesamten Bersarinplatz herum und spielten Helm auf...

Am Frankfurtertor, traf die Demo wieder auf den Lauti und gemeinsam ging es dann von Bullen völlig unbehelligt in Richtung Mitte weiter. Hier gab es tolle und mutige Menschen, die dafür sorgten, dass die Straßen abgesperrt wurden und niemand verletzt wurde. Hier nochmal zur eigenen Sicherheit, beim nächsten Mal wäre mehr Licht gut und auch buntere Kleidung oder Warnwesten...

Alle achteten darauf, die ganze Straße einzunehmen und so fuhren sie dreispurig über den Alex! an der Volksbühne vorbei in die Torstraße und weiter zur Brunnenstraße. Von dort zurück Richtung Jannowitzbrücke und dann sogar weiter nach Kreuzberg. Hier löste sich die Demo eigenständig auf.

Wie wir sehen, können sich die Bullen echt mal selbst abschaffen, wir brauchen euch nicht für unsre Sicherheit, eure Fahrweise ist uns zu gefährlich und nimmt mutwillig Verletzte oder Schlimmeres in kauf!

Im Internet konnten wir keine Berichterstattung zur Demo lesen, nicht einmal auf dem Bullenticker, wo ja sonst über jeden kleinen Diebstahl oder ähnliches geschrieben und die harte Arbeit der Bullen genaustens dokumentiert wird....Ist da wem was peinlich???

Selten ist es zu erleben, dass wir durch drei Stadtteile kommen und keine festgenommen wurde!

An dieser Stelle nochmal ein richtig dickes Danke, an alle die drumrum geholfen haben, ihr wart super!!!

Was bedeutet diese Aktion für uns?

Arsch hoch funktioniert manchmal!
In der Vorbereitung jedoch war davon nicht soviel zu spüren und so war vieles bis zum letzten Moment nicht ganz klar. Hieran lässt sich aber beobachten, dass eben das Gelingen oder der Verlauf einer Demo immer noch an den Teilnehmer*innen liegt und nicht ausschließlich am Vorbereitungskreis.
Selbstorganisation heißt nicht ohne Grund so, bewegliche Gedanken sind super, eben auch direkt auf der Straße, also: Think out of the black box!

Ebenfalls als Kritik zu Ohren gekommen ist uns, dass die Demo kaum Außenwirkung hatte. Das ist bestimmt richtig, da es aufgrund der Geschwindigkeit unmöglich war die vorhandenen Flyer zu verteilen oder kurz mal anzuhalten um einem Redebeitrag zu lauschen... Dann hätte aber die Dynamik unterbrochen werden müssen, ey wie schade wäre das gewesen.
Vielleicht wären auch fahrradtaugliche Transpies schön gewesen, es gibt aber bestimmt ein nächstes Mal;-)

Nachdem wir in letzter Zeit soviel ungebetenen Besuch hatten , ist es eben auch einmal an der Zeit gewesen, gemeinsam eine Antwort zu finden und - auch wenn nur Szene intern - den Betroffenen unsere Solidarität zu zeigen! Wie hätte es schöner sein können als den Repressionsapperat an der Nase herum zu führen!

Außerdem bewirkte die Demo ein öffentlichkeitswirksames Bild von Chaos, Entschlossenheit und Bullenüberforderung und hat uns - und vielleicht auch Außenstehenden - neuen Mut gegeben und die Gewissheit, das eben doch was geht, die staatliche Macht ihre Lücken hat, wir uns solidarisieren, organisieren und auf ihre Gesetze scheißen!

**Ihr kriegt uns Nie!
Den Bullen ins Gesicht nicht aufs Stäbchen spucken!**

Solidarität mit den Betroffenen des Kotti- und Jobcenter -, des Breitestraßen- und mit den Antimilitarist*innen des GÜZ- Verfahrens!

Solidarität mit den Freiheitskämpfenden auf der Welt!

Solidarität heißt: Arsch hoch für Kobanê!

auf zwei Rädern bleibt mensch jung.

Rémi Fraisse – ein Genosse wurde ermordet

In der Nacht zum 25. 10. wurde Rémi von Bullen mit einer Granate getötet. Dies geschah im Zuge der Auseinandersetzungen bei dem Protestmarsch gegen den Staudamm bei Sivens in Testet. ca. 7000 Personen sind in die ZAD („Zone à Defendre" - Zu verteidigende Zone) gekommen; nach Monaten, die geprägt waren von Polizei-Attacken, Zerstörung des Feuchtgebiets und der Lebensräume derjenigen, die sie verteidigen. Am späten Nachmittag und später in der Nacht machten sich mehrere Dutzend Personen in Richtung der Polizist_innen auf, die die Baustelle beschützten.

Dieser empörende Todesfall ist leider in diesem Kontext nicht überraschend. In Notre Dame des Landes, in Testet und überall, wo wir uns gegen ihre Vorhaben wehren, sahen wir uns einem brutalen Aufgebot der Staatsgewalt gegenüber gestellt. Während der monatelangen Räumung der ZAD in Notre Dame des Landes wurden zahlreiche Genoss_innen durch Gummigeschosse und Granaten schwer verletzt. Allein auf der Demonstration am 22. Februar 2014 in Nantes haben 3 Menschen durch Gummigeschosse ein Auge verloren. Dennoch haben sich Tausende Menschen physisch den Arbeiten, den Räumungen, der Polizeibesetzung ihrer Lebensräume entgegengestellt. Heute liegt das Flughafenprojekt in Notre Dame des Landes im Sterben und der Staudamm von Testet wird weitgehend in Frage gestellt werden.

Wir rufen dazu auf die Straßen und Machtzentren überall zu besetzen. Um unsere Trauer zu zeigen, das Gedenken an unseren ermordeten Genossen zu würdigen und unserer Wut auf die Staatsgewalt Ausdruck zu verleihen. Wir lassen uns weder spalten noch von der Angst lähmen. Wir werden weiterleben und weiter kämpfen in den Räumen, die sie am liebsten vernichten würden.

Wir rufen nicht zur Ruhe auf, wir lassen nicht Gras drüber wachsen, wir werden nie vergessen!

Aus einem Aufruf von den: Besetzer_innen der ZAD in Notre Dame des Landes

Die Demo in Nantes ging schnell nach Beginn in direkte Auseinandersetzungen mit den Bullen über. Zuvor waren über 1000 Menschen durch die Innenstadt gezogen. Obwohl die Bullen massiv Tränengas und Gummigeschosse einsetzen, dauerten die Auseinandersetzungen bis in den späten Abend an. Es kam zu zahlreichen Angriffen auf Banken und Geldautomaten. Zeitgleich lieferten sich in Touluse knapp 1000 Leute ebenfalls Kämpfe mit den Bullen und es kam zu erheblichen Zerstörungen in der Innenstadt. Eine Demo in Paris, die an der Metro Station Stalingrad beginnen sollte, war von den Bullen untersagt worden. Die Gegend war mit Bullen zugeschissen, die später immer wieder Pfefferspray einsetzten und die Demo kesselten. Greiftrupps nahmen bis zum Abend knapp 80 Leute fest. Es gab in vielen weiteren Städten offensive Demos und viele Aktionen und auch einige internationale Solidaritätsbekundungen.

Mehr Infos (auf französisch):

AB ***zad.nadir.org * nantes.indymedia.org***

Wohnwelt bleibt!

25 Jahre Freiraum sind noch lange nicht genug!

Wir wollen mit euch zusammen auf die Straße gehen, um für mehr politische Freiräume und freien Wohnraum für alle zu demonstrieren. Denn ein würdevolles, selbstbestimmtes Leben mit freien Entfaltungsmöglichkeiten soll selbstverständlich werden! Wir, die Wohnwelt, leisten seit 25 Jahren soziokulturelle Arbeit in Wunstorf bei Hannover und haben dabei den Anspruch, ein politischer Freiraum zu sein: Frei von Diskriminierungsmechanismen, Hierarchien, Kommerz und Bürokratie.

2011 hat die Stadt unseren Nutzungsvertrag wesentlich verändert: Das dafür gegründete „Projekt Miteinander" haust jetzt in der oberen Etage, die einst uns gehörte. In unserem alten Büro hockt 4 Stunden die Woche ein Sozialarbeiter und vergibt die zwei Seminarräume an ein paar andere Projekte, die eigentlich auch im Rathaus Platz hätten, während wir akuten Platzmangel haben. Die Unterbringung anderer Projekte war zwar früher auch unbürokratisch möglich, dafür kann mensch sich jetzt aber oben Tee kochen ohne runter in die Küche zu gehen, denn aus unserem damaligen Infoladen wurde für läppische 20.000 Euro eine Teeküche gebaut. Seit der Vertragsänderung erhalten wir nur noch 1-Jahres-Verträge und als nächste Veränderung entfällt ab 2015 die Pflicht der Stadt, das Gebäude für soziokulturelle Arbeit zu nutzen. Von all diesen Widrigkeiten wollen und werden wir uns aber nicht einschränken lassen! Wir kämpfen weiter und haben es geschafft, dass immer noch einiges bei uns passiert: Wir organisieren neben wöchentlichem Plenum, Theorie- und Hip Hop-Theke auch Infoveranstaltungen, Konzerte, Partys, Kneipenabende und VoKüs. Aber was ist seitdem oben passiert? Das „Projekt Miteinander", dessen Name von Anfang an ein schlechter Scherz war, sucht krampfhaft nach Nutzer_innen, um die eigene Existenz zu legitimieren und davon abzulenken, dass der Kern des Projekts die Einschränkung von uns ist. Dafür, dass an der Nutzung der oberen Räume nur Wenige Interesse haben, wird nun uns die Schuld gegeben und behauptet, das Problem sei der dreckige Zustand der zwei Meter zwischen Haupteingang und Tür nach oben.

Wir wollen die obere Etage zurück, um endlich wieder uneingeschränkt sinnvolle soziokulturelle Arbeit leisten zu können! Lasst uns zusammen auf die Straße gehen!

Für die Wohnwelt! Für mehr politische Freiräume in Wunstorf und überall! Kapitalismus überwinden!

Bahnhof Wunstorf

Samstag, 29.11.14, 14:00 Uhr

Spenden für das Frauenzentrum SARA in Qamislo, Rojava

CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. ruft mit weiteren auf: „Mitten im Krieg lernen die Menschen in Rojava eine alternative Gesellschaft zu gestalten und zu verteidigen, in ihr zu leben und sich mit ihr zu verändern. Frauenräte und Frauenakademien spielen dabei eine große Rolle und die Situation von Frauen konnte bereits wesentlich verbessert werden. „Wir möchten als Frauenverein SARA während des Krieges und danach Gewalt gegen Frauen verhindern und für die individuelle Freiheit der Frauen kämpfen." Dazu soll ein Frauen-Zentrum aufgebaut werden. Das gesammelte Geld wird zeitnah durch eine Delegation in Rojava übergeben."

Der ganze Aufruf:
frauenzentrumsara.blogsport.eu

Das Spendenkonto:
***Kurdistan Hilfe e. V.* | *Hamburger Sparkasse* | *IBAN: DE40200505501049222704* |**
***BIC: HASPDEHHXXX* | *Stichwort:* SARA |**

Infos zur Lage in Rojava und den anderen Teilen Kurdistans:

Aktuelle Meldungen - Kurdische Nachrichtenagenturen,
berichten auf auch auf englisch: *hawarnews.com* * *en.firatnews.com*

HintergrundInformationen und aktuelle Berichte auf deutsch:

Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.: *civakaazad.com*

ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.: *nadir.org/nadir/initiativ/isku/*

Kampagne Tatort Kurdistan: *tatortkurdistan.blogsport.de*

Das kurdische Rojava in Syrien braucht Hilfe in der Not

medico international und Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. rufen auf: „Die Ereignisse in Syrien sind eine beschämende menschliche Katastrophe. Nunmehr im vierten Jahr wird versucht, eine unverhofft aufgebrochene Freiheitsbewegung mit exzessiver Gewalt blutig zu ersticken. Das demokratische Experiment in Rojava hat der ethnisch-kulturellen, religiösen und demokratiepolitischen Vielfalt in Syrien neues Leben verliehen. Syrien braucht jetzt Frieden und Demokratie. Rojava in Syrien braucht heute unsere Anerkennung und Solidarität."

Der ganze Aufruf:
medico.de/themen/aktion/dokumente/hilfe-fuer-rojava/4605/

Das Spendenkonto:
medico international e.V. | IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00 |
BIC: HELADEF1822 | Stichwort: Rojava |

Solidarität mit Rojava – Waffen für dieYPG/YPJ!

Die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin und die Neue antikapitalistische Organisation - NaO Berlin rufen auf und viele weitere Gruppen unterstützen: „Wir wollen nicht tatenlos zusehen und beginnen mit einer Spendensammlung, die ausdrücklich das Ziel hat, den VerteidigungskräftenGeld zur Verfügung zu stellen um schweres Gerät zu erwerben. **Spendet für die Verteidigung der Revolution in Rojava! Hoch die internationale Solidarität!"**

Der ganze Aufruf:
www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen/2014/10/07.htm

Das Spendenkonto:
Empfänger: MD | IBAN: DE98 5005 0201 1243 1674 49 |
BIC: HELADEF1822 | Stichwort: Rojava |

Solidarität mit Rojava! Wer wenn nicht wir? Wann wenn nicht jetzt?

Der Verband der Studierenden aus Kurdistan – YXK und die Interventionistische Linke – iL rufen mit vielen weiteren auf: „Es ist allerhöchste Zeit, nicht nur von der Solidarität mit den Menschen in Rojava zu reden, sondern sie auch in die Tat umzusetzen. Die Commune von Rojava muss erhalten bleiben – dies ist nur mit der Selbstverteidigung möglich. Mit unserer Unterschrift spenden wir für die Selbstverteidigungskräfte – YPG/YPJ – in Rojava und rufen alle auf, dies ebenfalls zu tun. Lasst die Menschen in Rojava nicht allein, zeigt eure Solidarität! **Wir unterstützen die demokratische Selbstverwaltung in Rojava, indem wir in der aktuellen Situation die Selbstverteidigungskräfte unterstützen."**

Der ganze Aufruf:
rojava-solidaritaet.net

Spendenkonto:
Initiative Rojava |IBAN: DE30 5905 0101 0610 5088 48 | BIC: SAKS DE 55

